

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 40 – 3. Oktober 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Aufbruchstimmung am „echten" Tag der Deutschen Einheit: Dieser bunte Trabi war am 3. Oktober 1990 in Berlin unterwegs. Bild: Interfoto

Merkel muss sich bewähren

Überwindet die CDU ihre Sozialdemokratisierung? – Vor schwierigen Jahren

Deutschland hat gewählt: Eine schwarz-gelbe Mehrheit kann regieren, die Sozialdemokraten müssen eine historische Niederlage verarbeiten. LO-Sprecher Wilhem v. Gottberg analysiert die Folgen der Bundestagswahl.

Die CDU-Bundesvorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel und der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle haben ihr erhofftes und angestrebtes Wahlergebnis bekommen: Deutschland wird in der Wahlperiode 2009 bis 2013 von einer schwarz-gelben CDU/CSU/FDP-Koalition regiert. Schwarz-Gelb wurde ausschließlich aufgrund des eindrucksvollen FDP-Erfolges (14,6 Prozent) ermöglicht.

Der neue starke Mann der schwarz-gelben Bundesregierung wird der zukünftige Bundesaußenminister und Vizekanzler Westerwelle sein. Das Abschneiden der Liberalen erlaubt es ihrem Bundesvorsitzenden, wichtige Anliegen der FDP in den Koalitionsvertrag hineinzubekommen. Westerwelle weiß, dass zumindest einige Wahlversprechen seiner Partei bis 2013 realisiert werden müssen, um nicht in vier Jahren wieder wie eine Sternschnuppe abzustürzen. Den freien Demokraten kommt es entgegen, dass CDU und CSU aus der Wahl geschwächt hervorgegangen sind. Insbesondere die CSU wird das – man mag es bedauern – zu spüren bekommen. Die CSU-Landesgruppe wird im 17. Bundestag nur halb so stark sein wie die FDP-Fraktion. Da mag es sich noch als Glücksfall erweisen, dass CSU und FDP in Bayern in einer Koalitionsregierung verbunden sind. Das wird die Granden der beiden Parteien veranlassen, pfleglich miteinander umzugehen.

Die CDU hat den Kanzlerbonus nicht nutzen können, jedoch sind die Verluste der Partei durch das schlechte Abschneiden der CSU in Bayern zu erklären. Gleichwohl, das Wahlergebnis der CSU erlaubt die Aussage, dass die Kanzlerin und ihre Partei Nichtwähler, Wechselwähler und Erstwähler nicht hat überzeugen können. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Das desatröse Abschneiden der SPD ist die eigentliche Überraschung des Wahltages. Ein Minus von über 11 Prozentpunkten und der Absturz auf 23 Prozent ist schlimm und hat bei den Mitbewerbern fast schon Mitleid erzeugt, bei den Postkommunisten allerdings Schadenfreude. Die SPD wird nun schon einige Jahre dafür abgestraft, dass sie mit der Agenda 2010 im Jahre 2003 den dringend erforderlichen Rückschnitt des ausgeuferten Sozialstaates vorgenommen hat. Dies hätte schon unter der Kanzlerschaft Kohls geschehen müssen, doch den C-Parteien magelte es an Mut und Verantwortungsbewusstsein.

> Der neue starke Mann ist Guido Westerwelle

Den SPD-Verantwortlichen wird die Erkenntnis kommen müssen, dass ihr Wahlkampf verfehlt angelegt war. Eine Wahl ist mit ausschließlich destruktiver Polarisierung nicht zu gewinnen. Angstmachen vor Schwarz-Gelb, das war die Leitlinie des SPD-Wahlkampfes: Die Schwarz-Gelben werden neue Kernkraftwerke bauen, sie bereiten den sozialen Kahlschlag vor, sie werden zu wenig in den Bildungssektor investieren usw. Es ist ein ermutigender Aspekt, dass dieser Panikmache der erhoffte Erfolg versagt blieb. Der SPD stehen schwere innerparteiliche Klärungsprozesse bevor. Quo vadis SPD?

Die grüne Partei hat erneut zugelegt. An ihrer Basis sind die Grünen zum Teil bürgerlich-konservativ. Ihre Spitzenleute auf der Bundesebene stehen hingegen fest im linken Lager, zum Teil sogar am linken Rand. Es ist schwer vorstellbar, dass es in vier Jahren zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen unter einer CDU-Kanzlerschaft kommt. Möglicherweise kann es zu einer Annäherung zwischen Schwarz und Grün kommen, wenn entsprechende Koalitionen in den Ländern zustandekommen und erfolgreich arbeiten.

Die kommende Legislaturperiode wird über Erfolg oder Misserfolg der Kanzlerschaft Merkel entscheiden. Es werden schwierige Jahre sein. Der Koalition steht eine respektable Opposition im Parlament gegenüber, die versuchen wird, die Regierung vor sich her zu treiben. Die Gewerkschaften –bisher von der SPD ruhig gehalten – werden nicht zögern, auf die Straße zu gehen, wenn die Arbeitslosenquote steigt. Die Mindestlohnproblematik bleibt ein Dauerthema, wenn sie nicht im Sinne der Linken gelöst wird. Die Staatsverschuldung muss erfolgreich reduziert werden. Wie soll das geschehen? Steuererhöhungen verbieten sich, der Koalition würde sofort Wählertäuschung vorgeworfen werden. Die Kanzlerin ist hier bereits stigmatisiert, weil sie 2005 für die größte Steuererhöhung in der deutschen Nachkriegsgeschichte verantwortlich gemacht wird.

Wird die Koalitioon die Kraft haben, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen? Zweifel sind angebracht, aber durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt ließen sich neue finanzielle Spielräume eröffnen. Schließlich: Wird die CDU die Kraft haben, ihre Sozialdemokratisierung ein Stück weit über Bord zu werfen? Schafft sie das nicht, warum sollte sie nach 2013 weiter in der Regierungsverantwortung bleiben? Man wird sich bei der nächsten Wahl für das Original, nicht für eine Kopie entscheiden.

Wohl und Wehe der Union entscheiden sich auf dem Feld der Innenpolitik. Außenpolitisch waren die Leistungen der Kanzlerin bisher fast immer überzeugend. Sie ist eine anerkannte Größe auf der EU-Ebene, bei den Nato-Partnern und den bedeutsamen Politikern in den verschiedenen Regionen der Welt. Möge dies auch unter einem Außenminister Westerwelle so bleiben.

W. v. Gottberg



Prozente und Mandate: Der 17. Deutsche Bundestag. Bild: pa

KONRAD BADENHEUER:

Zwei Phasen

Eine Woche nach der Wahl kann ein erster Ausblick gewagt werden für den weiteren Weg der deutschen Politik. Die Verantwortlichen kennen das Ausmaß der Probleme, das weit größer ist als im Wahlkampf zu hören war. Und sie kennen auch mögliche Gegenmittel: Durchgreifende Reformen und schmerzhafte Einsparungen überall dort, wo der Staat Geld ausgibt, außer bei den Investitionen. Eine Vereinfachung des Steuersystems gehört dazu, schnelle Entlastungen nicht.

Trotz vorhandener Mehrheit in Bundestag und Bundesrat und trotz der jedem Politiker geläufigen Einsicht Macchiavellis, dass man Grausamkeiten möglichst am Anfang und jedenfalls auf einen Schlag verüben muss, gibt es Hinweise darauf, dass der schwarz-gelbe Reformzug den Bahnhof Berlin zunächst nur mit halbem Tempo verlässt. Das wichtigste Argument ist hier die Landtagswahl im Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen. Das Gewicht von Jürgen Rüttgers in der nach links gerückten CDU ist enorm. Er gehört jetzt zu den Unterhändlern mit der FDP und will mit Sicherheit verhindern, dass bereits zum 1. Januar 2010 die Sanierung mit voller Wucht beim Bürger durchschlägt.

Sollte die für Reformen günstige Stimmung rasch kippen und die CDU sich an Rhein und Ruhr eine blutige Nase holen, wären weitere Veränderungen schwierig. Dass noch am Wahlabend FDP-Generalsekretär Dirk Niebel erklärte, die Zeit reiche nicht aus, um für 2010 einen völlig neuen Bundeshaushalt zu erstellen, lässt aufhorchen. Sollte Schwarz-Gelb mit einem Etat starten, der noch die Handschrift von Peer Steinbrück trägt, dann beginnen die wirklichen Reformen wohl wirklich erst im Mai 2010.

„Teutonisch selbstbewusst"

Mit neuem Selbstbewusstsein in Berlin rechnet das Ausland nach dem schwarz-gelben Wahlsieg vom Sonntag. Vom „Vorgeschmack auf ein neues teutonisches Selbstbewusstsein" schrieb der britische „Independent", nachdem Guido Westerwelle sich geweigert hatte, eine Journalistenfrage auf Englisch zu beantworten. Beobachter in vielen Ländern rechnen mit größerer wirtschaftlicher Stärke des Landes. In den großen Medien der USA wurde die Wahl wenig beachtet, weil erwartungsgemäß Angela Merkel als Kanzlerin bestätigt wurde. US-Präsident Barack Obama erklärte, er rechne damit, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen nun „noch besser" würden. Vielen gilt dies als Ausdruck des Wunsches, Berlin möge mehr Soldaten nach Afghanistan entsenden. *K.B.*

Katzenjammer in der Türkei

Mit einigem Katzenjammer ist die Niederlage der SPD in Ankara aufgenommen worden. „Die Türkei ist der Verlierer", titelte die Zeitung „Milliyet", und Politiker meinten, das Ergebnis sei aus der Sicht Ankaras „nicht positiv". Tatsächlich hat die SPD seit Jahren gegen alle Meinungsumfragen und trotz aller Menschenrechtsverletzungen den EU-Beitritt der Türkei intensiv unterstützt. In Israel wurde das Wahlergebnis hingegen sehr positiv aufgenommen. Ein Sprecher des Außenministeriums lobte „Verantwortung, Mut und echte Freundschaft" Merkels gegenüber Israel. Westerwelle stößt hingegen wegen seiner früheren Nähe zu Jürgen Möllemann auf Skepsis in Jerusalem. Er habe als Nachgeborener „nicht die gleiche reflexhafte Sympathie für Israel" wie andere deutsche Politiker. *PAZ*

MELDUNGEN

Olympia als Chefsache

Kopenhagen – US-Präsident Barack Obama will sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen, damit die Olympischen Sommerspiele 2016 in seiner Heimatstadt Chicago stattfinden. Als erster amtierender Staatspräsident wirbt er beim Interbationalen Olympischen Komitee IOC persönlich für eine bestimmte Stadt. Das Weiße Haus ist der Ansicht, das Rennen gegen Favorit Rio de Janeiro sei so knapp, dass Obamas Auftritt den Ausschlag geben könnte. Ein Argument bei Obamas Einsatz sind mit wirtschaftlichen Interessen zu erklären. Das IOC könnte mit deutlich mehr Geld rechnen als in einem südamerikanischen Austragungsort. Sollte Chicago nicht den Zuschlag bekommen, würde dies in den USA als Niederlage des Präsidenten empfunden. *MRK*

Christin droht Todesstrafe

Lahore – Die Christin Asiya Bibi wurde im Juni von der pakistanischen Polizei verhaftet. Die Tagelöhnerin in einer Obstplantage wird von drei muslimischen Kolleginnen beschuldigt, den Propheten Mohammed in einem Gespräch über die Lage der religiösen Minderheiten beleidigt zu haben. Darauf steht in Pakistan die Todesstrafe. Asiya Bibi befindet sich derzeit im Bezirksgefängnis der Stadt Sheikhupura. Bei einer ersten Verhandlung lehnte der Richter, der im Gerichtssaal selbst mit dem Tode bedroht wurde, eine Freilassung der Frau auf Kaution ab. Der Fall wurde an das Oberste Gericht in Lahore weitergeleitet. Von den 156 Millionen Einwohnern Pakistans sind 95 Prozent Muslime, drei Prozent Christen und 1,8 Prozent Hindus. *idea/PAZ*

Dieser Ausgabe liegt ein Exemplar der „Preußischen Zeitung“ bei

Die Schulden-Uhr:

Kaufkraft in Hamburgern

Den Big-Mac gibt es in 140 Ländern der Welt. Vergleicht man die Preise eines solchen Hamburgers in den verschiedenen Ländern, können diese durch Umrechnung der inländischen Währungen zum aktuellen US-Dollar-Kurs mit einer stark vereinfachten Methode miteinander verglichen werden. So erhält man Aussagen für die Kaufkraft einer Volkswirtschaft. Der sogenannte „Hamburger-Index“ wurde erstmals von der britischen Wochenzeitung “The Economist“ im Jahre 1986 veröffentlicht und wird seitdem regelmäßig erhoben. Der seit 40 Jahren standardisierte Hamburger besteht standardmäßig aus den gleichen Zutaten, so dass die Preise durch die Umrechnung in Dollar miteinander verglichen werden können. *MRK*

1.619.162.329.092 €

Vorwoche: 1.616.437.076.067 €
Verschuldung pro Kopf: 19.731 €
Vorwoche: 19.698 €

(Dienstag, 29. September 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Mehr Mut zur klaren Meinung«

Weihbischof Pieschl über die Sache der Vertriebenen, die Kirchensteuer und das Erbe Preußens

Weihbischof Gerhard Pieschl war über viele Jahre der Beauftragte der Katholischen Bischofskonferenz für die Vertriebenenseelsorge. So deutlich hat er für die Vertriebenen Stellung bezogen, dass sogar der frühere Kanzler Helmut Kohl (nicht ohne Respekt) gelegentlich über ihn stöhnte. Anlässlich seiner Verabschiedung hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Sudetendeutschen interviewt.

PAZ: Exzellenz, im Januar haben Sie Ihr 75. Lebensjahr vollendet, nun hat die Bischofskonferenz Sie als „Vertriebenenbischof“ verabschiedet. Wie geht es weiter mit der Seelsorge an den Vertriebenen?

Gerhard Pieschl: Laut Kirchenrecht bieten Bischöfe mit Erreichen des 75. Lebensjahres dem Papst ihren Rücktritt an, so war es auch in meinem Fall. Die deutsche Bischofskonferenz hat auf ihrer Herbstversammlung in der vergangenen Woche mit dem Erfurter Weihbischof Reinhard Hauke einen Nachfolger als Beauftragten für die Vertriebenenseelsorge bestellt. Ihr ist also daran gelegen, dass diese Aufgabe ebenso weitergeführt wird wie die Arbeit der Visitatoren für die ehemaligen ost- und sudetendeutschen Diözesen.

PAZ: Ist das Thema mit dem Abtreten der Erlebnisgeneration erledigt – seelsorgerlich und vielleicht auch sonst?

Pieschl: Das ist damit in keiner Weise erledigt! Denken Sie nur an das Schicksal der Armenier, das heute, über 90 Jahre nach ihrer Verschleppung im Jahre 1915 immer noch nicht abgeschlossen ist. In gewisser Weise kam dieses Thema ja in den zurückliegenden Jahren, also nach dem Abtreten der letzten Zeitzeugen, sogar erst richtig an die Oberfläche. Man kann also schon mit Abraham Lincoln sagen: Nichts ist endgültig geregelt, solange es nicht gerecht geregelt ist. Und das gilt meiner Überzeugung nach auch für die Anliegen der deutschen Vertriebenen.

PAZ: Wie bewerten Sie den Stand der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Debatte – generell und was die Belange der Vertriebenen angeht?

Pieschl: Dass diese Debatte noch keineswegs abgeschlossen ist, das sagen nicht nur die betroffenen Vertriebenen. In einem aktuellen Interview hat der tschechische Kardinal Miroslav Vlk angesichts aktueller Probleme seines Landes betont, dass wir aus seiner Sicht sogar eher am Anfang dieser Debatte stehen. Sicher ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Kirchen aufzuarbeiten. Der damalige Papst Pius XII. hat mit seinem klaren Protest gegen die Vertreibung eine, wie ich meine, sehr gute Rolle gespielt, was man von den Kardinälen Hlond und Beran so nicht sagen kann.

PAZ: Wollen wir hoffen, dass Hlond nicht heiliggesprochen wird ...

Pieschl: Hlond war ein großer polnischer Patriot, aber eben kein Heiliger der katholischen Kirche. Beran wiederum nannte die Vertreibung „gerechtfertigt“, was mit der Sittenlehre der Kirche ebenfalls nicht zu vereinbaren ist. Er hatte ein schweres persönliches Schicksal, was man berücksichtigen muss, das ändert aber nichts daran, dass er hier falsch lag.

PAZ: Ein wichtiges Thema der Bischofskonferenz war die Frage, ob man aus der Kirche als diesseitiger Institution („Körperschaft des öffentlichen Rechts“) austreten kann, aber weiterhin Mitglied der Glaubensgemeinschaft, also des mystischen Leibes Christi, bleiben kann. Geht das?

Pieschl: Das geht in keiner Weise! Die Kirche hat eine sichtbar-diesseitige Dimension und eine unsichtbar-transzendente. Nach katholischer Auffassung sind beide untrennbar miteinander verbunden. Die sichtbare Seite steht in den Notwendigkeiten dieser Welt und kommt ohne eine wirtschaftliche Grundlage nicht aus. Man kann es also nicht trennen.

PAZ: Benedikt XVI. hat, als er noch Kardinal war, viele Sympathien für das italienische Modell der Kirchenfinanzierung erkennen lassen: Es gibt eine allgemeines Kultussteuer, aber dem Bürger bleibt die Wahl, ob er diese eher der Kirche oder aber anderen kulturellen Aufgaben, wie beispielsweise der Denkmalpflege, zuweisen möchte. Wie bewerten Sie diesen Weg?

Pieschl: Es gibt ganz unterschiedliche Modelle, etwa in Frankreich, Italien und Deutschland, die unter verschiedenen Bedingungen historisch gewachsen sind. Dass im Elsass innerhalb Frankreichs immer noch ein Modell gilt, das teilweise dem deutschen entspricht, zeigt, dass man diese Dinge nicht so einfach ganz verändern kann. Der Kirche geht es keineswegs um Reichtümer, sondern um die Sicherung ihrer Unabhängigkeit. Es gibt die historisch begründete Sorge, die Kirche könnte abhängig werde beispielsweise von Wohltätern, Grundbesitzern oder gar von weltlichen Machthabern. Dagegen ist die Kirchensteuer ein Schutz.

PAZ: Ein weiteres aktuelles Thema für die katholische Kirche in Deutschland ist der Dialog mit der Piusbruderschaft. Bischof Gerhard Ludwig Müller spricht von „theologischem Nachhilfeunterricht“, die Bruderschaft redet selbstbewusst von „Verhandlungen“. Was erwarten Sie von den Gesprächen?

> »Die Anliegen der Vertriebenen sind nicht erledigt – denken Sie nur an das Schicksal der Armenier, das jetzt erst richtig hochkommt«

Pieschl: Die Einschätzung Bischof Müllers teile ich! Die katholische Kirche hat ihre Identität seit jeher behalten und die Piusbruderschaft ist keine eigenständige Organisation, die von gleich zu gleich mit Kirche und Papst verhandeln könnte. Es gibt da Dinge zu regeln und zu klären, aber es gibt nichts zu verhandeln.

PAZ: Die Piusbruderschaft rechnet vor, dass sie in diesem Jahr etwa 30 Neupriester weihen wird, die gesamte deutsche katholische Kirche hingegen nur etwas über 90. Demnach wäre der Klerus in einer Generation ganz anders zusammengesetzt als heute ...



Weihbischof em. Gerhard Pieschl

Foto: Bistum Limburg

Pieschl: Allein der deutsche Vergleich besagt in diesem Zusammenhang sehr wenig. Die katholische Kirche ist nun einmal eine Weltkirche und im globalen Maßstab sehen die Dinge ganz anders aus. Wie diese Herren sich verhalten, verstehe ich nicht, vielleicht sind sie noch im Trotzalter?

PAZ: In den zurückliegenden Monaten haben mehrere öffentlich-rechtliche Sender, darunter NDR und ZDF, in einer Tonlage, die der Hetze nahe kam, über christliche Mission berichtet. Können das im schlimmsten Fall die ersten Vorboten einer Christenverfolgung in Deutschland sein?

Pieschl: Ich kenne diese Sendungen nur aus Zeitungsberichten. Anlass waren ja die Entführungen und Morde im Jemen, damit sind wir beim großen Thema Religionsfreiheit. Die ist für Christen klar und für Muslime eben nicht. Der christliche Glaube drängt seinem Wesen nach zur Weitergabe und damit zur Mission. Das zu kritisieren ist immer schlecht, eine Parallele zwischen christlichen Missionaren und islamischen Selbstmordattentätern ist unerträglich. Der negative Beiklang des Wortes Mission ist nicht gerechtfertigt, denn dem Angesprochenen bleibt völlig frei, ob er sich die Botschaft zu Eigen machen will oder nicht. Wenn das in diesen Sendungen anders dargestellt wurde, muss man klar widersprechen. Einen Vorboten einer Christenverfolgung sehe ich darin dennoch nicht.

PAZ: Sie gelten als temperamentvoll und volksnah und sind wegen ihrer klaren Sprache beliebt. Womit wollen Sie den Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Mut machen?

Pieschl: Ich möchte Ihren Lesern und auch Ihrer Zeitung Mut machen, indem ich sie an all das Positive erinnere, was mit Preußen verbunden ist! Preußen musste nach 1945 herhalten für alles, was in der deutschen Geschichte schiefgelaufen war, aber zu Unrecht. Das Erbe Preußens sind vor allem die preußischen Tugenden und die sollten eingebracht werden in das „Gesamt“ des deutschen Volkes, das in seinen Stämmen fortbesteht. Ihre Zeitung sollte ihren Lesern Mut machen, auch weiterhin preußisch zu denken und sich entsprechend zu engagieren. Preußen ist ja als Idee nicht untergegangen, nur weil die Sieger von 1945 den preußischen Staat aufgelöst haben. Die katholische Kirche nutzt ja bis heute das Preußische Konkordat. Preußen ist nicht einfach Militarismus. Das Gute sollte gesehen werden und weiterleben. Vor allem den Mut zur klaren Meinung und die Wahrhaftigkeit brauchen wir heute besonders.

Die Fragen stellte Konrad Badenheuer.

Sorgen der Kirche

Die »Zukunftskonferenz« der EKD brachte wenig Ergebnisse

Zu einer „Zukunftswerkstatt“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) trafen sich am letzten Wochenende 1200 geladene Vertreter in Kassel. Die evangelischen Landeskirchen wollten sich angesichts sinkender Finanzen sowie Mitglieder- und Gottesdienstbesucherzahlen für die Herausforderung der nächsten Jahrzehnte rüsten.

Auf der dreitägigen Veranstaltung kritisierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Medien wie Internet und SMS. Diese machten das Leben oberflächlicher, erklärte der protestantische Minister: „Soziale Netzwerke bergen die Chance zu einer neuen Kommunikation, aber auch zu Vereinzelung. Wir brauchen Werte und Orientierung, damit uns die scheinbar grenzenlose Freiheit unserer Gesellschaft nicht überfordert.“

Ob dies gut drei Jahre nach der Vorstellung des Konzeptpapieres „Kirche der Freiheit“ gelingen kann, blieb auf der Zukunftswerkstatt offen, auf der rund 100 Projekte eine „Kirche im Aufbruch“ vorstellen sollten. Darunter Vorschläge zur Verbesserung von Gottesdiensten und Predigten. Eine durchgängige und durchschlagende Strategie mit Erfolgsaussichten für alle Landeskirchen in ihrer unterschiedlichen konfessionellen Prägung wurde in diesem bunten Markt der Möglichkeiten jedoch nicht gezeigt.

Zum Mitgliederschwund in den Landeskirchen sagte der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU), der seine persönliche Vorliebe für den tibetanischen Buddhismus des Dalai Lama auch öffentlich bekundet, er bedauere, dass viele den Kontakt zur christlichen Gemeinde verloren hätten: „Das ist ihr Problem – und auch unseres. Ich freue mich, dass Sie das nicht hinnehmen wollen.“

> »Herzrhytmusstörungen der Kirche noch nicht überwunden«

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, forderte die evangelischen Landeskirchen auf, sie sollten Gottesbegegnung, Lebenserneuerung und Gemeinschaft in den Mittelpunkt der eigenen Bemühungen stellen. Zudem betonte er die Bedeutung der Mission. Die Kirche richte die Frage „Wie werde ich Christ?“ allzu oft nur an Menschen, die ohnehin schon Christ seien, kritisierte Huber. „Die Einsicht, dass in alldem eine große missionarische Herausforderung liegt, nehmen wir eher zögernd auf; dass mehr als 1000 Jahre nach der Christianisierung unserer Region eine missionarische Situation entstanden ist, stößt sich mit dem Beharren in gewohnter Kirchlichkeit.“

Eine Kirche, die missionsvergessen sei, leide an Herzrhythmusstörungen, rief Huber aus und erinnerte damit an ein Wort des Tübinger Theologen Eberhard Jüngel, der schon vor zehn Jahren auf der Leipziger Missionssynode die Mission „den Herzschlag der Kirche“ genannt hatte. Seitdem ist es mit der Mitgliedergewinnung nicht so recht vorangegangen. Die Zahl von Kirchenmitgliedern und Gottesdienstbesuchern sinkt weiter. Als Grund nannte Bischof Huber die „mentale Gefangenschaft“ der Kirche, die in alten Gleisen weiterfahre. Wer den Glauben an die nächste Generation weitergeben wolle, müsse an die eigene Sendung glauben. *H. E. Bues*

Bibel verbrannt

Lebensschutz-Demo in Berlin gestört

Der diesjährige „Marsch für das Leben in Berlin“ war ein voller Erfolg. 1300 Demonstranten folgten dem Aufruf des Bundesverbandes Lebensrecht. Auf den Transparenten stand zu lesen: „ungeteiltes Recht auf Leben“ und „Wir trauern um alle abgetriebenen Kinder“.

Nicht nur die gestiegene Teilnehmerzahl, sondern auch die härteren und militanteren Gegenaktionen zeigen, dass das Anliegen der Abtreibungskritiker an Beachtung gewonnen hat. Zu Beginn des Aufzuges wurden Grußworte von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bis EKD-Ratspräsident Bischof Wolfgang Huber verlesen. Insbesondere die Grußbotschaft des Jahrelang der SPD angehörenden Protestanten wurde von Hassgesängen und Trillerpfeifen und „Nazi-Rufen“ begleitet. „Linkspartei“, „Pro Famila“ sowie Medien wie das „Neue Deutschland hatten den Pöbel mobilisiert. Die Polizei sah sich nicht veranlasst, die Störung durch etwa 15 Personen unmittelbar vor der Tribüne zu unterbinden, die ältere Teilnehmer und Geistliche gezielt mit der Verteilung von Kondomen der Marke „Deutschland verhüten – Pink Rabbit der antinationale Hase“ provozieren wollten.

> »Nazi-Rufe« gegen SPD-nahen Bischof

Anschließend zogen die Teilnehmer mit ihren weißen Kreuzen zur St.-Hedwigs-Kathedrale, um dort einen ökumenischen Gottesdienst zu feiern. Schon auf dem Weg dorthin kam es zu einem denkwürdigen Zwischenfall. Die Kathedrale liegt direkt am Bebelplatz (früher Opernplatz), wo am 10. Mai 1933 die Nationalsozialisten Bücher missliebiger Autoren verbrannten. Die linken Chaoten focht es nicht an: Sie zündeten vor den Augen des Salzburger Weihbischofs Andreas Laun in unmittelbarer Nähe dieses Platzes eine Bibel an und hielten sie der Spitze des Schweigemarsches entgegen. Beim Abschlussgottesdienst kam es zu weiteren Störungen. Eine Frau warf ein rohes Ei in Richtung der Lebensschützer. Sie wurde von der Polizei abgeführt, Strafanzeige wurde erstattet. Auch in anderen europäischen Städten finden derartige Märsche statt. In Warschau wurden Ende Mai weit über 4000 Teilnehmer gezählt. *H.L.*

Tristes Jubiläum

Von HARALD FOURIER

Vor 1969, da wurden Kinder im deutschen Theater nur mit albernen Märchen berieselt. Mit Geschichten von wagemutigen Prinzen, sprechenden Tieren, schönen Königstöchtern. Die sozialen Probleme wurden von den lieben Kleinen ferngehalten. Das konnte so nicht weitergehen. Wir können gar nicht früh genug damit anfangen, Kinder über den „Hunger in Afrika“ oder die „Ausbeutung der Armen durch die Reichen“ und die „Unterdrückung der Frauen durch ihre Männer“ aufzuklären, lautete eine verbreitete Überzeugung in den späten 60er Jahren.

Das war auch die Motivation der Macher des Berliner „Gripstheaters“, das seinen Sitz am Hansaplatz im Tiergarten hat und jetzt seinen 40. Geburtstag feiert. Endlich ein Theater, das Kinder mit „sozialkritischen“ Themen konfrontiert. Etwas ganz Neues, Wachrüttelndes.

Das „Grips“ war und ist ein Kind seiner Zeit (1968, Apo) und passt auch heute gut ins rot-rote Berlin. Kein Wunder, dass das Theater aus Steuergeldern subventioniert wird. Selbst der größte Erfolg des Theaters, das Musical-Stück „Linie 1“, konnte nicht kostendeckend aufgeführt werden. Die Stadt musste damals ihre Subventionen sogar noch erhöhen. Komisch: Wie kann ein Theater gegen die „herrschenden Zustände“ sein, wenn es immerfort aus Steuermitteln von den Herrschenden finanziert wird? Kann es sein, dass so kritisch gar nicht ist, was seine Macher da auf die Bühne bringen?

Anfangs waren einige Konservative in der Stadt gegen das Grips, aber der Widerstand legte sich schnell. Zum 40. Geburtstag hat sich jetzt sogar Bundespräsident Horst Köhler angemeldet. Und der frühere Kultursenator Peter Radunski (CDU) hebt gerne hervor, dass seine Partei in der Frage des Grips vom „Saulus zum Paulus“ mutiert sei: „Es wurde alles daran gesetzt, dieses Kinder- und Jugendtheater zu unterstützen und zu fördern.“ So ändern sich die Zeiten.

Auch die Springerpresse hat längst ihr Herz für das linke Polittheater entdeckt: Hagelte es in der Gründerzeit Kritik an dem Programm, so findet die „BZ“ das Grips heute „super“, obwohl es mit äußerst linksgerichteten Vereinen zusammenarbeitet und zuletzt ein Jubelstück über Rosa Luxemburg aufgeführt hat. Der marxistische Gripstheater-Gründer Volker Ludwig wird seit Jahren mit Preisen und Anerkennungen von der Theaterzunft und dem deutschen Staat überhäuft, darunter das Bundesverdienstkreuz. Ein staatlich hochdekorierter „regimekritischer Außenseiter“? Das klingt schon monströs, und ist es auch. Die Wahrheit: Das Gripstheater ist nicht kritisch – es transportiert lediglich die Ideologie gewisser Funktionärs- und Polit-Eliten. Und es ermuntert Kinder dazu, die Ressentiments derer zu schlucken, die jetzt feiern. Ein tristes Jubiläum.

Der Triumph gehört Platzeck

Landtagswahl: Gegen den Bundestrend konnte Brandenburgs SPD dazugewinnen



Damenwahl, einmal umgekehrt: Matthias Platzeck (SPD) kann sich aussuchen, ob er lieber mit Johanna Wanka (CDU, Bildmitte) oder mit Kerstin Kaiser (Linke, ganz links) eine Landesregierung für Brandenburg bilden will.

Bild: ap

Acht Prozent mehr Brandenburger stimmten bei der Landtagswahl für die Sozialdemokraten als bei der Bundestagswahl. Das hat die märkische SPD allein ihrem Spitzenkandidaten zu verdanken.

Die Linkspartei rauscht von einem Wahlsieg zum nächsten. Jetzt hätte sie die SPD auch in Brandenburg untergebuttert, wenn Matthias Platzeck nicht gewesen wäre. Doch an der Havel zeichnet sich ein Ende des linken Aufstiegs ab: Die SED-Nachfolgepartei stagniert auf hohem Niveau. Nimmt der Ex-Bürgerrechtlicher Platzeck sie jetzt in die Regierung auf?

„Nimm mich, ich bin eine verlässliche Partnerin“, flüstert Brandenburgs CDU-Chefin Johanna Wanka in Matthias Platzecks rechtes Ohr. „Nur mit mir kannst du soziale Gerechtigkeit verwirklichen“, säuselt Kerstin Kaiser, Frontfrau der Linkspartei, in das linke. Der SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck ist in der brandenburgischen Politik mehr denn je so etwas wie der Hahn im Korb. Gleich zwei Damen schmeißen sich regelrecht an ihn heran, wollen mit ihm koalieren.

Platzeck hat sogar noch zulegen können und gehört damit zu einer raren Spezies in der SPD: ein Mann, der Wahlen gewinnt. So hoch ist seine Popularität, dass ihn sogar das absolute Tief der Berliner Genossen nicht in Mitleidenschaft gezogen hat.

Die SPD steigerte sich bei der Landtagswahl leicht auf 33 Prozent und vergrößerte damit den Abstand zu den zweitplazierten Postkommunisten, die nach leichten Verlusten nur noch 27,2 Prozent erhielten. Die Union verbesserte sich geringfügig auf 19,8 Prozent. Ganz im Bundestrend profitierten die Liberalen von der guten Stimmung und zogen zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder mit 7,2 Prozent in den Landtag ein, in dem auch die Grünen mit 5,6 Prozent nach langer Pause wieder vertreten sein werden. Die DVU ist auf 1,2 Prozent gestürzt, ihre Konkurrentin NPD scheiterte mit 2,5 Prozent ebenfalls an der Fünfprozenthürde.

Die Brandenburger Landtagswahl war eine Persönlichkeitswahl. Niemand hat den beiden Herausforderinnen von der CDU und der Linken abgenommen, dass sie eine echte Chance haben, Ministerpräsidentin zu werden. Die breite Masse der Wähler favorisierte Matthias Platzeck. Besonders auffällig ist der Unterschied zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnis in Brandenburg. Platzecks SPD schnitt bei der Landtagswahl um acht Prozentpunkte (!) besser ab als bei der gleichzeitigen Bundestagswahl. Etliche märkische CDU-, FDP- und Grün-Bundeswähler haben bei „ihrer“ Landtagswahl offenbar für die Partei des Ministerpräsidenten gestimmt.

Diese hohe Zustimmungsrate für Platzeck hat seiner Partei viele Zweitstimmen eingebracht – es gab nur sieben Wahlkreise, in denen sie nicht vorne lag. Bei den Erststimmen sah es weniger gut aus für die Brandenburger SPD. 21 Wahlkreise sind fest in der Hand der Linken, nur 19 konnte die SPD erobern. Trotz Platzeck. Bei der Bundestagswahl war es umgekehrt: Hier lag die Linke bei den Zweitstimmen fast überall vor der SPD.

> Die CDU will weiter mit der SPD koalieren. Doch eine Neuauflage von Schwarz-Rot birgt auch Gefahren für das Profil der Christdemokraten

Das bedeutet, dass sich die Linke in ihrem Stammland weiter gefestigt hat. Die vielen Direktmandate sprechen für die starke lokale Verankerung ihrer Kandidaten. Sie ist eine Volkspartei in der Region, in vielen Gegenden mit mehr Anhängern als die CDU. Und oft mit doppelt so vielen Wählern wie die SPD.

Auch in Brandenburgs angrenzenden Gebieten schnitt die Linke sehr gut ab. In Sachsen-Anhalt etwa wurde sie mit 32,4 Prozent der Zweitstimmen stärkste Partei, nur zwei Wahlkreise trotzten ihr und wählten mehrheitlich CDU. Auch in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern konnte die Linke in einigen Wahlkreisen die Mehrheit erringen.

In Berlin ist sie sogar die einzige Partei mit so etwas wie echten Hochburgen, nämlich Wahlkreisen mit mehr als 40 Prozent Stimmen. In den östlichen Plattenbauvierteln erreichte sie Traumergebnisse knapp unterhalb der absoluten Mehrheit.

Nach dem Amtsantritt des SPD-PDS-Senats 2002 hatte es zunächst so ausgesehen, als würde die Regierungsbeteiligung der dann zur Linken gewandelten PDS schaden. Nach der ersten Legislaturperiode wurde sie abgestraft. Die Bundestagswahl hat aber gezeigt, dass sich die Postkommunisten davon erholt haben: In Berlin wurde die Linke hinter der CDU knapp zweitstärkste Partei.

Das zeigt, dass es ein gefährliches Vabanquespiel sein kann, wenn Platzeck sich in Brandenburg die Postkommunisten ins Kabinett holt. Trotzdem hat er die ersten Sondierungsgespräche mit ihnen geführt – und nicht mit der CDU. Das ist kein gutes Vorzeichen für eine zukünftige Zusammenarbeit von Union und SPD. Dennoch geht man in Potsdam von einer Fortsetzung der SPD-CDU-Koalition aus. Wahrscheinlich, so heißt es, wolle Platzeck der Union nur damit drohen, dass er jederzeit wechseln könne, wenn er nur wolle, und sie damit gefügig machen. Unionsfreunde wenden indes ein: Sollte die CDU aus diesem Grund bereit sein, alle infrage kommenden Zugeständnisse zu machen, dann lege sie jetzt schon wieder die Saat für die nächste Wahlniederlage.

Markus Schleusener

Streit um eine Ausstellung in Berlin

Welche Rolle spielten die Völker der »Dritten Welt« im Zweiten Weltkrieg?

An der Niederwerfung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg teilgenommen zu haben, darauf erheben viele gern ihren Anspruch. Nunmehr fordern auch die damaligen Kolonialvölker unter französischer und britischer Herrschaft ihren Anteil daran. Anfang September öffnete in Berlin eine Ausstellung unter dem unverfänglichen Titel „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ ihre Pforten.

Doch schon im Vorfeld gab es Streit. Der Ausstellungsmacher, der Kölner Journalist Karl Ressel und die Chefin der „Werkstatt der Kulturen“ (wo die Ausstellung stattfinden sollte), Philippa Ebéné, gerieten sich in die Haare. Grund: Die Beteiligung der Völker, deren Heimat man später „Dritte Welt“ nannte, an der Kriegsführung auf Seiten der Achse. Die Afrodeutsche Ebéné erklärte, für sie als Tochter eines Kämpfers in der antikolonialen Bewegung sei eine Darstellung „farbiger Freiheitskämpfer“ neben NS-Sympathisanten, wie ursprünglich geplant, „unerträglich“. Begründung: Mit der zum 70. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs geplanten Ausstellung habe die Werkstatt an die „People of Colour“ erinnern wollen, die ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus geopfert hätten. Solche Würdigung mit dem Hinweis auf ebenfalls vorhandene Zuarbeiter des Dritten Reichs zu verbinden, sei nicht angemessen, so Ebéné.

> Afrodeutsche Ebéné wollte Zweischneidiges ausblenden

Ihr Gegenspieler Karl Rössel beschuldigte Ebéné in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ der Zensur. Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening vermittelte daraufhin. Nun wird die Ausstellung gegen den Wunsch von Frau Ebéné in der Form, wie sie Rössel konzipiert hat, gezeigt – nicht mehr in den Räumlichkeiten von Ebénés Verein allerdings, sondern in den „Uferhallen“ in Berlin-Wedding.

Die Ausstellung wirft indes nach wie vor ein recht einseitiges Licht auf das Thema. Von Kriegsverbrechen der „Kolonialinfanterie“ ist nichts zu sehen. Die Ermordung unbewaffneter deutscher Sanitätssoldaten im Mai 1940 durch damals sogenannte „Senegalneger“ (Zeitzeugen dafür gibt es) oder die Vergewaltigung (fast) aller deutschen Frauen bei der Eroberung von Freudenstadt wird ausgeblendet. Stattdessen erfährt der Ausstellungsbesucher etwas darüber, dass der argentinische Machthaber Juan Perón sowie führende Politiker und teils sogar Regierungen aus Ägypten, Thailand, Birma, der Mandschurei und Indien und natürlich auch der Großmufti von Jerusalem mit den Achsenmächten kooperiert hätten oder zumindest Nähe zu ihnen zeigten. Nur Indiens Gandhi haben die Aussteller übersehen, der schrieb einen Brief an den „lieben Herrn Hitler“.

Die Kriegsbeteiligung Mexikos und Brasiliens gegen Deutschland wird thematisiert, die politischen Hintergründe dafür, wie der massive Druck aus Washington, hingegen nicht. Auch bleibt die heikle Frage nach den Motiven für Angehörige von Kolonialvölkern für eine Zusammenarbeit mit der Achse im Dunkeln. Auch bleibt außen vor, dass die Truppen bei den Kolonialvölkern meist zwangsausgehoben wurden.

Im Saal der Ausstellung rasseln MGs, massenhaft tote Wehrmachtssoldaten. Ein Kriegsfilm wird gezeigt. Eine Schulklasse zeigt mäßiges Interesse, Migrantenkinder machen ihre Späße: „Ich sag dir, die Deutschen wollen immer Opfer sein.“ *Hans Lody*

Sieg über Goliath

Ein Deutscher pfändet Kreml-Immobilie

Seit Jahren kämpft der bayerische Unternehmer Franz Sedelmayer gegen den Kreml. Es geht um ursprünglich 2,9 Millionen Euro, die durch Zinsen und Gerichtskosten auf 4,5 Millionen angewachsen sind. In Berlin gelang ihm nun ein Durchbruch: Das Amtsgericht Mitte ordnete am 9. September an, die Immobilie des „Russischen Hauses“, das Kulturzentrum der Russischen Föderation, in der Friedrichstraße unter Zwangsverwaltung zu stellen, und verfügte, die Zwangsversteigerung in die Wege zu leiten.

Der Fall ist die Geschichte eines gescheiterten Joint-Ventures. Als Sedelmayer vor 19 Jahren in St. Petersburg eine Firma für Objekt- und Personenschutz aufbaute und die örtlichen Behörden vom Kugelschreiber bis zum Auto ausrüstete, war die Welt noch in Ordnung. Mit dem damaligen Vizebürgermeister Wladimir Putin baute er sogar eine Sondereinsatzgruppe des Inlandgeheimdienstes auf. Die Geschäfte florierten so, dass er eine luxuriöse Gründerzeitvilla in St. Petersburg als Firmensitz erwarb. Nachdem er diese für über zwei Millionen Euro umgebaut hatte, wurde der damalige Präsident Boris Jelzin darauf aufmerksam. Sedelmayer wurde enteignet und die Immobilie zur Stadtresidenz des Präsidenten umfunktioniert. Nach aussichtslosen Klagen in Russland gegen diese Willkür zog Sedelmayer vor internationale Schiedsgerichte und bekam Recht. Vor Jahren ließ er in Köln Gebäude der russischen Handelsvertretung pfänden, sah jedoch nie Geld. Der Kreml reagiert auf den jüngsten Gerichtsbeschluss zum Russischen Haus empfindlich. Der Skandal könnte Konsequenzen für die Arbeit des Goethe-Instituts in Russland, dem deutschen Gegenstück des „Russischen Hauses“, haben. Sedelmayer hingegen nutzt seine Erfahrungen. Er gründete eine Beraterfirma für ausländische Investoren, die ähnliche Probleme haben. *MRK*

Eine neue Weltregierung?

Der G20-Gipfel hat sich selber zum globalen Lenkungsgremium aufgewertet

Ein neues globales Gipfel-Gremium hat sich etabliert: G20. Dahinter steckt offenbar mehr als nur der Versuch, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen – eine neue Weltregierung?

Die Verschwörungstheoretiker haben es ja schon immer gewußt: Wir alle, in West und Ost, in Nord und Süd, werden in Wahrheit nicht von unseren nationalen Regierungen regiert, sondern von anonymen Mächten, die im Hintergrund die Fäden ziehen, die alles steuern und beherrschen. Eine (un)heimliche Weltregierung nach dem Prinzip: Wer zahlt, schafft an – Geld beherrscht die Welt.

An einer Frage freilich scheiden sich die Geister, die oft eher Ungeister sind: In wessen Händen befinden sich Geld und Macht? Mal ist es „das Weltjudentum", mal „die Hochfinanz der US-Ostküste", mal „die Queen" und mal „die kleinen grünen Männchen vom Mars". Seit einigen Tagen nun ist der Kreis der „üblichen Verdächtigen" um eine interessante Variante bereichert. Zunächst war es Londons Immer-noch-Premier Gordon Brown, der die Gipfelrunde der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, seit Spätherbst 2008 bekannt als G20, zu einer Art Weltregierung machen wollte, deren Kompetenzen weit über die Bewältigung aktueller Krisen hinausgehen soll. Ihm schwebe, so Brown gegenüber der „Welt", ein „neuer Weg, die Weltwirtschaft global zu regieren", vor. Schnell machte die Idee im internationalen Blätterwald die Runde. Als die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschafts- und Schwellenländer sich am 24. und 25. September im amerikanischen Pittsburgh trafen, stand sie bereits unausgesprochen mit auf der Tagesordnung. Und am Ende zählte zu den bemerkenswertesten Ergebnissen des G20-Gipfels der Beschluss, sich selber als Nachfolger der Gruppe der sieben führenden westlichen Wirtschaftsmächte sowie Rußlands (G8) zum globalen wirtschafts- und finanzpolitischen Lenkungsgremium zu machen. Damit war der Begriff „Weltwirtschaftsregierung" offziell in die internationale Kommuniqué- und Verlautbarungssprache eingeführt – von da bis zur „Weltregierung" ist es nur noch ein kleiner Schritt.

Die Aufwertung der G20 dürfte mittel- und langfristig auch die Position der Vereinten Nationen tangieren. Vor allem der Weltsicherheitsrat kann sich auf eine weitere Abwertung einstellen. Hier rächt sich nach Ansicht vieler Beobachter, dass es der so genannten Weltgemeinschaft nicht gelungen ist, ihre Organisations- und Entscheidungsstrukturen rechtzeitig zu reformieren und den geänderten globalen Machtverhältnissen anzupassen. So gerät der „Papiertiger vom East River" durch die Stärkung der G20 womöglich in eine Existenzkrise.

Eine Antwort auf das Versagen der Vereinten Nationen

Die Mitglieder der G20 – 19 Staaten, darunter aus Europa Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, sowie die EU – repräsentieren 65 Prozent der Weltbevölkerung, aber 88 Prozent des weltweit erarbeiteten Bruttoinlandprodukts (BIP). Die zunehmende weltwirtschaftliche Bedeutung des ostasiatischen und pazifischen Raums dokumentiert sich in der Teilnahme Chinas, Japans, Indiens, Südkoreas, Indonesiens und Australiens. Brasilien, Argentinien und Mexiko vertreten Lateinamerika, der „Schwarze Kontinent" ist mit Südafrika eher unterrepräsentiert. USA, Kanada, Saudi-Arabien und die Türkei komplettieren die Runde. In Pittsburgh durften aber auch Spanien, Niederlande sowie die Vertreter elf weiterer internationaler Organisationen (neben Vollmitglied EU) mit am Tisch sitzen. Verstimmung gab es in der Schweiz, die als einer der wichtigsten Finanzplätze einen Sitz in der G20 für angemessen hält, aber im Zuge der Auseinandersetzungen über sogenannte Steueroasen bis auf weiteres ausgeschlossen wurde. Es war dies wohl der letzte „Erfolg" des nunmehr abgewählten Bundesfinanzministers Peer Steinbrück. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Das Treffen der G20: Der Ruf des britischen Premiers Brown, die G20 zu einer „Weltwirtschaftsregierung" auszubauen, hat alten Geschichten und Gerüchten um eine omnipräsente „Weltregierung" neue Nahrung gegeben. Bild: action press

Pyrrhussieg des Materiellen

Dass die wichtigsten Staaten und Organisationen dieser Welt sich zusammentun, um gemeinsam einer weltweiten Finanzkrise Herr zu werden, ist durchaus positiv zu bewerten. Bei aller berechtigten Einzelkritik an den Beschlüssen der bislang drei G20-Gipfel – ohne sie wäre die Krise möglicherweise für viele Menschen weitaus dramatischer verlaufen.

Nun aber will sich dieses Finanz- und Wirtschaftsgremium zu einer Art Weltregierung aufschwingen. Das heißt: Was immer auf dieser Erde oberhalb der nationalen Ebene zu regeln ist, soll streng nach wirtschaftlichen und finanzellen Kriterien geregelt werden. Damit wäre „Geld regiert die Welt" dann bittere Wirklichkeit.

„Geld" steht hier als Synonym für das Materielle, als Gegenpol zum Immateriell-Geistigen. Der Wert unserer Welt wird dann nur noch in Mark und Pfennig – pardon: Euro und Cent – bemessen. Moralische Werte leistet man sich allenfalls noch, wenn sie nichts kosten.

Jenseits von »Geld regiert die Welt«

Auf dem gefährlichen Weg zu einer solchen Welt sind wir schon weit vorangeschritten, der Finanz-Gipfel als künftige Weltregierung ist ein Zeichen dafür. Es ist ja nicht einmal das Geld an sich, das diese Welt beherrscht, es ist vor allem die blanke materielle Gier – zuvorderst ganz oben in der Banken- und Börsenhierarchie, aber bei weitem nicht nur dort.

Natürlich können wir nicht alle Räder zurückdrehen; eine Welt ohne Geld wird es nie mehr geben. Vielleicht aber eine Welt, in der Geld und materielle Werte kein Selbstzweck sind, sondern lediglich Mittel zu anderen, höheren Zielen.

Ob unsere soeben neugewählten Regierenden wohl die Kraft haben werden, unser Volk auf einen solchen, weniger materialistischen Weg zu führen? *H.J.M.*

Zeitzeugen



Gordon Brown – Der 1951 im schottischen Glasgow geborene Politiker ist seit zwei Jahren Premierminister des Vereinigten Königreichs und Vorsitzender der Labour Party. Seine Amtszeit stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Seine Partei manövrierte er in ein Stimmungstief. Dass er die 2010 anstehenden Neuwahlen als Premier überstehen wird, gilt als ausgeschlossen. Doch versteht er es immer wieder, durch internationale Auftritte die Schwäche im eigenen Land vergessen zu machen. Nach Pittsburgh zum G20-Gipfel reiste er – wie „The Telegraph" spottete – mit dem bescheidenen Arbeitsprogramm an: „Erstens, den Planeten retten, zweitens, die Weltwirtschaft retten." So verwundert es nicht, dass ausgerechnet von ihm der Vorschlag kam, die G20 zur „Weltregierung" aufzuwerten.

Barack Obama – Der 1961 in Honolulu/Hawaii geborene Amerikaner wurde Ende 2008 als erster Farbiger zum Präsidenten der USA gewählt. Die globale Finanzkrise, die wenige Monate vor seinem Amtsantritt von den USA ausgegangen war, stellte die erste große Herausforderung für ihn dar. Dabei zeigte sich, dass er sich, was die Priorität amerikanischer Eigeninteressen betrifft, kaum von seinen Vorgängern unterscheidet. So versuchte er schon im Vorfeld des G20-Treffens in Pittsburgh, die vor allem von den Europäern geforderten strengen Reglementierungen des Bankensektors aufzuweichen und stattdessen die für Amerika ungünstigen Ungleichgewichte bei den Handelsbilanzen zu thematisieren. Die Unverbindlichkeit der Beschlüsse von Pittsburgh war auch ein Resultat dieser Politik Obamas.



Nicolas Sarkozy – Der 1955 in Paris geborene konservative Politiker ist seit zwei Jahren Präsident der Französischen Republik. Er kann als Verlierer des Gipfels von Pittsburgh gelten. Seine weitreichenden Forderungen zur Begrenzung der Bankerboni hatte er mit der Drohung untermauert, im Falle des Scheiterns vorzeitig abzureisen. Geblieben ist er dennoch bis zum Ende – der abschließende Fototermin war ihm wohl doch zu wichtig.

Angela Merkel – Die 1954 in Hamburg geborene, in der DDR aufgewachsene CDU-Politikerin, soeben als Bundeskanzlerin für vier weitere Jahre bestätigt, konnte den G20-Gipfel zwar nicht zu konkreteren Beschlüssen bewegen. Immerhin aber gab sie, zwei Tage vor der Wahl, noch einmal eine Kostprobe ihres zweifellos beeindruckenden Auftretens auf internationalem Parkett.

Gipfel der Unverbindlichkeit

In Pittsburgh kam G20 kaum über Absichtserklärungen hinaus

Was hat der Gipfel von Pittsburgh der Welt gebracht? Keine für alle verbindlichen Regelungen des globalen Finanzmarkts, sondern ein Bündel von Absichtserklärungen, die jede für sich durchaus begrüßenswert sind, bis auf weiteres aber noch keine konkreten Folgen zeitigen. Hier die Ergebnisse im einzelnen:

• Gehälter und Bonuszahlungen für Bankmanager sollen sich künftig an längerfristigen Erfolgen orientieren und internationalen Standards unterliegen. Was „längerfristig" bedeutet und wieviel Geld als angemessen gilt, bleibt offen.

• Die Eigenkapitalausstattung der Banken soll verbessert werden, um so die Risikobereitschaft einzugrenzen. Konkrete Zahlen werden nicht genannt; sie sollen erst 2012 festgelegt werden. Bis dahin lässt man den Banken in Sachen Eigenkapital weitgehend freie Hand, um – wie es im Abschlusskommunique von Pittsburgh heißt – den konjunkturellen Aufschwung nicht zu gefährden.

• Eine „Charta des nachhaltigen Wirtschaftens" soll die Weltwirtschaft steuern und kontrollieren. Konkrete Inhalte eines solchen „Grundgesetzes der Weltwirtschaft" sind noch nicht bekannt; die G20 will laut Abschlusskommunique weiter daran arbeiten.

• Nationale und internationale Institutionen der Finanzaufsicht sollen künftig Exzesse wie den Handel mit hochriskanten Papieren, Schrott-Immobilien oder Ramsch-Hypotheken verhindern. Was im einzelnen „hochriskant", „Schrott" oder „Ramsch" ist, soll auf späteren G20-Treffen ausgehandelt werden.

Deutscher Vorschlag zur Börsensteuer wurde vertagt

• Um die Verursacher krisenhafter Entwicklungen zur Verantwortung ziehen zu können, sollen geeignete Instrumente geschaffen werden.

• Die beteiligten Regierungen sollen sich um ein „starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum" bemühen; insbesondere Exportnationen wie Deutschland sollen zu diesem Zwecke die Binnennachfrage stärken.

Über den deutschen Vorschlag einer weltweiten Börsenumsatzsteuer wurde auf dem Gipfel gar nicht erst diskutiert; er wurde stillschweigend zwecks eventueller späterer Wiedervorlage zu den Akten gelegt.

Dennoch bewerten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Noch-Finanzminister Peer Steinbrück die Ergebnisse von Pittsburgh positiv. Hingegen gibt es sowohl von der Berliner Opposition als auch von Finanz- und Wirtschaftsexperten deutliche Kritik. So klagt Beatrice Weder di Mauro, eine der so genannten Wirtschaftsweisen, es sei „nicht genug, weltweite Regeln aufzustellen, aber die Umsetzung und Durchsetzung der nationalen Ebene zu überlassen und nur ungenügend zu überwachen". FDP-Finanzexperte Carl-Ludwig Thiele befindet: „Da liegt noch vieles im Nebel", und für die Grünen befürchtet Jürgen Trittin: „Das Casino bleibt bis auf weiteres offen!" Warum, weiß Prof. Hans-Peter Burghof: „Ohne Stärkung der Finanzaufsicht machen die Beschlüsse keinen Sinn." *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4563**

Keine Kehrtwende im Bund

Die bisherigen Erklärungen lassen ein eher behutsames Umsteuern der neuen Regierung erwarten

Wie historisch war die Bundestagwahl? Manche haben im umgekrempelten deutschen Parteienspektrum eine schwarz-gelbe Mehrheit nicht mehr für möglich gehalten. Allerdings ist Schwarz-Gelb im Jahre 2009 nicht mehr dasselbe wie noch 1982. Die Veränderungen dürften vergleichsweise überschaubar bleiben.

Bei drei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen, 1998, 2002 und 2005 erzielten die drei Parteien SPD, Gründe und PDS/Linke in der Summe jeweils ziemlich genau 51,5 Prozent. Manche in der SPD hielten diese Konstellation bereits für so festgefügt, dass sie nurmehr darauf hinzuarbeiten schienen, aus dieser Mehrheit der Mandate ein Regierungsbündnis zu formen.

Die CDU ihrerseits opferte erhebliche Teile ihres Programms dem Ziel, in einer tiefgreifend veränderten deutschen Gesellschaft gemeinsam mit der FDP wieder eine Mehrheit zu bekommen: Staatliche Betreuung für Kleinkinder von ein bis drei Jahren, Ganztagsschulen, „Kampf gegen rechts“, Standpauke für den Papst, geschleifter Paragraph 218, mehr Embryonenfroschung, Homo-Ehe - alle diese Dinge hätte und hat die CDU noch vor einigen wenigen Jahren bekämpft, wenn SPD oder Grüne sie vorschlugen oder vorgeschlagen hätten. Nun sind diese Inhalte selbst Teil der Programmatik der CDU, deren einstiger national-konservativer Flügel nicht mehr existiert.

Egal, ob richtig oder falsch: Die geänderte „Positionierung“ der CDU hatte zumindest soviel einschläfernde Wirkung auf linke Wähler im Lande, dass zusammen mit dem Charisma einer Bundeskanzlerin Angela Merkel eine schwarz-gelbe Mehrheit der Mandate möglich wurde.

Doch obwohl die Probleme im Jahre 2009 größer sind als 1982 ist, dürfte der Reformeifer eher geringer sein. Die Unwilligkeit der Deutschen, auch unabweisbar notwendige Sanierungsschritte zu akzeptieren, haben die Verantwortlichen nach schmerzlichen Lektionen an der Wahlurne tief verinnerlicht.

Was bedeutet all das für die Koalitionsverhandlungen und den Kurs einer Regierung Merkel/Westerwelle? Rasche Kompromisse sind absehbar in den Bereichen Außenpolitik, Bildung und Umwelt. In der Energiepolitik ist eine Verlängerung der Restlaufzeit der Kernkraftwerke absehbar und eine Verringerung der Subventionen für erneuerbare Energien wie Sonne und Wind. Beides kann - je nach Ausgestaltung der Abmachungen mit der Energiewirtschaft - den Bürger ganz spürbar entlasten. Doch gewiss werden in Zeiten wie diesen diese Wohltaten nicht einfach „netto“ weitergegeben, sondern in einer Weise mit Kürzungen verknüpft, dass die Politik behaupten kann, unter dem Strich stelle sich der Bürger immer noch besser als zuvor.

Mögliche Belastungen könnte es bei der einen oder andere Sozialleistung geben, auch die Sonderzuschüsse der vergangenen beiden Jahre für Rentner dürften sich so schnell nicht wiederholen. Die von den Liberalen geforderten Steuersenkungen sind vorerst kaum realistisch - nicht mangels Verhandlungsmacht der FDP, sondern angesichts der Haushaltslage. Vermutlich bleibt es bei einer eher symbolischen Entlastung der Familien durch eine Erhöhung der Freibeträge oder kleinen Entlastungen im Bereich der Progression und bei der Erbschaftssteuer.

> Spannend wird es dort, wo Union und FDP uneinig sind

Mit dieser Herangehensweise wird allerdings der Bundeshaushalt 2010 kaum entlastet. Gleich drei Argumente bieten sich den Verantwortlichen, substanzielle Sanierungsschritte um ein Jahr zu verschieben: Die Rücksicht auf die noch nicht überwundene Finanzkrise, der Zeitbedarf zur Erstellung eines wirklich neuen Haushalts 2010 und die Rücksicht auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres. Letzteres Argument würde wohl kein Politiker offen aussprechen, doch es könnte in diesem Zusammenhang das gewichtigste sein.

Spannend ist die Frage, wie der Koalitionspoker in all den Feldern ausgeht, in denen FDP und CDU/CSU deutlich auseinanderliegen: Dazu gehören der Gesundheitsfonds, die Bundesagentur für Arbeit und die Wehrpflicht (die die FDP jeweils am liebsten abschaffen wollte), aber auch der Kündigungsschutz, die innere Sicherheit und das Thema Datenschutz. Beim Thema Steuerreform besteht Einigkeit nur darin, dass es einfacher, gerechter und insgesamt mit weniger Belastungen abgehen soll, fast alles andere ist umstritten.

Unverändert gibt es Hinweise, dass die CDU im Zuge einer breit angelegten Steuerreform mit niedrigeren Tarifen dazu bereit sein könnte, bei der Mehrwertsteuer noch einmal „zuzugreifen“: Dafür spricht der eher geringe Aufschrei des Patienten bei diesem Schnitt im Jahre 2005, das hohe Aufkommen dieser Steuer und der ökonomisch sinnvolle Effekt, dass eine Steuerreform in dieser Kombination eine Umverteilung hin zum arbeitenden Teil der Bevölkerung bewirken würde; die „Sündenfälle“ bei der Rente in den vergangenen beiden Jahren würden dadurch abgemildert. All das weiß auch die FDP, doch aufgrund der klaren Aussagen Merkels sind dies allerdings Überlegungen eher für 2011 oder 2012.

Ganz bewusst wurden hier keine Personalspekulationen kolportiert, auch wenn diese Frage natürlich die Sachverhandlungen ganz wesentlich prägt. Zwar wird formal wirklich zuerst der Koalitionsvertrag ausgehandelt und erst anschließend werden die Posten verteilt. In der Praxis haben die Unterhändler am Verhandlungstisch beim Poker um Kompromisse aber immer den Gedanken im Hinterkopf, wie diese oder jene Sachentscheidung die Berufungsschancen ihrer Favoriten und Gefolgsleute beeinflusst.

Offenbar soll zudem zügiger verhandelt werden als 2005. Bis zur Konstituierung des Bundestages am 27. Oktober soll der Koalitionsvertrag stehen, soll die Bundeskanzlerin schon zwei Tage nach der gewonnenen Wahl einen Termin gesetzt haben.

Konrad Badenheuer



Treffen im Kanzleramt: Angela Merkel und ihr künftiger Vizekanzler Guido Westerwelle. Bild: pa

MELDUNGEN

Schwarz-Gelb auch in Kiel

Nach der Wahl in Schleswig-Holstein haben die Parteien bereits mit den Verhandlungen für eine neue bürgerliche Koalition begonnen. Liberale und Christdemokraten erreichten dank des starken Ergebnisses der FDP von 14,9 Prozent zusammen 49 Sitze. SPD, Grüne, Linke und der dänische SSW stellen im Kieler Landtag 46 Parlamentarier. Eine zügige Regierungsbildung wird dank des guten Einvernehmens der Parteispitzen erwartet. Für Ärger sorgte die Mandatsvergabe bei den zukünftigen Oppositionsparteien. Die Grünen-Spitzenkandidatin Monika Heinold forderte eine Änderung im Landeswahlgesetz. „Wir haben ein Zweitstimmenergebnis, das sich nicht in der Sitzverteilung widerspiegelt.“ Bei den Zweitstimmen lagen SPD, Grüne, Linke und SSW zusammen 1,7 Punkte vor Union und FDP. Die Erweiterung des Kieler Landtages auf 95 Abgeordnete wird eine teure Angelegenheit. Eine Landtags-Sprecherin erklärte, man gehe mindestens drei Millionen Euro jährlichen Mehrkosten aus. Normalerweise soll das Parlament 69 Abgeordnete haben. *H.E.B.*

Schmutzige Filmchen

Düsseldorf – Das Internet dient in Nordrhein-Westfalen neuerdings als politischer Pranger: Als Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) im Wahlkampf abfällig über rumänische Arbeiter sprach, stellten SPD-Anhänger die peinlichen Auftritte umgehend ins Netz. „Verkürzt“ und „frisiert“, sei das, behauptete die CDU. Aus Rüttgers Berater-Umfeld stammt dagegen die Idee, die SPD-Oppositionschefin Hannelore Kraft rund um die Uhr mit Kameras zu überwachen. Die Aktion organisierte laut einem Bericht der “Frankfurter Rundschau“ direkt der Düsseldorfer Regierungsapparat. *SV*

Russki-Deutsch (37):

Stolowaja

Von Wolf Oschlies

In ganz Russland“, maulte 1912 der deutsche „Russland-Baedecker“, „gibt es keine einzige gemütliche Kneipe“. Wobei dieses Verdikt regional noch weiter zu fassen ist: Zu „Russland“ gehörte damals Polen, dessen Kneipenmisere so ausgeprägt und so langwährend wie die russische war. Das ist, slawa Bogu (Gott sei Dank), vorbei, und weil auch Russen und Polen gehabte Schmerzen gern haben, können wir uns an gastronomische Vorhöllen wie die „Stolowaja“ erinnern.

„Stolowaja“ ist von „stol“ (Tisch) abgeleitet und bezeichnet eine Kneipe der primitivsten Machart. Manes Sperber, 1961 Autor des Weltsellers „Wie eine Träne im Ozean“, war in jungen Jahren ein gläubiger Salonkommunist. Als solcher kam er 1931 nach Moskau, wo sich eine intellektuelle Zynikerin bemühte, ihm den Glauben an Stalins Paradies auszutreiben: „So führte sie mich jedes Mal in eine ‚Stolowaja‘, eines jener Wirtshäuser, in denen nichtprivilegierte Moskauer zu Mittag aßen. Das Essen war da noch weit schlechter als jenes der Volksspeisehalle, wo ich während des Kriegs in Wien gearbeitet hatte. Es war da auch viel schmutziger und das Brot ungenießbarer als das Wiener Brot im ... Kriegswinter“.

So blieben die Stolowajas bis zum Schluss, in ihrem Schmutz und der Erbärmlichkeit ihres Speisezettels ohne Pendant in ganz Osteuropa. Zahllose Reiseberichte, auch solche aus der DDR, haben diese Schweineställe für Menschen beschrieben – „Stolowaja“ wurde ein russischer Sprachexport, in der Attraktivität vergleichbar mit Knute, Pogrom und anderen. Aber so etwas tut man nicht ungestraft: Wie der „traktir“ (Kneipier) und die sowjetische Stolowaja Gäste behandelten, verstieß gegen eine tschechische Lebensweisheit: „Das beste Mittel gegen Alkoholismus sind gemütliche Kneipen!“ Die gibt es inzwischen in Russland, besonders anheimelnd die (deutsch benannte) Kette „Kaffee-Haus“, aber weil es sie zu lange nicht gab, saufen sich Russen seit Jahrhunderten um Kopf und Kragen. Jahr für Jahr ein Bevölkerungsminus von 800 000 Menschen, durchschnittliche Lebenserwartung von Männern unter 60 Jahren, drei Viertel aller Straftaten alkoholbedingt. Wo wenn nicht in der Stolowaja nahm dieses russische Unglück seinen Anfang?

Austrittswelle

Katholische Oberhirten ratlos

Anders als bei den evangelischen Landeskirchen, die seit Jahrzehnten massiv Mitglieder verlieren, war dieses Phänomen in der katholischen Kirche bis vor einigen Jahren kaum relevant. Doch 2006 verließen 84000 Mitglieder , 2007 rund 93000 und im Jahr 2008 sogar 121155 Mitglieder ihre katholischen Gemeinden. Zusammengerechnet in den letzten drei Jahren also fast 300000 Kirchenmitglieder; in jedem Jahr im Schnitt eine mittlere Großstadt von 100000 Menschen.

Zwar können sich die kirchlich Verantwortlichen damit beruhigen, dass sich die jährlichen Austrittszahlen „nur“ bei etwa 0,3 bis 0,4 Prozent der Gesamtmitgliedschaft von 26 Millionen Katholiken in Deutschland bewegen; im Verhältnis treten doppelt oder dreimal so viele Personen aus Parteien, Vereinen oder Gewerkschaften aus. Für einige Empörung unter Gläubigen und ungläubiges Staunen unter anwesenden Journalisten sorgte aber die Einlassung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zolitsch. Als er am Rande der diesjährigen Herbstkonferenz der deutschen Bischöfe die neuesten Zahlen der kirchlichen Statistik bekanntgab, wurde er nach den Ursachen für die steigende Anzahl der Austritte gefragt. Darauf wusste er keine Antwort zu geben und verwies darauf, dass man nach den Ursachen forschen müsste. Wichtig sei es, den Kontakt zu jenen nicht zu verlieren, die eine gewisse Distanz zur Kirche entwickelt hätten. Gerade Beerdigungen, aber auch Taufen oder Trauungen müssten individuell gestaltet werden, um die Menschen wirklich zu erreichen.

> Profillosigkeit der Kirche ein Grund?

Demgegenüber stellten Gläubige in Mails kritische und mitunter auch harte Fragen an die Oberhirten. Viele mutmaßten, dass die Austrittswelle an der weitgehenden Verflachung des Glaubens, der Profillosigkeit der Kirche in Deutschland und am mangelnden missionarische Einsatz bei weiten Teilen der kirchlichen Hierarchie liege. Kein Bischof in Deutschland habe bis zur Stunde ein Programm zur Rückgewinnung von Nichtpraktizierenden oder Ausgetretenen entwickelt. Stattdessen herrschten Leisetreterei und Hasenfüßigkeit. *Hinrich E. Bues*

Falsche Empfänger

Asylkosten immer noch hoch

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist seit Jahren rückläufig. Die Kosten sinken. Soviel ist bekannt. Wenig bekannt ist, in welchem Umfang der Staat Leistungen gewährt hat und weiter gewährt. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht nun Zahlen für 2008. Demnach sanken die jährlichen Gesamtausgaben für Asylbewerber unter eine Milliarde Euro (2008 zirka 842 Millionen Euro). Über 12 Milliarden Euro hat die Bundesrepublik seit dem Jahr 2000 für Asylbewerber aufgewendet.

Die Zahlungen fächern sich in solche für den täglichen Bedarf auf sowie in den als „Taschengeld“ eingestuften Geldbetrag, den Asylbewerber zusätzlich zur Dekkung grundlegendster Bedürfnisse wie Essen und Kleidung erhalten. Diese Zuwendungen heißen „Regelleistungen“ (2007 waren das 0,75 Milliarden Euro). Es gibt auch „besondere Leistungen“ (0,28 Milliarden Euro), das sind vor allem Zahlungen bei Krankheiten und Geburten. In manchen Fällen gehört auch Hilfe zum Lebensunterhalt dazu. 153 300 Menschen empfingen 2007 Regelleistungen (davon 20175 Kinder unter 7 Jahren, insgesamt 54847 Jugendliche unter 18), 52000 bekamen besondere Leistungen.

Das Durchschnittsalter der Asylsuchenden liegt bei zirka 26 Jahren. Familienzusammenführungen sind somit klar wichtigstes Argument für den Zuzug und auch den Empfang von Geld. Neben dem unterschiedlichen und mitunter wenig praktikablen rechtlichen Status der Asylbewerber geht aus den Zahlen auch hervor, dass einige der Hauptherkunftsländer der staatlichen Mittelempfänger nicht solche mit hohem Verfolgungsdruck oder besonderer wirtschaftlicher Not sind. So gingen allein 25 Prozent des 2007 Gezahlten an Asylbewerber aus Serbien und Montenegro. Länder wie beispielsweise Simbabwe oder Nord-Korea stellen nur Asylbewerber im Promille-Bereich. Selbst aus Afghanistan stammten 2007 gerade 3 Prozent der Leistungsempfänger. Nach wie vor werden vor allem Geld- und weniger Sachleistungen oder Wertgutscheine ausgegeben. 1995 hatte der Staat (insgesamt) noch 2,8 Milliarden Euro für den Asylsektor aufgewendet, 2000 waren es 1,9 Milliarden, 2005 1,25 Milliarden Euro. *Sv.G.*

> Viel Geld für Länder mit wenig Verfolgung

Symptome des Niedergangs

Immer mehr Deutsche suchen ihr Glück im Ausland – Ostmitteleuropa blutet noch stärker aus

Die Schweiz, die USA, Polen und Österreich – alles Länder mit geringerer Abgabenlast für Berufstätige – sind die Hauptzielländer deutscher Auswanderer. Allerdings führen nicht nur hohe Steuern zu Emigration. Ökonomen rechnen vor, dass die Auswanderung qualifizierter junger Menschen enorme Folgekosten hat und deswegen ihrerseits zu noch höheren Abgaben führen könnte.

Die neue Studie des Münchner Ifo-Instituts über die Belastungen für den deutschen Sozialstaat durch die steigende Auswanderung hiesiger Fachkräfte ist alarmierend. In der wissenschaftlichen Erhebung werden beispielhaft die Berufswege eines mit 23 Jahren ausgewanderten Facharbeiters sowie einer 30-jährigen Ärztin dargestellt. Weil beide vor ihrem Aufbruch aus Deutschland nur wenig Steuern und Sozialabgaben gezahlt haben, jedoch von einer kostenlosen Ausbildung profitieren konnten, hätten sie die deutsche Bevölkerung mit rund 160000 Euro (der Facharbeiter) und sogar 436000 Euro (die Ärztin) belastet.

Blieben sie dagegen im Lande, würden sie nach der Modellrechung über ihre gesamte Lebenszeit hinweg einen positiven finanziellen Beitrag von 121000 Euro beziehungsweise 639000 Euro für die Allgemeinheit leisten.

Die katastrophalen Folgen für den Staatshaushalt und die Zukunft Deutschlands insgesamt lassen sich erahnen, wenn man sich die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes zu dem Thema ansieht. Danach stieg die Zahl der deutschen Auswanderer 2008 gegenüber dem Vorjahr um rund 14000 und erreichte mit 175000 Personen den höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen 1954. Bereits die im Mai letzten Jahres veröffentlichten Zahlen für 2007 hatten einen Zuwachs um sechs Prozent auf 165000 Personen ergeben. An der Spitze der Zielländer lag bei beiden Statistiken die Schweiz, gefolgt unter anderem von den USA, Polen und Österreich.

Der in englischer Sprache mit dem Begriff „brain drain" bedachte massenhafte Verlust gebildeter Nachwuchskräfte hat also längst auch Deutschland erreicht, wenngleich nicht in dem Maße wie im Gefolge der EU-Osterweiterung das Baltikum, Polen, die Tschechische Republik, Rumänien, Ungarn, Slowenien oder Bulgarien.

So hemmt in Tschechien der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften das weitere Wachstum einer ansonsten leistungsfähigen Exportwirtschaft. In Estland, Lettland und Litauen sind seit der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit laut Schätzungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und einheimischer Fachleute sogar rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausgewandert. Und in Rumänien sollen von den offiziell registrierten rund 4,5 Millionen Arbeitnehmern mittlerweile die Hälfte ins Ausland abgewandert sein.

Diese Entwicklung hat nicht nur für Ostmitteleuropa, sondern

> Ein Teufelskreis aus höheren Abgaben und mehr Auswanderung

für den gesamten Kontinent schwerwiegende sozialpolitische und kulturelle Folgen. Hierzulande lässt sich die Bedeutung der Thematik nicht zuletzt an den vielen Fernsehreportagen privater Sender mit Titeln wie „Die Auswanderer", „Mein neues Leben", „Deutschland ade" oder „Goodbye Deutschland" ablesen. Auch die hohe Zahl deutscher Rentner, die ihren Lebensabend in südlicheren Gefilden verbringen wollen, oder die Tatsache, dass zunehmend mehr Aussiedler nach Russland zurückkehren, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Lage eines Landes, dessen wirtschaftlich beste Zeiten wohl der Vergangenheit angehören.

Wenn die Statistiker für die Deutschen parallel zu den sich stetig vermehrenden Auswanderungen in den letzten Jahren auch eine wachsende Zahl an Rückkehrern hervorheben (108000 Personen für 2008 und 110000 für 2007), so ist zu bedenken, dass hier die Zuzüge von Spätaussiedlern eingerechnet sind. Dennoch seien die tendenziell steigenden Rückkehrerzahlen einfach ein Beweis, so hieß es in den Medien, dass viele Deutsche „mobiler" geworden seien. So schlimm sei es also doch nicht, beschwichtigten noch im letzten Jahr reihenweise die Feuilletons deutscher Zeitungen und ergingen sich in Gedankenspielen über das Hin- und Herwandern in globalisierten Räumen.

Diesmal war die Stimmung nach Veröffentlichung der Daten des Statistischen Bundesamtes schon anders. Vor dem Hintergrund der großen Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch eine Krise des unüberschaubaren, unregulierten globalen Marktes ist, ist es merkwürdig ruhig geblieben, und die Schönredner hielten sich zurück.

Denn selbst wenn ein Teil der Auswanderer Deutschland von vornherein nur vorübergehend den Rücken kehrt, besteht kein Grund zur Entwarnung. Fest steht, dass es jenseits der ungleich dramatischeren Geburtenproblematik 2005 eine Trendwende gab: Nachdem noch in den neunziger Jahren jährlich Hunderttausende von Aussiedlern für eine quantitative Stärkung des deutschstämmigen Bevölkerungsteils sorgten, gibt es seither einen negativen Wanderungssaldo. Auch der Hinweis auf die zunehmende Vernetzung der hochindustrialisierten westlichen Volkswirtschaften und die Entgrenzung moderner Anstellungsverhältnisse und Lebensplanungen gerade bei jungen Akademikern greift zu kurz. Das beträchtliche Ausmaß, das die Migration von Deutschen schon nach kurzer Zeit erreicht hat, erklärt sich nur dann ausreichend, wenn die tieferen psychologischen Ursachen einbezogen werden.

Dabei stößt man unweigerlich auf harte Fakten des deutschen Niedergangs: Geburtenschwund, ausbleibende politische Reformen, geringe Wirtschaftsdynamik, nationaler Schuldkomplex und eben die wachsende Überfremdung. Noch kommen viele deutsche Auswanderer nach einigen Jahren im Ausland wieder zurück. Doch es ist unklar, wie lange das noch so bleiben wird.

Martin Schmidt



Abschied für immer: Vor allem junge und teuer ausgebildete Fachleute, darunter Tausende Ärzte, sagen Deutschland Lebewohl. Die Kosten für Haushalte und Sozialkassen sind enorm. Bild: vario

MELDUNGEN

Lockangebot für Dänemark

Moskau – Wladimir Putin hat laut „Kommersant" seinem dänischen Amtskollegen Lars Laekke Rasmussen Privilegien für dänische Investitionen in Russland angeboten, wenn Kopenhagen dafür der Verlegung der „Nord-Stream-Pipeline" durch dänisches Hoheitsgebiet bei Bornholm grünes Licht gibt. Dänische Investitionen in die russische Wirtschaft betragen zur Zeit acht Millionen Dollar. Putins Lockangebot soll neben Steuervergünstigungen auch gemeinsame Industrieprojekte einbeziehen. Der Baubeginn der Ostseepipeline musste wegen ökologischer Bedenken der Anrainerstaaten verschoben werden. Wegen auf dem Grund der Ostsee versenkter Minen und Munition aus den Weltkriegen gab es vor allem aus Schweden große Vorbehalte. Russland, dessen Energiekonzern Gazprom 51 Prozent der Aktien an dem Projekt hält, benötigt vor allem die Zustimmung der skandinavischen Länder zum Bau und Streckenverlauf. *MRK*

Rechtsruck in Oberösterreich

Linz – Bei den oberösterreichischen Landtagswahlen am vergangenen Sonntag legte die ÖVP an Stimmen, Prozentpunkten und Mandaten zu und steht nun bei 46,8 Prozent. Die FPÖ konnte ihr Ergebnis fast verdoppeln und erreichte 15,3 Prozent. Die SPÖ erlitt eine neuerliche Schlappe und schrumpfte auf 24,9 Prozent. Die Grünen legten leicht zu und stehen nun bei 9,2 Prozent. Das BZÖ wiederum verfehlte mit 2,8 Prozent auch in Oberösterreich den Einzug in den Landtag. Dies, obwohl Jörg Haider aus Oberösterreich stammte und seine Schwester Ursula Haubner Spitzenkandatin war. In der Bundes-SPÖ ist eine Richtungsdiskussion ausgebrochen, die auch zu personellen Konsequenzen führen könnte. *RGK*

Katz und Maus

Konzeptionslosigkeit gegenüber dem Iran

Im Streit um iranische Atomanlagen gab es zuletzt bemerkenswerte Entwicklungen: Der Iran ließ verlauten, dass es außer der bekannten Uran-Aufbereitungsanlage Natanz auch eine unterirdisch in Bau befindliche weitere Anlage bei der Stadt Qom gebe. Der Iran hatte offenbar herausgefunden, dass diese von Geheimdiensten bereits entdeckt worden war und dass man den Iran bei der UN-Generalversammlung damit überrumpeln wollte. Dem wurde mit dem Eigenbekenntnis der Wind aus den Segeln genommen – was aber das Misstrauen keineswegs ausräumt.

Dass man eine Inspektion der neuen Anlage durch die Internationale Atombehörde fordern würde, war für den Iran absehbar – und der Forderung wurde auch gleich zugestimmt. Es gab Lob von US-Außenministerin Hillary Clinton, und Präsident Barack Obama setzte eine dreimonatige Frist für die Ermöglichung umfangreicher Inspektionen. Verteidigungsminister Robert Gates hat indessen die strategische Sinnhaftigkeit von Militärschlägen gegen den Iran stark angezweifelt.

Dass der Iran kurz danach und unmittelbar vor der neuen Gesprächsrunde mit den Großmächten am 1. Oktober Großmanöver mit Tests von Mittelstreckenraketen begann, wird als neue Provokation gesehen. Da sich solche Manöver nicht aus dem Ärmel schütteln lassen, müssten sie allerdings schon seit einiger Zeit geplant gewesen sein.

> Raketentest als neue Provokation Teherans

Der Westen hofft, dass nun auch der UN-Sicherheitsrat härtere Sanktionen beschließen kann, weil Russland durch die iranische Hinhaltetaktik irritiert sei. Man darf aber nicht übersehen, dass Moskau Wirtschaftsinteressen im Iran hat, die man gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht leichtfertig riskieren wird. Und dann gibt es ja noch die Veto-Macht China.

Die iranischen Ansprüche auf ein eigenes Atomprogramm werden in weiten Teilen der Dritten Welt – nicht nur vom verbündeten Venezuela – als legitim angesehen. Der brasilianische Präsident da Silva etwa hat dies erst vorige Woche wieder ausdrücklich betont. Bei einem Schwenk der Russen allein könnte China also seine „partnerschaftlichen" Hegemonial-Ambitionen in der Dritten Welt noch weiter ausbauen – zulasten des Westens. *RGK*

Führungsstreit

Konflikt bei der Unesco – Unmut in Nahost

Die Unesco, die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, findet in den Medien meist nur Erwähnung, wenn es um die Zu- oder Aberkennung des Titels „Weltkulturerbe" geht. Die Bestellung eines Nachfolgers für den Ende November scheidenden Unesco-Generaldirektor Koïchiro Matsuura hat sich allerdings zu einer Kontroverse auf höchster Ebene entwickelt und hinterläßt nachhaltige Verstimmungen.

Unter den anfangs neun Bewerbern – darunter EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner – hatte der ägyptische Kulturminister Faruk Hosni lange Zeit als Favorit gegolten. Für ihn war auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy eingetreten, wie er dies beim Kuhhandel um die „Mittelmeer-Union" seinem ägyptischen Amtskollegen Hosni Mubarak versprochen hatte.

> Kuhhandel um den Posten des Chefs

Doch nach mehreren Wahlgängen entschied sich der Unesco-Exekutivrat in einer Stichwahl mit 31 zu 27 für die frühere bulgarische Außenministerin Irina Bokowa. Dem Ägypter zum Verhängnis geworden waren antiisraelische Äußerungen, die er gegenüber islamistischen Abgeordneten gemacht hatte und die – wie meist in solchen Fällen – zur „richtigen" Zeit groß publiziert wurden. Nobelpreisträger Elie Wiesel hatte Hosni eine „Schande" genannt, und ähnliche heftige Kritik kam von französischen Linksintellektuellen, die jetzt einen „Sieg über Sarkozy" feiern. Bokowa wurde von den USA und Deutschland – und nach dem Aufgeben Ferrero-Waldners auch von Österreich unterstützt.

Ob Bokowa weniger „Schande" ist? Ihr Vater Georgi Bokow war Politbüromitglied und Propagandachef von Todor Schiwkow. Sie selbst durchlief die höhere Kader-Karriere mit Ausbildung in Moskau – und sie war und ist Teil der bulgarischen Nomenklatura, welche das korrupteste EU-Land auch nach der Wende führt und die „Privatisierung" fest im Griff hat. Die muslimische Welt sieht sich jedenfalls wieder „in Vorurteilen bestätigt". Doch unrühmlich ist die Affäre auch für die EU, die keine gemeinsame Linie finden konnte, und für die österreichische Regierung, deren halbherzige Diplomatie eher den Eindruck vermittelte, man wolle Ferrero-Waldner bloß mit einem Posten versorgen. *RGK*

Brown am Abgrund

Panik bei der britischen Labour Party

Der regierenden britischen Labour Party geht es kaum besser als ihren deutschen Genossen. Auf dem Anfang der Woche beendeten Parteitag in Brighton herrschte Untergangsstimmung. Ziel der innerparteilichen Kritik war immer wieder Premier Gordon Brown.

Nach jüngsten Umfragen liegen die oppositionellen Konservativen (Tories) mit über 40 Prozent weit vor Labour mit rund 25. Die Liberaldemokraten kommen auf etwa 20, die EU-kritische „Unabhängigkeitspartei" erreicht gut zehn Prozent. Nach dem britischen Mehrheitswahlrecht würden 40 Prozent reichen, um eine satte absolute Mehrheit im Parlament zu erlangen. So würde bei solchen Wahlresultaten nach derzeitigen Schätzungen die Zahl der Labour-Abgeordneten auf etwas mehr als ein Drittel schrumpfen.

> Schottland könnte sich doch abspalten

Brown startete 2007 als Nachfolger von Tony Blair zunächst schwach, gewann Ende 2008 in der Finanzkrise aber an Kontur. Doch die verwischte schnell wieder. Heute wird ihm selbst von eigenen Ministern offen Führungsschwäche vorgehalten, Browns Wirtschaftsminister Peter Mandelson diente sich gar bereits den Tories an, sollte Labour die kommenden Parlamentswahlen, voraussichtlich im Mai 2010, verlieren.

Labour-Kreise malen für ihre (von mittlerweile nahezu allen erwartete) Niederlage das Ende der Labour Party, ja sogar das Ende des Vereinigten Köngreichs an die Wand. Das klingt nach kalkulierter Panikmache, hat aber gewisse Erkenntnisse für sich. Das traditionell Tory-feindliche Schottland verfügt seit zehn Jahren über ein eigenes Parlament. Dessen ungeachtet fordern jüngsten Erhebungen zufolge nach wie vor 31 Prozent der Schotten die volle Unabhängigkeit, während dies 53 Prozent ablehnen.

Für den Fall aber, dass London (erstmals seit 1997) ab 2010 wieder von Tories regiert wird, sagen jedoch 34 Prozent der Schotten zusätzlich zu den 31, sie könnten sich ebenfalls den Befürwortern der Unabhängigkeit zuwenden. Damit wäre die Union von 1707 mit England in Gefahr. Labour verlöre dabei mit Schottland eine seiner wichtigsten Hochburgen, und damit, so die Befürchtung führender Parteikreise, womöglich auf Dauer seine Regierungsfähigkeit. *Hans Heckel*

Kommunen in der Klemme

Die Gewerbesteuer bricht um bis zu 40 Prozent ein – Schon die zweite kommunale Finanzkrise seit 2001

In vielen Kommunen schrillen die Alarmglocken: Die Finanzkrise trifft jetzt auch die Städte mit überraschender Wucht – hauptsächlich über die Gewerbesteuer. Die Einnahmen aus dieser wichtigsten kommunalen Einnahmequelle sind fast überall eingebrochen. Auch die Hilfen aus dem Konjunkturpaket können den Absturz kaum abfedern.

Im ersten Quartal dieses Jahres waren es für alle Kommunen schon 9,6 Prozent Einbußen bei der Gewerbesteuer, im zweiten sogar 21,9 Prozent. Insgesamt 77 Milliarden Euro Einnahmen standen den auf 81,2 Milliarden Euro gestiegenen Ausgaben gegenüber. Damit fehlen den Kommunen im ersten Halbjahr 4,2 Milliarden Euro – nach einem Überschuss von 2,9 Milliarden Euro im selben Zeitraum 2008. Weil Unternehmen wegen der Krise Rückgänge bei Umsatz und Gewinn verzeichnen, kürzen sie Steuervorauszahlungen für 2009 und stellen Rückforderungen in Millionenhöhe für zu viel gezahlte Steuern 2008. Die Gewerbesteuer wird oft mit Verzögerung gezahlt, darum rechnen viele Städte 2010 mit weiteren Einbrüchen.

Auch andere Einnahmen wie der Anteil an der Einkommensteuer gingen zurück, während die Ausgaben für Sozialleistungen sowie die Personalausgaben stiegen. „Katastrophal“ sei die Entwicklung, so Gerd Landsberg, Verbandschef beim Städte- und Gemeindebund. „Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Kürzungen werden unvermeidlich sein.“ Und er hofft: Es sei doch mindestens ebenso wichtig, die Kommunen zu retten wie die Banken. Landsberg fordert, die Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Städte zu senken. Der Hauptgeschäftsführer des Städtetages, Stephan Articus, sprach sich zudem für eine Entlastung bei den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose aus. Laut Städtetag sind die Kassenkredite, mit denen Kommunen laufende Ausgaben finanzieren, auf den Rekordwert von 32,6 Milliarden Euro geklettert.

Nach einer Umfrage erwarten die 20 größten Städte bei der Gewerbesteuer 2009 einen Einbruch. Dabei stellt sich die Lage allerdings sehr unterschiedlich dar. Hannover erwartet einen Rückgang um 152 Millionen Euro (-30 Prozent), München um 400 Millionen Euro (-24 Prozent). Der Stadtstaat Bremen sowie Frankfurt rechnen mit einem Minus von 40, Duisburg mit 30, Dresden mit 20, Hamburg mit 13, Köln mit 7 Prozent bei der Gewerbesteuer. Die Großstädte können damit umgehen, schwieriger haben es die kleinen. Allein die baden-württembergischen Städte Sindelfingen und Esslingen müssen zusammen Steuern von rund 60 Millionen Euro zurückzahlen. Mit 59,7 Prozent oder 42 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer ist das bayerische Coburg trauriger Spitzenreiter, auch wenn die Stadt durch zwei große Gewerbesteuerzahler in den letzten Jahren Rücklagen von 125 Millionen Euro bilden konnte.

Das Kernproblem: Die Gewerbesteuer ist konjunkturabhängig

Dabei schrillt die Alarmglocke der Kommunen schon zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt: Die rot-grüne Bundesregierung hatte es ganz ohne Weltwirtschaftskrise geschafft, die Gemeindefinanzen zu ruinieren. Durch neue Gesetze, eine vermurkste Steuerreform und die Anhebung der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten von Bund und Ländern sanken die Einnahmen. Immer mehr Unternehmen verabschiedeten sich aus dem Kreis der Gewerbesteuerzahler. Besonders die Gewerbesteuereinkünfte fielen allein von 2000 bis 2003 um 4,8 Milliarden Euro. Im schlimmsten Jahr 2001 mussten einige Städte und Gemeinden Verluste von bis zu 60 Prozent hinnehmen. Mit der Rekord-Arbeitslosigkeit unter Kanzler Schröder stiegen zugleich die Sozialhilfeausgaben der Kommunen (2000 bis 2003 von 26,6 auf 29,4 Milliarden Euro) und sank deren Einkommensteueranteil (2000 bis 2003 um fast eine Milliarde Euro). Aus einem Überschuss aller deutschen Kommunen von 1,9 Milliarden Euro im Jahr 2000 entstand 2003 ein Defizit von fast zehn Milliarden Euro. Ihre Schulden beliefen sich auf fast 100 Milliarden Euro, ihre Kassenkredite hatten sich seit 1998 verdreifacht. Die wichtigen kommunalen Investitionen erreichten ein Nachkriegstief. Erst Ende 2003 wurde die Gewerbesteuerumlage auf Drängen von Union und Kommunen wieder gesenkt, wodurch sich die Situation etwas entspannte. Dazu trug auch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei. Nach dem Regierungswechsel von 2005 verbesserte sich die Finanzsituation in den Städten deutlich, in den letzten Jahren waren die Einnahmen sogar außergewöhnlich hoch.



Klaffende Löcher: In den Straßen der Gemeinden spiegelt sich die Kassenlage wider. Bild: pa

Auch wenn die Kommunen vermutlich etwas lauter als nötig schreien – erwirtschafteten sie doch in den letzten drei Jahren 18,9 Milliarden Euro Überschüsse – offenbart sich ein grundsätzliches Problem: die Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer. Für eine Reform gibt es zwei Lösungen. Die Wirtschaft plädiert für eine Abschaffung und einen Kommunalzuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, Städte und Gemeinden verlangten eine Ausweitung, um sie insgesamt stabiler und verlässlicher zu machen. Besteuert werden soll danach die objektive Ertragskraft eines Betriebs, nicht der Gewinn. Also müssten auch Firmen, die Verluste machen, die Abgabe zahlen. Andererseits nutzt das Unternehmen die kommunale Infrastruktur auch unabhängig von der finanziellen Situation. Man darf gespannt sein, wie dieser Gordische Knoten durchschlagen wird. *Andreas v. Delhaes*

MELDUNGEN

Ermittlung gegen HSH-Chef

Hamburg – Die Staatsanwaltschaft ermittelt – wie in der Berichterstattung der *PAZ* gefordert – gegen Dirk-Jens-Nonnenmacher, Chef der HSH Nordbank, wegen des Verdachts auf Untreue. Die Ermittlungen gehen auf eine Strafanzeige des Hamburger Rechtsanwalts Gerhard Strate zurück. Nonnenmacher wird beschuldigt, deutsche Steuergelder zu Gunsten der US-Investmentbank Goldman Sachs in Höhe von 45 Millionen Dollar veruntreut zu haben. *MRK*

Kredithürde sinkt leicht

München – Die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hatte laut ifo-Institut im September bei der Kreditvergabe geringfügig weniger Probleme, allerdings nicht in allen Wirtschaftsbereichen. Im Handel ist die Entwicklung sehr günstig, im Baugewerbe blieb die Kredithürde unverändert, bei den großen Firmen stieg sie sogar und kleine Betriebe beklagen sich weiterhin. Nur mittelgroße Unternehmen bewerten das Bankenverhalten als weniger zurückhaltend. *MRK*

Keine Entwarnung

Nürnberg – Die Bundesagentur für Arbeit meldet, dass im September erstmals seit 15 Monaten die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften leicht gestiegen sei. Allerdings sei damit die Talsohle noch nicht durchschritten, da die Bereitschaft, neue Mitarbeiter einzustellen, immer noch gering sei. Über ein Drittel der großen Industrieunternehmen wollen bis zum Jahresende die Kurzarbeit zurückfahren. Teils habe sich die Nachfrage deutlich verbessert (Chiphersteller Infineon), teilweise würden aber auch Stellen abgebaut. Arbeitsmarktfachleute erwarten bis zum Winter eine Arbeitslosenzahl von vier Millionen. *MRK*

Nächste Blase baut sich auf

Am US-Hypothekenmarkt blüht das Risikogeschäft wie eh und je

Der Auslöser der Weltfinanzkrise ist weithin aus dem Blickfeld geraten: der US-Hypothekenmarkt für Eigenheimkäufer mit geringer Bonität („Subprime“). Doch während anderswo davon die Rede ist, Lehren aus der Krise ziehen zu wollen, geht das Geschäft mit den unterfinanzierten und ausfallbedrohten Hausdarlehen schwunghaft weiter. Eine wachsende Zahl von Beobachtern geht davon aus, dass sich hier bereits die nächste Blase aufbaut. Grund: Die staatlichen Stützungs- und Granatiemaßnahmen hätten den letzten Rest von Risikobewusstsein fortgeschwemmt.

Die durch Teilverstaatlichung geretteten Hypothekenfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae sitzen Schätzungen zufolge auf einem Schuldenberg von 5500 Milliarden US-Dollar, das entspricht nahezu dem Anderthalbfachen des gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese ginantische Schuldenlast dürfte Washington allein in diesem Jahr ein zusätzliches Haushaltsloch von nahezu 300 Milliarden Dollar einbrocken.

Der Staat und die maroden Hypothekenfinazierer sind Komplizen in einem gefährlichen Spiel. Washington will um nahezu jeden Preis verhindern, dass immer noch mehr US-Amerikaner ihr Haus verlieren. Die Bilder von Menschen, die in Zelten und Autos hausen müssen, belasten die politische Atmosphäre.

Zu diesem Zweck sind die Hypothekenfinanzierer angehalten, genauso weiterzumachen wie in jenen Tagen, als die 2007 geplatzte Blase sich aufbaute. Und schlimmer noch: Bislang konnten Hausbesitzer ihre auslaufenden Hypothek nur bis zur Höhe von maximal 105 Prozent des Hauswerts refinanzieren. Durch den Preisverfall tut sich da für viele eine gewaltige Lücke auf. Daher können neue Hypotheken nun bis zu 125 Prozent des (gegenwärtigen) Werts des zu belastenden Hauses betragen. Sprich: Die Kreditregeln wurden nicht verschärft, sie wurden noch einmal drastisch gelockert.

Die Staatsgarantien beflügeln neue »Subprime«-Welle

Dahinter steckt die gleiche Grundsünde, die bereits die erste Immobilienblase verursacht hatte: Aus dem politischen Willen, möglichst vielen Amerikanern ein Eigenheim zu verschaffen, ignorierte die Bush-Regierung die finanziellen Risikien. Genau das Gleiche tut nun die Regierung von Barack Obama. Nur dass es jetzt nicht mehr darum geht, vielen Bürgern ein Haus zu verschaffen, sondern darum, dass es so wenige wie möglich verlieren – darunter aber eben auch massenhaft Menschen, die sich das Heim weder leisten konnten noch voraussichtlich je werden leisten können.

In dem Spiel drohen bereits zwei weitere Hypothekenfinanzierer zu Kostgängern des Staates zu mutieren, die „Federal Housing Administration“ (FHA), die Kredite für Eigenheime versichert, und die Gesellschaft „Ginnie Mae“, die Wertpapiere versichert, welche mit FHA-gestützten Krediten besichert sind. Beide melden eine beträchtliche Ausweitung ihrer Geschäfte, wobei die Bereitschaft des Staates, notfalls hilfreich einzugreifen, auch bei diesen Marktteilnehmern zu einer heftigen Beflügelung ihrer Aktivitäten geführt hat. *Hans Heckel*

Mit Tupolew aufs Abstellgleis

Mangelnde Konkurrenzfähigkeit führt zu Massenentlassungen

Aus der Traum vom Drehkreuz Königsberg. Die erst vor wenigen Jahren neu gegründete Fluglinie „Kaliningrad Avia“ ist pleite, weil sie Schulden in Milliardenhöhe nicht mehr begleichen kann. Die 2500 Beschäftigten, die seit Jahresbeginn trotz Staatshilfen an „KD Avia“ vergebens auf ihre Löhne warteten, stehen auf der Straße. Nachdem die Verluste der Fluglinie auf 314 Millionen Euro angewachsen waren, entzog die russische Luftfahrtbehörde ihr am 14. September die Fluglizenz.

Dies ist jedoch nicht der einzige Verlust in der russischen Luftfahrt. Selbst Aeroflot, die größte staatliche Gesellschaft, die etwa 45 Prozent des Marktes bei den Auslandsverbindungen beherrscht, baut 2200 Stellen von insgesamt 15 500 ab und kündigte weiteren Stellenabbau an, sollte die wirtschaftliche Lage weiter angespannt bleiben. Auch die zweitgrößte Fluggesellschaft „Rossija“ streicht etwa ein Drittel ihrer Stellen. Vordergründig gibt Rossija als Grund für die Einsparungen notwendige Umstrukturierungen an, die laut Firmenleitung sozial verträglich vorgenommen werden. Das sieht die Gewerkschaft der Piloten anders. Weder sei der Betriebsrat informiert oder zu Rate gezogen worden, noch habe es Umschulungs- oder Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter gegeben.

Hintergrund für den drastischen Stellenabbau ist neben der Weltwirtschaftskrise die notwendige Modernisierung des Flugzeugbestands. So sollen nach und nach sämtliche Maschinen vom Typ Tupolew TU-154 ausgemustert werden, da sie stark veraltet sind. Das aktuelle Passagierflugzeug mit moderner Bauweise, die TU-204-300 – sie sollte dem Airbus A-320 Konkurrenz machen – konnte jedoch wegen Kapazitätsengpässen beim Tupolew-Werk nicht in ausreichender Zahl produziert werden. Die zweite russische Passagiermaschine, Iljuschin Il-86, wird nur noch im Bereich der GUS-Staaten eingesetzt, weil sie aufgrund ihrer Lautstärke beinahe weltweit Flugverbot erhielt. So sind Aeroflot und Rossija auf den Kauf westlicher Produktion angewiesen. Vorwiegend kommen Airbus und Boeing zum Einsatz.

Russische Flugzeugbauer können nicht liefern

Obwohl das Tupolew-Werk mit Sitz in Moskau zu einem der ältesten und wichtigsten Flugzeughersteller der Welt zählt, gelingt es den Russen nicht, sich aus den Vorteilen ihrer Maschinen einen Wettbewerbsvorteil zu sichern. Die TU-154 gilt als zuverlässiges Flugzeug, das im Unterschied zu westlichen Maschinen über ein sehr robustes Fahrwerk verfügt, das auch den Betrieb auf unbefestigten Pisten erlaubt. Dem höheren Treibstoffverbrauch stehen geringere Anschaffungskosten gegenüber, weil auf den Einbau kostspieliger Komponenten, die im Westen üblich sind, verzichtet wurde.

Erfahrene Piloten, Ingenieure und Stewardessen, die jahrzehntelang auf der TU-154 eingesetzt waren, werden nun durch jüngere ersetzt, die bereits auf Boeing oder Airbus geschult wurden. Ein Vorteil für Mitarbeiter der KD-Avia, die mit geleasten Boeings flog. Die Pilotengewerkschaft befürchtet weitere Nachteile, weil sie nach der Stillegung dutzender Flugzeuge mit der Ausdünnung des Streckennetzes rechnet. *M. Rosenthal-Kappi*

Verlierer Lafontaine

Von Hinrich E. Bues

Selten hat man einen Verlierer so strahlen sehen wie Oskar Lafontaine am Wahlabend. Zwar erzielte seine Links-Partei ein beachtliches und zweistelliges Ergebnis, aber waren das seine Wahlziele? Großmäulig hatte er vor der Wahl verkündet, er wolle die Republik mit einer linken Mehrheit verändern. Das hat er nicht geschafft, im Gegenteil: Eine Koalition aus Freien und Christdemokraten wird unser Land nun mit einer komfortablen Mehrheit regieren. Der Souverän, das wählende Volk, wollte Schwarz-Gelb.

Aber vielleicht bereitet es dem Saar-Napoleon eine im wahrsten Sinne des Wortes diebische Freude, dass er seiner Ex-Partei das Weiter-Regieren vermasselt hat. Unzweifelhaft hat er im alten Revier gewildert und dafür keine Mittel und Wege gescheut; keine dumme Parole („Reichtum für alle“), kein realitätsfernes Versprechen („Raus aus Afghanistan“) und auch nicht das Bündnis mit den Alt-Kommunisten der SED war ihm für dieses Ziel zu billig.

Ob Lafontaine in der Opposition von drei Links-Parteien das Lachen bald vergehen wird, darauf darf man gespannt sein. Trösten wird sich der Wahl-Verlierer mit der Beteiligung an einigen Landesregierungen und der Hoffnung auf 2013.

Nichts gelernt

Von Hans Heckel

Es war ein folgenschwerer Irrtum anzunehmen, dass staatliche Kontrolle vor hemmungslosen Übertreibungen auf den Finanzmärkten schützt. Gerade die Landesbanken fuhrwerkten besonders sorglos in Märkten herum, die ihnen gar nicht riskant genug sein konnten – mit der Sicherheit im Rücken, dass sie der Steuerzahler schon heraushauen würde.

Wie sehr staatliche Rückendekkung zum Risiko animieren und wie rein politische Maßgaben (ohne Rücksicht auf Marktgesetze) ins Desaster führen können, davon legte die US-Immobilienkrise Zeugnis ab: In dem sozialpolitischen Ehrgeiz, jedem, auch dem mittellosen, US-Amerikaner ein Eigenheim zu bescheren, legte die Bush-Regierung die Lunte an das Weltfinanzsystem. Den Rest besorgten Jongleure, die sich vom Netz staatlicher Rückversicherungen geschützt wähnten und die Risiken zu „Wertpapieren“ bündelten, um damit den Weltfinanzmarkt zu kontaminieren. 2007 flog der faule Zauber auf.

Haben die Akteure daraus gelernt? Die neuesten Nachrichten aus Übersee sagen das Gegenteil (siehe Seite 7). In dem sozialpolitisch sympathischen, aber finanzpolitisch verheerenden Anspruch, die „Subprime“-Schuldner vor dem Eigenheimverlust zu schützen, schießen im Zuge fallender Immobilienpreise die Hypothekenbelastungen nun noch weiter über den Wert der belasteten Häuser hinaus, verschärft sich die Schuldenkrise also weiter. Und abermals macht dies erst der schützende Staat möglich. Doch wenn auch diese Blase geplatzt ist, wird man erneut die „Marktradikalen“ verantwortlich machen, wetten?

Es droht der Zerfall der SPD

Von Konrad Badenheuer

Es wird Wochen und Monate dauern, das volle Ausmaß der Wahlniederlage der SPD in seinen Ursachen zu erklären und in seinen Folgen für die Bundesrepublik Deutschland auszumessen und auszuleuchten.

Was die Ursachen angeht, so ist jetzt viel die Rede von den Folgen der „Agenda 2010“. Doch die taugt nur bei näherem Hinsehen zur Erklärung des Desasters der SPD. Denn war nicht die Agenda 2010 mit dem Herzstück der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe überaus erfolgreich? Sind die über zwei Millionen neuen Arbeitsplätze, die zwischen 2005 und 2008 entstanden sind, nicht ganz wesentlich eine Frucht dieser zunächst unbequemen Reform?

Das sind sie zweifellos, und so gab es denn auch Stimmen in der SPD, sich nicht länger für die „Agenda“ zu entschuldigen, sondern selbstbewusst zu sagen: Jawohl, das war unsere Reform, sie war nötig und sie hatte Erfolg. Dass die SPD dazu angesichts des Drucks der „Linken“ weder Mut noch Kraft hatte, ist eine der Hauptursachen des jetzigen Debakels. Im Ergebnis bekam die Partei den Denkzettel für die Mühen der Reform, der Union hingegen wurde der Erfolg (an dem sie mit ihrem Verhalten im Bundesrat Anteile hatte) alleine zugerechnet.

> Mit Steinmeier sind die Probleme der SPD kaum lösbar

So ungerecht ist dieses Ergebnis allerdings nicht. Denn die SPD hat ja im März 2003 keineswegs freiwillig und aus höherer Einsicht eine wirtschaftspolitische Kehrtwende hingelegt. Sie tat es unter dem Zwang desolater wirtschaftlicher Daten und sie tat es gegen alles, was Schröder im Wahlkampf 2002 versprochen und erst recht gegen alles, was er in den Jahren 1998 bis 2002 als sinnvoll bezeichnet und getan hatte. Die Agenda 2010 war nun einmal CDU-Programmatik, sozusagen „ein bisschen Leipzig“. Es hat die Glaubwürdigkeit der SPD ins Mark getroffen, dass die von ihr getragene Bundesregierung in der tiefsten Krise nicht zurückgetreten ist, sondern kaltschnäuzig mit dem Konzept des politischen Gegners weiterregiert hat.

Aus diesem Grunde wäre es für die SPD auch so fatal, wenn sie den Neubeginn nun ausgerechnet mit Frank-Walter Steinmeier als alleinigem Mann an der Spitze versuchen würde. Um Linke und Grüne nicht immer weiter wachsen zu lassen, bleibt der SPD vorerst nur ein ziemlich konsequenter Linkskurs. Gegen eine schwarz-gelbe Regierung lässt er sich gut formulieren, und solange die SPD in der Opposition ist, richtet er auch nicht allzu viel Schaden für unser Land an.

Allein: Niemand ist weniger geeignet, diese Linie zu verkörpern als ausgerechnet Steinmeier, der Vater der Agenda 2010. Schnell hat der Verlierer vom Sonntag nach der ganzen Macht in der SPD gegriffen. Franz Müntefering, der mit seinen 69 Jahren ohnehin vor dem Abschied stand, hätte die Folgen der Niederlage alleine übernehmen sollen. Doch die SPD wäre von allen guten Geistern verlassen, wenn sie das zulassen würde. Neue Wahlniederlagen und womöglich der Zerfall der Partei wären in diesem Falle absehbar.



Sogar SPD-Übervater Willy Brandt scheint Trauer zu tragen: Die Sozialdemokratie ist in einem kaum auflösbaren Dilemma zwischen einer nach links gerückten CDU und einer mehrfach umgemodelten SED, die mit einem früheren SPD-Chef an der Spitze behauptet, die bessere Sozialdemokratie zu sein.

Bild: pa

Moment mal!



Das Ende der Legende vom Atomtod

Von Klaus Rainer Röhl

Ein schlechter Tag für die Linken in unserem Land. Ein guter Tag für Deutschland. Angela Merkel wird Kanzlerin einer Koalition aus Union und FDP. Die Angstkampagnen von Gabriel (Atomtod durch Kernkraftwerke) und den Pazifisten in der SPD (Raus aus Afghanistan!) konnten nicht verhindern, dass die deutschen Wähler die politische Wende bewirkt haben. Die Angstmacher wollten, dass die SPD, von den meisten Wählern eigentlich schon lange abgeschrieben, als Angsthasen-Partei in letzter Minute noch ein paar Stimmen mehr bekäme.

Die schwarz-gelbe Wende bedeutet, dass Deutschland endlich seinen Sonderweg verlassen kann und – bei der weltweit als unabdingbar erkannten Reduzierung des Kohlendioxyd-Ausstoßes – auf die einzig gangbare Alternative zurückgreift, die Kernenergie wieder massiv zu nutzen, wie es nicht nur Frankreich tut, das mit seinen 80 Prozent Energie aus Kernenergie und seinen Wasserkraftwerken nahezu gänzlich „sauber“ ist. Wie fast alle Länder Europas und der Welt Energie aus der Kernspaltung nutzen, solange die Erprobung der Kernfusion noch im Experimentierstadium ist. So ist die Wahl vom 27. September auch der Abschied von einer der ältesten und wirkungsmächtigsten kommunistischen Propaganda-Aktionen, dem „Kampf gegen den Atomtod!“ (seit 1956). Er wird zugleich auch der Abschied von einer von Deutschland ausgehenden und besonders in Deutschland gepflegten Legende werden, der von der „erneuerbaren Energie“. Wo kam diese etwas spinnerte Bio-Bewegung eigentlich her und warum fand sie gerade bei den Deutschen so großen Zulauf?

> Die Anti-AKW-Bewegung hatte Förderer in Ostberlin und Moskau

Nachdem die Engländer im 19. Jahrhundert mit der Dampfmaschine das industrielle Zeitalter eröffnet hatten und die deutschen Unternehmer sich beeilten, den Anschluss nicht zu verpassen, gab es schon früh auch eine anti-industrielle Bewegung. Es war im Grunde eine anti-zivilisatorische Aufwallung.

Die „saubere Natur“ fand insbesondere im Volk der Dichter und Denker Anhänger, Oberlehrer und Oberschüler, von „Des Knaben Wunderhorn“ entzückt und stets auf Suche nach der blauen Blume, warfen sich mit voller Kraft in den Kampf gegen die Maschinen. Zusammen mit den rückständigen bäuerlichen Schichten kämpften sie, wahrhaftige Vorläufer der heutigen grünen Bürgerinitiativen, gegen die erste Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth. Gegen die „gefährlichen“, 20 Kilometer in der Stunde zurücklegenden, Dampf und Ruß spuckenden Lokomotiven und das die ganze Landschaft verschmutzende Teufelszeug. Da haben wir schon den Begriff „Umweltverschmutzung“. Merke: Schmutzig ist immer die Industrie. Die Natur ist sauber. Die Deutschen wollten es auch sein. Eins kam noch erschwerend dazu: „Deutschsein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun!“ Der das schrieb, wusste, dass das kein billiger Spott war, sondern die Beschreibung eines Zustandes.

Nach dem Krieg hatte die geschürte Angst vor der Technik und allen ihren Erfindungen natürlich Konjunktur. Und die Kommunisten, damals wie heute um die Vorherrschaft in Deutschland bemüht, nutzten das nach Kräften aus.

Keine Raketen! Wir fordern die atomfreie Zone! Das sangen die von Ostberlin gesteuerten „Friedensfreunde“ in der Bundesrepublik. Damals ging es um Atomwaffen, 30 Jahre später ging es den Nachfolgern der Friedensbewegung um Atomkraft. Um Kernkraftwerke. Auch die sollte die Bundesrepublik nicht bauen dürfen, obwohl man in der DDR selber ein Atomkraftwerk vom Typ Tschernobyl unterhielt, Lubmin bei Greifswald. Aber sowjetische Atombomben waren ja „Friedensbomben“, und ein Atomkraftwerk in Kommunistenhand musste einfach sicherer sein als eins von den „Konzernen“ aus Profitgier ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Menschen gebautes in der „BRD“.

Aber langsam dämmert es auch den Dümmsten. Mit der Sonnenenergie und den Windmühlen kommen wir nicht weiter in der Energieversorgung. Nachwachsende Energie ist eine Illusion. Denn Rapsöl und Sprit aus Mais setzen schon beim Anbau und erst recht beim Verbrennen das gleiche Kohlendioxyd frei, genau wie Gas oder Kohle. Wasser- und Windmühlen, im Grunde eine Erfindung des Mittelalters, decken nur ein paar Prozent des Energiebedarfs, ebensowenig wie die Sonnensammler auf den Dächern: Schildbürgerstreiche als Maxime unseres Handelns. Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern ins Gebäude: Unsere modernen Schildbürger nutzen Sonnensammler und Windmühlen zur Stromerzeugung – im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxydfreien Kernenergie, die die gesamte übrige Welt benutzt – und das an der Schwelle zur Kernfusion, auf die die ganze Welt ihre Hoffnungen setzt.

> Der 27. September bedeutet das Ende eines deutschen Sonderweges

Die Deutschen haben keine neuen Kernkraftwerke gebaut. Sie sollten sogar abgeschaltet werden. Bei der grün-roten Regierungsbildung konnten Joschka Fischer und Jürgen Trittin 1998 die vorzeitige Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke bei ihrem Koalitionspartnern SPD durchsetzen. Angela Merkel übernahm diese, gezwungenermaßen, in den Koalitionsvertrag. Einmalig in der Welt. Wie unsere ewig ratternden Windmühlen und unser in der Welt einzig dastehendes Flaschenpfand auf Mineralwasser. Die „nachhaltigste“ Bremse jeder wirtschaftlichen Entwicklung, die freiwillige Zerstörung der modernen, in der ganzen Welt geschätzten deutschen Kernkraftwerke war ein Fehler. Einen Fehler kann man machen, sagt Lenin. Aber wenn man das erkannt hat und ihn nicht abstellt, hat man den zweiten gemacht. Die Zeit war reif für die Wende.

Der Energiebedarf der Welt, besonders in den Schwellenländern Indien und China, aber auch in Russland, wächst täglich. Untersuchungen der Internationalen Energieagentur (IEA) haben ergeben, dass der weltweit wachsende Kohlendioxyd-Ausstoß tatsächlich die Gefahr einer Klimaveränderung zumindest beschleunigen wird. Einziger Ausweg: der Ausbau der Kernenergie. Der damals noch gültige Ausstiegsbeschluss der Deutschen galt den Experten der Internationalen Energieagentur als unverantwortlich. Deutschland aber wollte bei dem von Trittin durchgesetzten und von Gabriel verbissen verteidigten Ausstieg bleiben. Warum? Keine Raketen, keine Atome, Zurück zur Natur, und der Strom sollte weiter aus der Steckdose kommen.

Das mochte der Grund sein, warum die Kanzlerin schon in den Wochen vor der Wahl die Rücksicht auf den Koalitionspartner zurückgestellt hat und, unter Berufung auf das gefährdete Weltklima, ganz offen die Frage der sauberen, kohlendioxydfreien Kernenergie auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der unselige deutsche Sonderweg, die Atomkraftwerke stillzulegen, wird angesichts eines allen Ländern wachsenden Bewusstseins für die vermutlichen Gefahren des Kohlendioxyd-Ausstoßes in der Welt ohnehin seit langem mit Kopfschütteln betrachtet. Gerade hat Italien den Grundstein für ein neues modernes Kernkraftwerk gelegt, Finnland plant fünf neue AKW, und die Schwellenländer China und Indien können sich einen Atomausstieg bei rasant wachsender Volkswirtschaft schlechterdings nicht leisten. In China geht jeden zweiten Tag ein weiteres Kohlekraftwerk ans Netz. In den nächsten Jahren sollen dort 32 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Nur Deutschland bezuschusste weiter die Sonnensammler und sammelte Pfandflaschen für Mineralwasser.

Die Zeit war reif für die Wende.

Zwischen Himmel und Hölle

Kostbare Kunst des Spätmittelalters wird in Hamburg präsentiert – Existenzielle Fragen thematisiert

Mit den letzten Fragen des menschlichen Daseins beschäftigt sich eine Ausstellung im Bucerius Kunst Forum. Ausgewählte Exponate aus dem Freiburger Augustiner Museum sind zu Gast in der Hansestadt und zeigen die hohe Kunst des Spätmittelalters.

Der Mensch zwischen Himmel und Hölle, zwischen Erlösung und Verdammnis, Sünde und Vergebung, ewiger Todesqual und ewigem Leben – das sind eigentlich die zentralen Themen der Kirche und auch des Menschen. Denn wer wollte nicht wissen, wo die Reise des Lebens hingeht? Doch warum hört der aufmerksame und regelmäßige Gottesdienstbesucher heutzutage wenig bis gar nichts davon in den Kirchen?

Offenbar war das in der Blütezeit der Kirche im hohen Mittelalter anders. Die Bilder der Ausstellung „Zwischen Himmel und Hölle“ im Hamburger Bucerius Kunst Forum thematisieren genau diese so genannten „letzten Fragen“ des menschlichen Daseins. Da das Freiburger Augustiner Museum derzeit umgebaut wird, nutzte man die Gelegenheit, 90 der kostbaren Schätze nach Hamburg auszuleihen. Die Kunstwerke präsentieren sich, zum Teil frisch restauriert, in prächtigem Zustand; darunter beispielsweise alte Kirchenfenster, die so schön leuchten wie wohl am ersten Tag ihres Einbaus in das Freiburger Münster – vor über 600 Jahren. Bewusst ist dabei den Ausstellungsmachern rund um den Kurator Michael Philipp, dass diese Ausstellung in der protestantisch beziehungsweise säkular geprägten Hansestadt ein Risiko ist. Die Verehrung der Gottesmutter Maria, der in der Ausstellung ein eigener Raum gewidmet ist, gilt in Hamburg seit der Reformationszeit als wenig christlich. Eingängiger dürften dagegen die Darstellungen der Stationen der Passion Jesu, von Kreuzigung und Auferstehung des Gottessohnes sein.

Zentrale Themen der Kirche in Kunstforen behandelt

Der Betrachter dieser christlichen Bilder, Skulpturen, Kirchenfenster oder Wandteppiche fragt sich unwillkürlich: Steht die mittelalterliche Sicht des Menschen tatsächlich im Kontrast zur heutigen Erfahrungswelt des säkularen Menschen, wie der Kurator Michael Philipp einleitend erläuterte? Hat der Säkularismus des 21. Jahrhunderts die Menschen so fest im Griff, dass die biblischen Bilder und Themen nur noch psychologisierend oder kunsthistorisch verstanden werden können? Das ist bei dem Thema „Gut und Böse“ kaum vorstellbar. Vor allen Dingen der spätmittelalterliche Maler Hans Baldung (genannt Grien, 1484/85–1545) hat diese Thematik gezeichnet und gemalt. Eingängig und drastisch versteht er die Themen von Gewalt, Unkeuschheit, Diebstahl, Lüge oder Missachtung des Sonntags mit wenigen Federstrichen darzustellen. Warum Jesus für die Sünden der Menschheit leiden musste, versteht man bei diesen Bildern sofort. Genau dies versucht eine Christusskulptur aus dem 12. Jahrhundert oder noch mehr das Bild des so genannten Schmerzensmannes aus dem 16. Jahrhundert zu vermitteln – zwar nicht direkt, aber doch bei der Person hinter der Skulptur könnte der Betrachter Hilfe finden, bei dem „Urbild vom Bild“, wie der vorzügliche Ausstellungskatalog vermerkt.



Hans Baldung Grien: Schmerzensmann, von Maria und Engeln beweint (1513, Augustiner Museum Freiburg) *Bild: Städtische Museen Freiburg*

Als prägende Figur der oberrheinischen Malerei seiner Zeit wirkte Baldung Grien überwiegend in Straßburg, war aber auch in Freiburg tätig. Seine wirklichkeitsnahe Gestaltung erfasst menschliche Charaktere, auch in ihren dunklen Seiten; sie drückt leidenschaftliche Emotionen aus. Dabei entwickelte er selbst bei traditionellen Themen kühne Bildfindungen, effektsteigernde Verzerrungen und eine expressive Farbigkeit wie in seinem Gemälde vom Schmerzensmann, der von Maria und Engeln beweint wird.

Dem eigentlichen Thema der Ausstellung – Zwischen Himmel und Hölle – kommt der Besucher erst im Obergeschoss richtig auf die Spur. Auf einer Altarrückwand ist Christus beim Jüngsten Gericht zu sehen, zu seiner Rechten die Apostel, die Gottesmutter Maria, Engel und die Geretteten, zu seiner Linken der Teufel, Dämonen und die Verdammten, die mit ihren Sünden weiter gequält werden. So muss ein „Fresser“ ständig einen ganzen Napf voll Würmer essen und eine „Eitle“ die Fratze ihres eigenen Gesichtes anschauen.

Der Kurator bedauerte, dass man für diese Exponate keine „sakralen Räume“ hätte. Vielleicht ist aber genau dies eine Chance für die Besucher. Wenn in Kirchen die Thematik „zwischen Himmel und Hölle“ verschwiegen wird, dann sind heute vielleicht die Kunstforen die besseren Orte für diese existentiellen Fragen. *Hinrich E. Bues*

Die Ausstellung im Bucerius Kunst Forum, Rathausmarkt 2, Hamburg, ist bis zum 10. Januar 2010 täglich (auch montags) von 11 bis 19 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 8/5 Euro.

KULTURNOTIZEN

Eine baltische Künstlerfamilie

Lüneburg – Zu Fuß zu den schönsten Ausblicken und Ansichten mühte sich vor fast 200 Jahren der deutschbaltische Maler August Matthias Hagen (1794–1878). Vom Baltikum kam er 1820 mit dem Schiff nach Lübeck, von dort ging es zu Fuß über Mecklenburg, Brandenburg nach Berlin, Dresden, Prag und Wien bis Passau. Später zog er weiter durch die Schweiz, kam bis Rom und kehrte 1824 nach Estland zurück. Tagesmärsche bis 45 Kilometer Länge und mehr absolvierte er bei Wind und Wetter, Hitze oder Frost. August Matthias Hagen gehörte zu den wichtigsten Künstlern in Dorpat (Tartu). Sein Vater, ein Mühlenpächter in Livland, hatte ihn zur Ausbildung an die dortige Universitäts-Zeichenschule geschickt. Als führender Künstler Dorpats übernahm Hagen später auch die Leitung dieser Schule.

Eine Ausstellung der Carl-Schirren-Gesellschaft zeigt im Ostpreußischen Landesmuseum Arbeiten Hagens und seiner Kinder Alexander und Julie. Durch seine Reisen schuf Hagen künstlerische Verbindungen aus dem Baltikum in damalige Zentren europäischer Kunst, so zum Kreis um Caspar David Friedrich in Dresden, nach München und nach Rom. Alle ausgestellten Arbeiten stammen aus Familienbesitz. Dies belegt nicht zuletzt, dass trotz Aussiedlung, Flucht und Notzeit in zwei Weltkriegen eine deutsch-baltische Familie europäisches Kulturgut pflegen und retten konnte. *PAZ*

Die Ausstellung „Aus Estland nach Europa – Die deutsch-baltische Künstlerfamilie Hagen-Schwarz“ ist noch bis zum 22. November im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen.

Herzenston getroffen

Vor 400 Jahren wurde der Liederdichter Paul Fleming geboren

Es ist immer Geschmackssache, welche Gedichte man in eine lyrische Anthologie deutscher Sprache aufnimmt und was man außen vor lässt. Aber der früh-barocke Paul Fleming müsste unbedingt mit dabei sein. Denn er trifft mitunter den intimen, den Herzenston, der zeitlos ist. Da steht auch persönliches Erleben dahinter, etwa wenn er seiner geliebten Elsabe, die er im Hause eines deutschen Kaufmannes in Reval kennengelernt hatte, versichert: „Auf alle meine Treue / sag ich dir's zu. / Du bist es, du, / der ich mich einzig freue. / Mein Herze, das sich itzt so quält, / hat dich und keine sonst erwählt.“

Das war in seiner Schlichtheit damals für die Poetenzunft unüblich. Denn zu Beginn des 17. Jahrhunderts (Fleming wurde am 5. Oktober 1609 in Hartenstein im Erzgebirge als Sohn eines Pastors geboren) war man sich auch beim Dichten humanistische Gelehrsamkeit schuldig, wenn nicht überhaupt auf lateinisch gedichtet wurde. Erst im Jahre 1624 hatte der Schlesier Martin Opitz sein „Buch von der deutschen Poeterey“ herausgebracht, „in welchem alle ihre eigenschafft und zuegehoer gruendtlich erzehlet und mit exempeln aufgefuehret wird“. Das enthielt unter anderem eine deutsche Verslehre, die Empfehlung, Hochdeutsch zu schreiben und modische Fremdwörter zu vermeiden, und diente der endgültigen Verdrängung des Lateinischen aus der Literatur in Deutschland. Paul Flemings Lyrik ist ohne dieses künstlerische Manifest des Zeitgenossen Martin Opitz nicht denkbar.

Die Poeten waren damals üblicherweise bürgerlicher Herkunft, hatten studiert und waren anschließend auf die finanzielle Protektion durch den herrschenden Adel angewiesen. Fleming war 1626 nach dem Besuch der Stadtschule zu Mittweida (dort erste Bekanntschaft mit den klassischen Dichtern des alten Rom) zum Medizinstudium an die Universität Leipzig gekommen. 1640 hat er im niederländischen Leyden die medizinische Doktorwürde erhalten. Den Kriegszug des Schwedenkönigs Gustav Adolf quer durch Deutschland begleitete der Protestant Fleming auch literarisch mit Enthusiasmus. Nach dem frühen Tod des Königs in der Schlacht bei Lützen (1632) entschloss sich Fleming, seine vom Krieg schwer gezeichnete sächsische Heimat zu verlassen.

Ein Poet mit Unternehmungslust

Er schaffte es, als „Hofjunker und Truchseß“ eine Anstellung bei der Expedition zu finden, die der Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorp mit dem Ziel Moskau und Persien ausrüstete. Das Unternehmen, an den Seidenhandel heranzukommen, scheiterte geschäftlich auf der ganzen Linie. Die Entwicklung des Poeten scheint es aber gefördert zu haben, denn Heimweh und die Liebe zu seiner fernen Elsabe in Reval beflügelten seine Feder nachhaltig.

Auf der Rückreise von der persischen Hauptstadt Isfahan kam Fleming über Moskau im April 1639 nach Reval, wo er sich mit Elsabes Schwester Anna verlobte, die ihm auf seine Reise hübsche Briefe geschickt hatte, während Elsabe sich von ihm lossagte. Er wollte sich nach der Erlangung der Doktorwürde auf Dauer als „Stadtphysikus“ in Reval niederlassen. Doch auf der Rückkehr von Leyden erkrankte er in Hamburg schwer. Am 2. April 1640 starb er dort, in der Katharinenkirche ist er begraben.

Oft hatte Fleming in typisch barocker Manier, (also religiös und hochpathetisch) die Macht des Todes besungen. So klingt es auch an in dem Gedicht „Auf den Tod eines Kindes“ – und doch wirkt hier alles schlichter, unmittelbarer aus dem Herzen kommend: „Schlafe wohl geliebtes Kind! / So viel tapfrer Helden sterben, / Ganze Völker gar verderben, / und die Zeit verstiebt wie Wind. / Wie soll denn ein Mensch bestehen, / Muß dies Ganze doch vergehn! / Schlafe wohl, wir Armen, wir / bleiben, was wir immer waren: / Jung von Weisheit, alt von Jahren, / Unverständig für und für, / Stumm an Mund, an Augen blind, / Kinder, wie wir kommen sind.“ Das wirkt wie ein Lied, denn Fleming als lyrischer Genius verstand sich auf die feine Musik, die auch in gesprochener Sprache wirksam ist. *Bernd Rill*

Emotionaler Höhepunkt

Mit dem Lichtfest wird in Leipzig an 1989 erinnert

Ganze 15 Zeilen auf Seite 2, die zuvor mit der SED-Bezirksleitung abgestimmt waren, widmete die „Leipziger Volkszeitung“ am 10. Oktober 1989 einer Bewegung, die in die deutsche Geschichte eingehen sollte. Am 9. Oktober 1989 waren erstmals 70 000 – manche meinen sogar 100 000 – Menschen auf Leipzigs Straßen gegangen. So viele wie nie zuvor. Die Demonstranten riefen: „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“. Noch am 7. Oktober 1989, wo es zum 40. Jahrestag der DDR überall zu Demonstrationen gekommen war, hatte der Staat in Leipzig Hunde und Wasserwerfer gegen etwa 40 000 Demonstranten eingesetzt und 200 Personen verhaftet.

Zwei Tage später blieb es friedlich. 8000 bewaffnete Sicherheitskräfte standen bereit. Zum Einsatz kamen sie nicht. Noch in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Oktober 1989 hatte Kampfgruppenkommandeur Günter Lutz öffentlich mit Gewalt gedroht: „Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“

Am 9. Oktober 1989 standen die Sicherheitsorgane jedoch nicht wie erwartet nur einigen „Rädelsführern“ gegenüber, sondern breiten Teilen der Bevölkerung. Dies machte eine gewaltsame Auflösung der Demonstration undurchführbar. Am Montag darauf demonstrierten bereits 150 000 Menschen auf Leipzigs Straßen. Darüber berichtete dann sogar die „Aktuelle Kamera“.

Viele große und kleine Orte hatten in der DDR „ihre“ friedliche Revolution. Der entscheidende Tag aber, der Durchbruch, der Beginn des historischen Wandels mit den bekannten Konsequenzen, war die Montagsdemonstration auf dem Leipziger Ring am 9. Oktober 1989, als entschlossene Menschen gegen das SED-Regime protestierten und Reformen einforderten.

Lichtfest lässt Leipzig leuchten

„Wir sind ein Volk“ stand noch nicht auf ihren Fahnen. Doch nur einen Monat später, in der Nacht vom 9. auf den 10. November, fiel die Mauer in Berlin – allen Versuchen der SED, die Menschen an weiteren Protesten zu hindern, zum Trotz.

Seitdem gedenkt Leipzig am 9. Oktober regelmäßig dieser Ereignisse mit vielen Veranstaltungen. Mit Beschluss vom Juni 2008 ist der 9. Oktober sogar städtischer Feiertag. Neben den alljährlich stattfindenden Ausstellungen, Lesungen, Diskussionsrunden, dem Friedensgebet in der Nikolaikirche sowie einem Demokratieforum im Gewandhaus bietet die Stadt im Jubiläumsjahr mit dem Lichtfest einen neuen Höhepunkt und emotionalen Ausklang.

Die Veranstaltung von 18 bis 23.30 Uhr unmittelbar im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche um 17 Uhr dürfte auch die jüngere Generation ansprechen. Rund 20 Kreative aus verschiedenen europäischen Ländern, Architekten, Lichtplaner, Designer und Künstler mit Bezug zu Leipzig, leisten dazu ihren Beitrag. Die inhaltliche Richtschnur sind Freiheit, Demokratie, Gewaltfreiheit, bürgerschaftliches Engagement. Unter der künstlerischen Leitung von Jürgen Meier errichten sie vom Nikolaikirchhof über den Innenstadtring zwischen Augustusplatz und dem Stasi-Museum „Runde Ecke“ knapp 30 Stationen mit Licht-, Audio- und Video-Installationen beziehungsweise Aktionen.

Die Wegabschnitte sind den thematischen Schwerpunkten Unsicherheit, Durchbruch, Passage in die Freiheit und Aufbruch gewidmet. Auftakt ist die Lichtinstallation „public light – öffentliches Licht“ des Künstlers Tilo Schulz im Nikolaikirchhof. Sie soll das Aufflackern des politischen Bewusstseins widerspiegeln. Eine Metapher für den aktiven Willen der Bürger in Leipzig. Diese bleiben auch beim Lichtfest am 9. Oktober 2009 entlang des historischen Demonstrationsweges von 1989 die Hauptakteure – und das möglichst in großer Zahl. *Helga Schnehagen*

Aufarbeitung eines Massakers

Mit zweijähriger Verspätung – der Streifen war bereits 2007 in Polen zu sehen – ist Andrzey Wajdas 2008 für den „Oscar“ nominierter Film „Das Massaker von Katyn“ nun auch in Deutschland angelaufen. Während in Polen über dreieinhalb Millionen Zuschauer an den Kinokassen gezählt wurden, ist der Zuspruch in Deutschland sehr mäßig. In Russland hat der Film keinen Verleih gefunden.

Letzteres verwundert nicht, thematisiert der Film doch ein sowjetisches Verbrechen, das die Sowjets zu leugnen beziehungsweise den Deutschen in die Schuhe zu schieben versuchten: Im Frühjahr 1940 ermordeten Einheiten des sowjetischen NKWD in einem Wald bei Katyn mindestens rund 22000 polnische Offiziere und Zivilisten.

Wajdas Film schildert nicht die Gesamtumstände der Tat, sondern beschränkt sich auf die polnischen Befindlichkeiten, was ihm zuzugestehen ist, da er das Trauma seines Volkes aufarbeiten will. Voll Bitternis schildert er das gute Einvernehmen der russischen und deutschen Besatzer. An einer Brücke kommt es zu Beginn des Filmes zu einem großen Durcheinander, als die geschlagenen polnischen Soldaten aus dem Westen und Osten auf der Flucht vor Wehrmacht und Roter Armee aufeinander prallen. Später zeigt sich in Gesprächen die dumpfe Furcht vor den Sowjets: „Sie haben die Genfer Konvention nicht unterschrieben.“ Der Zuschauer fängt an zu ahnen: Die deutsche Herrschaft wird als das



kleinere zweier großer Übel eingeschätzt. Nichts für schwache Gemüter sind die letzten 20 Minuten des Filmes. Minutiös wird die Ermordung und das Verscharren von Offizieren gezeigt. Das Blut gefriert dem Zuschauer in den Adern.

Zwischen dem Lagerdasein und dieser Erschießungsszene zeigt der Film das Leben in Nachkriegspolen unter der Sowjetherrschaft mit der Katyn-Lüge, dass die Deutschen für das Massaker verantwortlich seien. Jene, die sie nicht nachplappern wollen, werden erschossen, begehen Selbstmord, müssen flüchten, greifen zur Flasche, werden auf jeden Fall diskriminiert. Wajda klagt hier die Mitläufer, die Zuträger, die Mittäter und die Wegschauer an. Drei aufrechte Frauen widerstehen der Versuchung und nehmen die Widrigkeiten in Kauf. Eine von ihnen, Ehefrau eines Katyn-Opfers, hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass ihr Mann noch lebt – immerhin stand sein Name nicht auf den Listen mit den Namen der toten polnischen Offiziere, welche die Deutschen 1943 veröffentlicht hatten. Doch dann besucht sie ein früherer Kamerad ihres Ehemannes, der nun als Major der Polnischen Volksarmee angehört. Dieser berichtet ihr, er habe ihrem Mann seinen Pullover mit seinem Namenszug geborgt, daher stehe fälschlicherweise sein Name statt dem ihres Mannes auf der Verlustliste. Einige Zeit später erhält Anna, so ihr Name, die Tagebuchaufzeichnungen ihres Mannes, die beweisen, dass die Offiziere von den Sowjets ermordet wurden. *H.L.*

Die erste »Wende«

Erstmals seit der Weimarer Zeit kann die SPD mit Brandt wieder den Kanzler stellen

Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 brachte die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs. Erstmals in ihrer Geschichte stellte die CDU/CSU nicht mehr den Bundeskanzler.

Zwar ging die Union, der in Umfragen eine absolute Mehrheit vorausgesagt worden war, mit 46,1 Prozent der Stimmen und 242 Parlamentssitzen wieder als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervor, doch konnte die SPD mit 42,7 Prozent erstmals die 40-Prozent-Marke überschreiten. Die FDP dagegen musste mit nur noch 5,8 Prozent der Stimmen herbe Verluste hinnehmen. Der Wahl vorausgegangen waren der Bruch der Koalition aus CDU/CSU und FDP, der Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler im Jahre 1966 und die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die im Laufe der Zeit immer brüchiger geworden war.

Nach der Wahl reklamierte der Fraktionsvorsitzende der Union, Rainer Barzel, den Führungsanspruch für seine Partei, doch auch die SPD hoffte auf eine Regierungsbeteiligung. Tatsächlich hatte jedoch keine der drei im Bundestag vertretenen Parteien eine entscheidende Mehrheit erringen können. Die NPD fiel als Mehrheitsbeschaffer aus, da sie nach einer Serie von Wahlerfolgen wider Erwarten knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Zünglein an der Waage wurde Walter Scheel, der Erich Mende als FDP-Parteivorsitzender abgelöst, die Partei reformiert und die Wende von der national- zur linksliberalen Orientierung eingeleitet hatte. Bereits drei Tage vor der Wahl hatte er signalisiert, zu einer Koalition mit der SPD bereit zu sein.

Nach der Bekanntgabe der ersten zuverlässigen Hochrechnungen trat der SPD-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Willy Brandt vor die Presse und erklärte, die SPD sei „die größte und stärkste Partei“ und er habe die FDP wissen lassen, dass er zu Verhandlungen über eine Regierungsbildung bereit sei. Noch in der Nacht begannen die Koalitionsgespräche. Obwohl das Wählervotum ein anderes Ergebnis nahelegte und die Union die stärkste Fraktion im Bundestag blieb, musste sie nach



Die beiden Kanzlerkandidaten der 69er Wahl: Willy Brandt und Kurt Kiesinger Bild: Ullstein

20 Jahren die Macht abgeben und in die Opposition gehen.

Am 21. Oktober wählte der Bundestag Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler. Damit stand 39 Jahre nach dem Kabinett Hermann Müller wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer deutschen Regierung. Seinem Kabinett gehörten elf SPD-Minister, drei von der FDP und ein Parteiloser an. Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister.

Die sozialliberale Koalition läutete einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel ein, der tiefe Einschnitte brachte. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ kündigte Brandt in seiner Regierungserklärung mehr Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an. In der Deutschland- und Ostpolitik verfolgte er einen umstrittenen „Wandel durch Annäherung“, um „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen“. Diese Politik führte zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Ostblocks mit der Konsequenz der Anerkennung der DDR, dem Viermächteabkommen über Berlin und der (wenn auch nicht völkerrechtlich entgültigen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau. Nichts illustriert diesen außenpolitischen Kurswechsel deutlicher als der berühmt-berüchtigte Kniefall des Bundeskanzlers vor einem Ehrenmahl in der polnischen Hauptstadt.

Nach der Bundestagswahl kam es in mehreren Ländern ebenfalls zu sozialliberalen Koalitionen. Die FDP verlor hier dennoch deutlich an Boden und wurde durch ihren Seitenwechsel in heftige Flügelkämpfe gestürzt. Auch die NPD litt unter innerparteilichen Kontroversen und konnte nicht mehr an frühere Wahlerfolge anknüpfen, bis sie schließlich in die Bedeutungslosigkeit abrutschte. Willy Brandt musste 1974 nach der Guillaume-Affäre zurücktreten. Sein Nachfolger Helmut Schmidt setzte dessen Entspannungspolitik fort, zeigte in der Rüstungsfrage jedoch Härte. Nachdem die FDP erneut umgefallen war, beendete 1982 das erste erfogreiche konstruktive Misstrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik die SPD-Herrschaft. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Simon-Dach-Symposium

Bonn/Königswinter – Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen führt am 16. und 17. Oktober im Arbeitnehmer-Zentrum in Königswinter ein Symposium mit dem Thema „Simon Dach im Kontext preußischer Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit“ durch. Anlass ist der 350. Todestag des Königsberger Barockdichters am 15. April dieses Jahres. Nähere Informationen erteilt die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kaiserstraße 113, 53113 Bonn, Telefon (0228) 91512-0, Fax -29, E-Mail: kulturstiftung@t-online.de, www.kulturstiftung-der-deutschen-vertriebenen.de *PAZ*

Gründung der Spantax

Santa Cruz – Vor 50 Jahren, am 6. Oktober 1959, gründeten die beiden ehemaligen Mitarbeiter der spanischen Fluggesellschaft Iberia Rodolfo Bay Wright und Maria Estades Saez auf Teneriffa die Fluggesellschaft Spanish Air Taxi Lineas Aeras. Ursprünglich beförderte die Gesellschaft vorwiegend Bohrgerät und Mannschaften zu Ölfeldern bei Laáyoune in der damaligen Spanischen Sahara. Im Jahre 1963 wurde der Name in „Spantax“ geändert und zunächst der innereuropäische, 1972 dann auch der transatlantische Charterflugverkehr aufgenommen. In ihrer besten Zeit flog die Gesellschaft schließlich Ziele in über 20 Staaten an. Zum Verhängnis wurden der Charterfluggesellschaft jedoch diverse dem Image schadende Unglücke, die TUI, ITS und NUR 1983 dazu bewogen, ihre Verträge mit der Gesellschaft nicht mehr zu verlängern. Nach dem Verlust der Selbständigkeit und diversen Eigentümerwechseln musste die mittlerweile in luxemburgischen Besitz befindliche Gesellschaft am 29. März 1988 Konkurs anmelden. *M.R.*

»Sing, mei Sachse, sing«

Vor 30 Jahren erscholl erstmals die »Sachsenhymne« von Arndt Bause und Jürgen Hart

Für die SED waren die Leipziger Messen eine Bestätigung der Mythen vom „Weltniveau“ der DDR-Wirtschaft. Doch gerade die sächsischen Gastgeber sahen das eher als schlechten Witz an. Sie wussten am besten, dass Talent und Findigkeit von Sachsen im SED-Staat wenig gefragt waren. Vor 30 Jahren, zu Beginn der Herbstmesse 1979, verkündeten sie das aller Welt per ohrwurmigem Geniestreich. Wie alljährlich strahlte Sender Leipzig auch 1979 sein Messeprogramm „aMESSEments“ aus, diesmal arrangiert um das neue Lied „Sing, mei Sachse, sing“, für das der Musiker Arndt Bause und der Texter Jürgen Hart verantwortlich zeichneten. Rückblickend schwer vorstellbar: Anfänglich war es eine zweistimmige Walzerfasung, der erst ein Schwenk zu schmissigem Marschtakt den Weg zum vermutlich "schlagendsten" deutschen Schlager der Neuzeit öffnete.

Glasbläser Bause (*1936) und Volksschullehrer Hart (*1942) hatten 1979 längst reüssiert – in ihren eigentlichen Talenten. Bause komponierte seit 1962 attraktive Melodien, insgesamt weit über 1300 – Hart gründete 1966 das Leipziger Kabarett „academixer“, das unter den gut 400 DDR-Kabaretts bald zu den besten zählte. René Büttner, Chef der Plattenfirma „Amiga“, hatte Bause Texte von Hart zum Vertonen gegeben, darunter auch „Sing, mei Sachse, sing“. So begann die Karriere eines Liedes, von dem 600000 Plat-



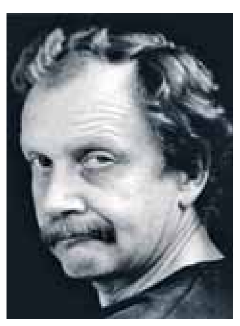
Arndt Bause Bild: Wikipedia

ten verkauft wurden – und wäre die lahme Plattenindustrie fixer gewesen, hätten es bei riesiger Nachfrage weit mehr sein können. Seine Schöpfer wurden dennoch Millionäre.

Bauses Musik ist wunderbar eingängig, dabei so einfach, dass selbst der bekennende Antisänger Hart sie nicht verhauen konnte. Harts Text offenbart mehrfachen Tiefgang: Er preist Lexik und Phonetik des auch in der DDR arg verlästerten Sächsischen. Er war das Hohelied der wiederentdeckten Liebe zu Heimat und Landsleuten, die herausgesungene Überwindung von geistiger und räumlicher DDR-Enge. Gerade darin steckte die heimliche Brisanz der „Sachsenhymne“, wie das Bause-Hart-Lied umgehend hieß.

1952 hatte die SED die historischen mitteldeutschen Länder in 14 „Bezirke“ zerschlagen. Die Menschen wurden durch Programme wie „Kader nach Norden“ ziellos durcheinander gewirbelt, was alles politisch, ökonomisch und zwischenmenschlich abträglichste Folgen hatte. Ab den frühen 1970er Jahren entdeckte die SED das „Territorium“ wieder und setzte an die Stelle von Mobilität und Disponibilität die „Wohnortgebundenheit“ mit allen Attributen, von Heimatfest bis Dialekt.

Das ist der Hintergrund des verhaltenen Triumphtons in „Sing, mei Sachse, sing“, dessen dritter Vers ein harscher Hassgesang gegen „Berlin-Hauptstadt-der-DDR“ ist. Sächsische Trutzgesänge sind witzig, etwa die des Dresdeners Erich Kästner („Da kennse Gifd droff nähm, dass wir uns rächn!“), aber erst Bause-Hart machten mit Berlin den Erzfeind der DDR-Bevölkerung namhaft. Manchen war das noch zu zahm, weswegen es schärfere Versionen gab: „An Arroganz und Greßenwahn / ergennste de Berliner, / Brillt, ihr Breißn brillt / bloß habt aich ni so wild.“



Jürgen Hart Bild: Internet

Die Sachsen wehrten sich – gegen Walter Ulbrichts Fistel-Sächsisch, gegen das Gerede von „Sachsen als fünfter Besatzungsmacht“, gegen den Usus, in DDR-Filmen Deppenrollen grundsätzlich mit Sachsen zu besetzen. Texter Hart wusste: Sachsen machen gemeinhin keinen „Ärcher“, sind aber böse, wenn jemand ihnen „Ärcher“ macht: Am 18. Oktober 1813 wurde Napoleon in der Völkerschlacht von Leipzig geschlagen – am 18. Oktober 1989 trat SED-Chef Honecker zurück, zermürbt von wochenlanger Leiziger Montags-Demonstrationen. War alles das nicht schon in der „Sachsenhymne“ angeklungen?

Jürgen Hart starb am 9. April 2002, Arndt Bause am 13. Februar 2003. Hart hatte die Wende von 1989 herbeigesehnt, weil sie das Ende der "Sklavensprache" in der DDR-Kultur brachte. Das unterschied ihn von Bause, der ein politischer Trottel war, sich zudem von Altstalinisten manipulieren ließ. 2001 veröffentlichte er seine Autobiographie „Der Mann mit der goldenen Nase“, für die er mit Gisela Steineckert eine Ghostwriterin anheuerte, die in der Unterhaltungsmusik eine Rolle wie „Sudel-Ede“ Karl-Eduard von Schnitzler in der Publizistik gespielt hatte. Inzwischen ist die ehemalige „Oberzensorin“ (so die aus der DDR vertriebene Liedermacherin Bettina Wegener) wieder aktiv, etwa auf Festivals „Sing, mei Ossi, sing“ oder inmitten von „Genies“, die über Sachsen in den alten Bundesländern singen, „wo Männer wie die Doofen / mit Stoffbeuteln rumloofen“ *Wolf Oschlies*

Der vergessene Prinz

Albrecht von Preußen kannte und respektierte seine Grenzen

„Der vergessene Prinz“ haben Hans und Heidi Zeidler nicht ohne Grund ihre Schrift „Geschichte und Geschichten um Schloss Albrechtsberg“ betitelt. Prinz Albrecht von Preußen führte ein nicht standesgemäßes Privatleben, stand zu seiner eher mittelmäßigen militärischen Begabung und führte deshalb ein zurückgezogenes Leben.

Friedrich Heinrich Albrecht Prinz von Preußen kam als jüngstes Kind von König Friedrich Wilhelm III. und dessen Ehefrau Luise am 4. Oktober 1809 zur Welt. Da er vier ältere Brüder hatte, brauchte er nicht auf eine spätere Thronbesteigung vorbereitet zu werden. Er trat 1819 als Sekondeleutnant in die Armee seines Vaters ein und hatte bis 1852 den Rang eines Generals der Kavallerie erreicht.

Aus Pflichtbewusstsein heiratete er 1830 die niederländische Königstochter Marianne, mit der er drei Kinder bekam. 1849 ließ sich der Preuße jedoch von seiner Frau scheiden und ging statt dessen 1853 eine nicht standesgemäße Ehe mit der Tochter eines der Generäle seines Vaters ein, Rosalie von Rauch, die ihm zwei Söhne schenkte.

Ob dieses Fauxpas der morganatischen Heirat ging Albrecht mit seiner Frau ins sächsische Exil. Von 1850 bis 1854 ließ er sich durch den Schinkelschüler Adolf Lohse am Löschwitzhang bei Dresden das prachtvolle Schloss Albrechtsberg erbauen als zweiten Wohnsitz neben seinem Prinz-Albrecht-Palais in der Berliner Wilhelmstraße.

Der Wechsel an Preußens Spitze von Friedrich Wilhelm IV. zu Wilhelm I. führte zu einer Entspannung der Beziehungen des Paares zum preußischen König. Nachdem Albrecht am Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 als Zuschauer im deutschen Hauptquartier teilgenommen hatte, wurde er 1865 zum Inspekteur der dritten Armeeabteilung ernannt. Am Deutschen Krieg von 1866 durfte er dann mit einem eigenen Kommando teilnehmen und erhielt dort die ersehnte Feuertaufe.

Es gehört zu Albrechts sympathischen Wesenszügen, dass er um seine Grenzen wusste und falscher Ehrgeiz ihm fremd war. Auf eigenen Wunsch diente er als Kommandeur des Kavalleriekorps der Ersten Armee unter dem Kommando eines Neffen, des 1828 geborenen Prinzen Friedrich Karl. Wie mit jüngeren hatte Albrecht auch mit rangniedrigeren Vorgesetzten kein Problem. Wiederholt hat er – obwohl selber General – Weisungen eines Generalmajors befolgt.

Im Deutsch-Französische Krieg machte ihm eine Erkrankung zu schaffen, die ihn schließlich die Sehkraft eines Auges kostete. Beim Einzug der siegreichen Truppen in Berlin erlitt er am 16. Juni 1871 einen Schlaganfall. Ein zweiter, der ihn am 14. Oktober 1872 in seinem Berliner Wohnsitz traf, kostete ihn noch am selben Tag das Leben. *M. R.*



Prinz Albrecht von Preußen Bild: Internet

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist ein Privileg unserer Kolumne – für das ich sehr dankbar bin – dass sie Einzelschicksale aufzeigen und nachfragen kann, so dass sie an Tiefe und Transparenz gewinnen können. Zwar müssen auch nüchterne Daten angegeben werden, das ist nun einmal unumgänglich, aber wir können darüber hinaus ein Lebensbild gestalten, das den betreffenden Menschen zeigt mit seinen Empfindlichkeiten, mit den Eindrücken und Narben, die das Erlebte in Körper und Seele hinterlassen haben. Manche hatten noch nie Gehör für das bislang Ungesagte gefunden, hatten vergeblich nach einer Plattform gesucht, wo sie endlich das Unverarbeitete ausbreiten konnten – und deshalb lesen wir immer in den Zuschriften den Satz: „Es ist gut, dass es Sie gibt!“

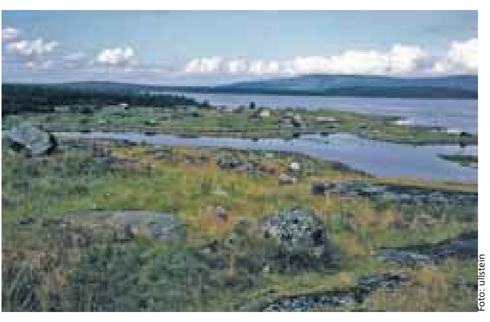
Heute will ich auf ein Vertriebenenschicksal eingehen, das diesen breit gespannten Rahmen noch sprengt. Denn die Königsbergerin **Ruth Buntkirchen** hat sich selber eine Plattform für das Erlebte und Erlittene geschaffen, indem sie ein Buch geschrieben und im Eigenverlag herausgegeben hat. Es trägt den Titel „Das gestohlene Jahrzehnt“, und wir haben es ausführlich besprochen. Mich hat ihre Schilderung sehr berührt, vor allem, weil darin ein Kapitel Zwangsdeportation dokumentiert wird, das bei uns bisher noch kaum behandelt wurde: das der „Freien Verbannung“. Ruth Buntkirchen gehört zu den deutschen Frauen und Männern, die nach langjähriger Gefangenschaft in sowjetischen Arbeitslagern nicht nach Deutschland heimkehren durften, sondern zu einem Leben ohne Stacheldraht in der sibirischen Taiga verbannt wurden. Insgesamt waren da schon acht Jahre nach Kriegsende vergangen, von denen drei unter furchtbaren Bedingungen in ihrer ostpreußischen Heimat verbracht wurden, denen – aufgrund vier „gestohlener“ Rote Beten – eine fünfjährige Verbannung in sibirischen Gefangenenlagern folgte. Die Strafe war vollzogen, aber die erwartete Heimkehr gab es nicht. Warum? Keine Antwort – nur die Order: Ab zur Arbeit in der Taiga.

Ruth Buntkirchen beschreibt diese unbegreifliche Lage so:

„Von hier fort durfte ich nicht. Auf mein Begehren hieß es, dass alle Deutschen, die jetzt aus dem Durchgangslager Woschael entlassen wurden, sich in Josser, einer Bahnstation weiter nördlich, zu melden hätten. Von da aus würde weiter verfügt. Das war, wie die Russen es nennen, die ‚Freie Verbannung‘. Man bekommt seinen künftigen Arbeitsplatz zugewiesen, hat keine Papiere, darf sich nur im Umkreis von ein paar Kilometern frei bewegen und steht vollständig unter Aufsicht, nur dass kein Wachmann hinter einem herläuft. Als Verschärfung aber kam noch hinzu, dass sie uns Deutsche auch noch der deutschen Staatsangehörigkeit beraubt hatten. Wir waren angewiesen bei Nachfragen zu antworten: Staatenlos! Das war die persönliche Situation an diesem, mit so großer Sehnsucht erwarteten 25. Juni 1952. Fünf Jahre nachdem Stalins Schergen uns eingeliefert hatten. Ich wurde vor das Lagertor gebracht, hatte eine Fahrkarte nach Josser in der Hand und einige Rubel in der Tasche. Es ist beängstigend, so allein und frei durch den Ort zu gehen, niemand dabei zu haben, der mich beobachtet, der mir zuruft, wohin und wie ich zu gehen habe. Ich habe Angst vor den Menschen, denen ich begegne, und dann muss ich auch noch mit dem Zug fahren und mich durchfragen. Diese ersten Schritte in die ‚Freiheit‘ waren alles andere als unbeschwert. Fünf Jahre Unselbständigkeit und Abgeschlossenheit hatten Spuren hinterlassen.“

In Josser, etwa in der Mitte der Bahnstrecke Moskau–Workuta, begann für die 27-Jährige ein neuer Lebensabschnitt in Freiheit, oder was die Russen darunter verstanden. „Wir liefen bildlich gesehen an der langen Leine, die jederzeit hart angezogen werden konnte. So war es uns, die wir ohne Legitimationspapiere waren, untersagt, uns mehr als zehn Kilometer von unserem Wohnort zu entfernen. In Wirklichkeit wurden wir überwacht wie ehedem. Wir bekamen unsere Arbeit zugewiesen, durften unser Geld selbst verdienen und wohnten in Gemeinschaftswohnungen.“ In einer solchen lebte auch Ruth **Schwarz** zusammen mit den anderen deutschen Frauen und Männern, die zur Arbeit in einem Dorf abkommandiert waren. So ergaben sich bald Beziehungen, die zu engen Verbindungen führten – auch zwischen Ruth und einem etwas älteren, tüchtigen Mann, der als Schmied und Stellmacher auf dem „Conpark“, einer Kolchose mit 600 Pferden, arbeitete. Da **Gustav W.** dort in einer eigenen Stube wohnte, beschloss die junge Frau, zu ihm zu ziehen und „in guten wie in schlechten Tagen mit ihm zusammenzubleiben. Zuerst ging es uns ziemlich mies, wir waren fast ohne Geld und Lebensmittel, dadurch wurde fast jeder neue Tag zum Abenteuer. Wir taten unsere wenigen Sachen zusammen und siehe da: Es kam ein winziger Haushalt zusammen. Ich brachte zwei kleine Kochtöpfe mit, mein Essgeschirr, zwei schmale Baumwolllaken, Gustavs Aussteuer war ebenso bescheiden, aber fürs Erste langte das. Wir hatten eine eigene warme Stube, die wir mit niemand teilen mussten, was wollten wir mehr?“

Sie wohnten in einem Blockhaus in einem Dorf, das keinen Namen, nur eine Nummer hatte, denn es war aus einem Straflager entstanden, als die Bahnstrecke Moskau–Workuta gebaut wurde. Die erste Anschaffung bestand aus einer Fuhre Brennholz für zehn Rubel. Da Ruth nun auf dem Hof wohnte, bekam sie ebenfalls Arbeit mit Pferden zugewiesen. Die Wintertage in der Taiga sind lang, dunkel und bitterkalt. Um 7 Uhr wurden die Schlitten geholt, mit den lebenswichtigen Dingen für das Holzfällerlager beladen und die Pferde angespannt. Gegen Mittag waren die Fuhrleute am Ziel, nach einer Stunde ging es zurück. Abends um 7 Uhr war man wieder im Dorf, zwölf Stunden Arbeit lagen hinter den Frauen und Männern. Gegessen wurde, was man im Magazin, dem Dorfladen, erstehen konnte. Das waren Zucker, Reis, Nudeln, Grütze, Haferflocken, Grieß, Öl und Margarine. Aber auch diese Grundnahrungsmittel waren nicht immer vorhanden, dann gab es nur Brot und billige Bonbons. Kartoffeln, Gemüse, Milch und sogar Butter und Fleisch gab es nicht zu kaufen. An milden Wintertagen konnte man von einem Dorfbewohner, der Kartoffeln geerntet hatte, einen Eimer voll holen. Das war dann schon ein richtiger Schatz. Aber Ruth Buntkirchen schreibt: „Wir waren glücklich miteinander, ich fühlte mich bei Gutav geborgen und gut aufgehoben. Er war fürsorglich um mich bemüht. Wir waren jung, wir waren zu zweit, wir konnten zupacken. Wir lebten, und wir hatten uns ein Ziel gestellt. Soviel Zuversicht und Optimismus haben wir später nicht mehr entwickeln können.“ Nachdem sich Ruth und Gustav zusammengetan hatten, galten sie im Dorf als „verheiratet“.



Taiga in Sibirien: In diese schier endlos scheinende Landschaft wurden viele Deutsche verbannt, darunter Ruth Buntkirchen. Foto: Ullstein

Und so überraschte es niemanden, als sich im Februar 1953 Nachwuchs ankündigte. „Welch eine Freude! Welch ein Glück! Aus heutiger Sicht war es wohl eine Herausforderung an das Schicksal. Wir waren aber voller Zuversicht, obwohl das ganze Umfeld mehr als bescheiden war und eigentlich kein Anlass zu solchem Optimismus bestand. Wir freuten uns, obgleich wir doch voller Sorge hätten sein müssen. Nichts von alledem. Das war auch keine Verantwortungslosigkeit dem neuen kleinen Wesen gegenüber. Wir beide, aber besonders Gustav, waren beflügelt von dieser neuen Situation. Unsere schon feststehenden Pläne wurden erweitert, und als die Schneeschmelze begann, fingen wir an, unsere Planungen in die Tat umzusetzen.“

Die Zeit erwies sich als günstig, Josef Stalin war gestorben, die schwierige Lebensmittellage entspannte sich, auch andere Sachen gab es plötzlich zu kaufen. So erstand Ruth in Josser eine Wanduhr, und sie hatten endlich einmal die – fast – genaue Zeitangabe. Und es waren keine Luftschlösser, die sie bauten, sondern handfeste wie das Häuschen mit Herz, ein ungeheurer Fortschritt auf dem Weg in ein ziviles Leben. Der kurze Sommer musste genutzt werden, so wurde eine in der Taiga übliche „Sommerküche“ gebaut, denn in der warmen Jahreszeit wurde nur im Freien gekocht. Ein richtiger Herd mit einer eisernen Kochplatte – welch ein Fortschritt gegenüber dem Stubenofen, der auch als Kochstelle dienen musste. Denn der brachte beim Kochen im Sommer eine andere Plage buchstäblich ans Licht: Scharen von Wanzen quollen aus den Ritzen. Angeblich sollte es kein einziges wanzenfreies Haus in der Region geben. Die Russen behaupteten, die Wanzen säßen schon im lebenden Holz. Also war Generalüberholung angesagt! „Zweimal im Jahr wurde die ganze Stube ausgeräumt und die auf den Vorplatz gestellten, auseinander genommenen Möbel mit kochendem Wasser übergossen. Aber auch in Wänden und Decken nisteten die Wanzen. Also wurde der Putz an den losen Stellen abgerissen, die Flächen mit kochendem Wasser begossen, ausgebessert und zum Schluss Wände, Decke und Ofen mit abgelöschtem Kalk getüncht. Danach konnten wir uns in unserm blitzblanken Stübchen wieder wohl fühlen.“

Aber auch an das leibliche Wohl musste gedacht werden, und das hieß: Kartoffeln setzen! Das hatte sehr früh zu geschehen, denn bereits Ende August musste die Ernte abgeschlossen sein. Zuerst musste ein Stück Land in Nähe der Hütte gerodet werden, was für den fleißigen Gustav kein Problem war. Die Erde wurde mit Pferdemist gedüngt – den gab es ja reichlich –, die Kartoffeln gesetzt, und schon acht, neun Wochen später konnten die ersten Kartoffeln aus eigener Ernte gegessen werden. Phänomenal! So empfanden das die Zwangssiedler. Ein ruhiger, wenn auch arbeitsreicher Sommer stand bevor. Aber dann kam es ganz anders:

„Da erschienen im Dorf offiziell aussehende Herren, die für eine bevorstehende Exkursion Männer und Frauen brauchten, die mit ihnen in die riesigen unerforschten Wälder der Komi zogen. Sie sollten den Landvermessern, denn um solche handelte es sich, als Träger und Helfer dienen. Das war eine böse Überraschung, denn Gustav musste auch mit, und wenn wir nicht das Baby erwartet hätten, wäre ich auch dabei gewesen. Alles ging sehr schnell, und am Tag darauf war ich allein. Mein ganzes Sinnen und Trachten drehte sich jetzt um das Kind.“ Das war schon einmal gefährdet gewesen, als Anfang Mai die junge Frau eine schwere Fuhre Holz befördern musste. Ihr Wagen war mit einem starken Pferd bespannt worden, kein Panjepferdchen wie üblich, und – wie sich später herausstellte – viel zu groß für den Kastenwagen mit den kurzen Deichseln, an denen es sich auf dem abschüssigen Rückweg die Hinterläufe blutig scheuerte. „Das Pferd begann mit mir durchzugehen. Ich saß nicht mehr, sondern lag fast auf dem Rücken und schrie vor Angst. Kurz vor dem Hof versuchten einige Männer, die das Unglück kommen sahen, dem Pferd in die Zügel zu fallen. Vergebens. Es hob mich wie von Geisterhand hoch, und ich schoss wie eine Rakete über den Gaul hinaus und prallte vor ihm auf die Erde.“ Aber das Pferd stand, der Wagen war gegen einen Torpfeiler geprallt. Es dauerte eine Weile, bis Ruth begriff, was geschehen war. Sie dachte nur an das Kind, der Schock saß tief, und die Schwangere sollte die geheime Angst um das Baby bis zu dessen Geburt nicht verlieren.

Die noch einmal in ihr aufstieg, als sie am 7. Oktober auf dem Weg zum Krankenhaus in Woschael, wo die Entbindung stattfinden sollte, auf eisglatter Straße hinfiel und allein nicht mehr aufzustehen vermochte. Noch am selben Abend kam ihr Kind zur Welt, es war ein Sohn, gesund und wohlgestaltet, der den Namen **Wolfgang** erhielt. Aber es gab ein Problem: Die junge Mutter konnte es nicht stillen. In der Klinik wurde es Müttern an die Brust gelegt, deren Milch reichlich floss. Aber nach der Rückkehr in das Dorf begannen die Schwierigkeiten. Von der Klinik hatte die junge Mutter keine Ratschläge bekommen, die erhielt sie auch von den älteren Frauen des Dorfes nicht. Zum Glück nahm das Kind dann die Nahrung von Haferschleim und Kuhmilch an, die Ruth zusammengestellt hatte.

Sie waren nun eine glückliche Familie, die ihr Leben in der Taiga so gestaltete, als läge hier ihre Zukunft. Weiteres Land wurde urbar gemacht und bestellt, Ziegen und Hühner wurden angeschafft, Wolfgang bekam einen treuen Bewacher, einen Schäferhund. Auch die finanzielle Lage besserte sich, da Ruth als Pferdepflegerin eingestellt wurde. Dieser Sommer wurde für sie der glücklichste und schönste der letzten zehn Jahre. Es kamen noch zwei „wunderbare Ereignisse“ hinzu: Der Postverkehr mit der Heimat erfolgte regelmäßig, wenn auch zensiert, und die Briefe hielten den Wunsch nach einer endgültigen Heimkehr wach. Und dann erschienen im Frühjahr 1954 wieder einmal Herren mit dicken Aktenmappen, die alle Deutschen in die Verwaltung beorderten. Sie wurden befragt, ob sie für die Sowjetunion optieren, als Staatenlose die sowjetische Staatsangehörigkeit annehmen wollten. Da alle verneinten, konnten sie sofort einen Antrag zur Ausreise stellen. Alles amtlich und beglaubigt. „Wir waren beschwingt wie nie zuvor!“, beschreibt Ruth Buntkirchen diesen hoffnungsvollen Vorgang. Es dauerte dann doch noch einen Sommer, einen Herbst, einen frühen Winter, bis endlich im Februar die ersehnte Post aus Moskau kam, die ihnen die Heimreise avisierte. Und dann kam jener Augenblick, in dem für die junge Familie endlich ein Leben in Freiheit begann, als sie am Karfreitag des Jahres 1955 auf dem Hamburger Hauptbahnhof stand und „das gestohlene Jahrzehnt“ ein endgültiges Ende hatte.

Aber die Erinnerung an die Taiga bleibt, an die weiten Wälder, die sanft geschwungene Landschaft, die sich in blauer dunstiger Unendlichkeit verliert, an die kristallklaren Flüsse, an die Farbenspiele des Polarlichts in der weißen Weite, dann – so bekennt Ruth Buntkirchen – „tut mir doch das Herz weh, weil das große Heimweh uns all diese Schönheit nicht richtig genießen ließ, sondern nur ständig der Wunsch uns beherrschte – weg, weg – nach dem Land, in das wir gehören“. (Ruth Buntkirchen lebt heute in Hamburg, Telefon 040/7122316.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Die ostpreußische Familie *extra*

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Verlässlichkeit der CDU ist begrenzt

Zu: „Frisierte Geschichte“ (Nr. 37)

Beim Lesen des Berichts über die Ausstellung „Deutsche und Polen“ begann ich zu ahnen, was wir Vertriebenen vom Zentrum gegen Vertreibungen zu erwarten haben. Auch kam mir wieder der Ärger hoch über die Anzeige, die vor wenigen Tagen in der Zeitschrift „Schlesien Heute“ und in der *PAZ* zu sehen war, mit der Überschrift „CDU Deutschland – verlässlicher Partner der Vertriebenen“.

Die Verlässlichkeit der CDU bei Behandlung aller Fragen, die den Vertriebenen wichtig sind, haben wir genügend zu spüren bekommen. Nicht nur bei der Behandlung von Frau Steinbach und bei der Hartnäckigkeit, mit der Schäuble seine Sicht zur „melderechtlichen Erfassung Vertriebener“ verteidigt.

Günter Elze, München

Laut polnischem Autor waren Stukas im Einsatz

Zu: „1. September 1939: Die Deutschen hatten Angst“ (Nr. 36)

Auch ich bin kein Freund Grassscher Literatur, aber hier muss ich Herrn Röhl bezüglich der Aussage, dass sich die „Gedächtnis-Zwiebel“ von Günter Grass in Sachen Stuka-Angriff auf die Westerplatte geirrt hätte, korrigieren. Tatsache ist, dass die Deutschen, nachdem die ersten Angriffe am 1. und 2. September unter schweren Verlusten für sie von den Polen abgewehrt worden waren, die Westerplatte am 2. September mit Stukas angriffen, was zu erheblichen Zerstörungen bei den Verteidigern führte. Wen Näheres interessiert, kann es in einer Schrift mit dem Titel: „Westerplatte“ von Miroslaw Glinski, die auf der Westerplatte zum Verkauf angeboten wird, nachlesen.

Theodor Preuss, Immenstaad

Maden als Suppeneinlage

Zu: Leserbrief „Dänemark: Es gab genug zu essen“ (Nr. 36)

Ich war ein zehnjähriger Flüchtling aus Königsberg/Pr., der am 22. März 1945 mit der MS „Monte Rosa“ in Kopenhagen einlief. Die Reise ging weiter bis Mitte Jütland, wo wir am 25. März 1945 in Givskud, ein kleines Dorf an der Primärroute 18 zwischen Give und Veyle, eintrafen und in das Gemeindehaus eingewiesen wurden. Ein Fourier einer deutschen Einheit versorgte uns mit Verpflegung. Zusätzlich erhielten wir noch dänisches Geld (Kronen) und konnten uns das Schönste und Beste in der Ladenzeile, Backwaren und Obst, kaufen. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte in Dänemark am 5. Mai 1945, der Krieg war endlich vorbei.

In unmittelbarer Nähe befand sich die „Neue Schule“ in Givskud, die mit Stacheldraht eingefriedet war, in die wir am 5. Mai 1945 einquartiert (interniert) und von dänischen Posten bewacht wurden. Die Verpflegung war gut, bis auf die kurzfristige Rationierung des Brotes. Eine weitere Umquartierung erfolgte am 6. Dezember 1945 in das große Flüchtlingslager Grove in der Hessellund Heide zwischen Viborg und Herning an der P 12 bei Karup, zirka 60 Kilometer von Givskud entfernt. Die 10 000 Flüchtlinge wurden von drei Großküchen im Internierungslager mit Verpflegung von Deutschen versorgt. Die Kaltverpflegung war gut. Die Kinder erhielten täglich einen halben Liter Vollmilch, Weiß- und Schwarzbrot, gefärbte Wurst, oft ein Ei und Zucker.

Mittagessen war oft zu wenig, im Sommer Gefrierkost, Grünkohlsuppe ohne Einlagen und oben darauf schwammen die Maden. Abends Grützsuppe, im Winter wurde der Blechteller auf Schnee gestellt und so genannte Schlagsahne geschlagen. Manchmal gab es Kuheuter, das konnten wir auf dem Kanonenrohrofen auf unseren selbstgefertigten Aluminiumtellern nacheinander für 20 Personen braten. Mitunter gab es Hornfische mit grüner Gräte, die wir in die Abfallgrube warfen, weil wir Vergiftung vermuteten. Obst gab es ganz selten, einmal gab es kleine gelbe Pfläumchen, zu Weihnachten einen Apfel pro Kind. Verhungert ist niemand, alle waren rank und schlank. Viel schlimmer war die Kälte, minus 30 Grad Celsius im Winter 1946/47, erfroren ist zum Glück niemand. Am 1. Dezember 1947 konnten meine Familie und ich Dänemark verlassen und nach Lübeck ziehen.

Arno Zilian, Lübeck

Hitler durch Weglassung von Schuld reingewaschen

Zu: „Der Zweite Weltkrieg hatte viele Väter“ (Nr. 35)

Der Artikel enthält – im Gegensatz zu dem Anspruch, den der Verfasser erhebt – kaum etwas, was nicht seit zirka 50 Jahren in fast jedem westdeutschen Geschichtsbuch für die Oberstufe des Gymnasiums und in diversen Quellenheften für den Geschichtsunterricht zu lesen steht. Es bedarf nicht besonders gründlicher Geschichtskenntnisse um zu merken, dass der Verfasser leider nur eine gezielte Auswahl von Fakten bringt, und zwar solche, die ihm geeignet erscheinen, das angeblich „verzerrte und in Teilen falsche“ Bild vom Beginn des Zweiten Weltkrieges zu „korrigieren“. Alles, was ihm nicht ins Bild passt, lässt er weg. So erhält der unbefangene Leser am Ende den Eindruck, Hitler sei unter den vielen Vätern des Zweiten Weltkrieges – eine heute übrigens weitgehend akzeptierte Auffassung – kaum zu finden, dafür aber Polen. Dieser Artikel bietet somit eine durch Weglassungen verfälschte Sicht der Vorgeschichte des Krieges, der entschieden widersprochen werden muss.

Schultze-Rhonhof behandelt die Vorgeschichte des Angriffs auf Polen isoliert. Er lässt Hitlers außenpolitisches Programm und seine Politik seit 1933 weg. Dadurch kann die Situation des Jahres 1939 nicht richtig beurteilt werden. Bereits in „Mein Kampf“ verkündete Hitler sein außenpolitisches Programm: „Deutsch-Österreich wird zum großen deutschen Mutterland zurück müssen.“

Schultze-Rhonhof lässt ferner weg, dass Hitler zielbewusst den Krieg in Kauf nahm, was – nicht nur im Falle der Sudetenkrise – durch amtliche Protokolle von Besprechungen mit der Wehrmachtsführung, durch Führerbefehle belegt ist, wobei er in öffentlichen Reden oft das Gegenteil behauptete.

Der Autor lässt also weg, dass Hitler die Erfahrung gemacht hatte, wenn nicht durch Diplomatie, dann mit Gewalt zum Ziel zu kommen, weil seine Gegner nachgeben würden. Aus seiner Sicht hätte es in der Danzig-Frage nach der gleichen Methode weitergehen können. Dabei hatte er die außenpolitische Wirkung der Besetzung der Rest-Tschechei völlig unterschätzt. Hatte er bisher mit Erfolg die „Revision von Versailles“ proklamiert, wurde jetzt der imperialistische Charakter seiner Außenpolitik sichtbar: Eroberung fremder Völker. Für ihn war das nur die zweite Etappe seiner Außenpolitik, für die Westmächte hatte er damit die rote Linie überschritten. 14 Tage später, am 31. März 1939, gab Chamberlain die englisch-französische Garantieerklärung für Polen ab. Niemand glaubte mehr, dass es nur um Danzig ginge.

Dass die Westmächte damit richtig lagen, geht aus dem Protokoll einer Besprechung der Spitzen der Wehrmacht bei Hitler am 23. Mai 1939 hervor. Darin heißt es: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie der Lösung des Baltikum-Problems. Lebensmittelversorgung ist nur von dort möglich, wo geringe Besiedelung herrscht. Neben der Fruchtbarkeit wird die deutsche, gründliche Bewirtschaftung die Überschüsse gewaltig steigern. In Europa ist keine andere Möglichkeit zu sehen.“

Dieses Dokument ist eins von zahllosen, an denen nichts fehlzudeuten ist. Die Dinge liegen klar auf der Hand. Dieses Dokument wurde schon 1960 in dem Buch des Schweizer Historikers Walther Hofer veröffentlicht mit dem Titel „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ – bei Schultze-Rhonhof davon kein Wort.

Aber nicht genug der Verfälschungen. Es ist historisch völlig unverantwortlich, auf der Suche nach den Vätern des Zweiten Weltkrieges den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 zu unterschlagen, wie es der Verfasser in dem Artikel tut. Nach der Annexion der Rest-Tschechei ging es längst nicht mehr um Danzig oder die deutsche Minderheit in Polen, sondern „Polen (selbst) und seine Erhaltung (waren) zum Probefall für die Auseinandersetzung zwischen dem Expansionsstreben des Dritten Reiches und der durch die Ereignisse im März 1939 endgültig auf den Plan gerufenen britisch-französische Politik“ geworden (Gotthold Rohde).

Mit dieser grob vertuschten Darstellung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges hat Schultze-Rhonhof Hitler von der Verantwortung für die Entfesselung des Krieges reinzuwaschen und Polen eine überdimensionierte Mitverantwortung zuzuschanzen versucht. Er hat damit Ostpreußen, der Sache Deutschlands und letztlich auch der *PAZ* einen Bärendienst erwiesen. Man fragt sich, warum veröffentlicht die Zeitung so etwas?

Es sollte auch endlich damit Schluss sein, dass behauptet wird, irgendwelche dunklen Mächte, „beamtete Historiker“ (*PAZ*) oder die Sieger hätten den Deutschen eine Deutung der Zeitgeschichte aufgezwungen – es sind die bekannten historischen Fakten und Dokumente, die kaum eine andere Deutung zulassen – jedenfalls, wenn man keines unterschlägt.

Hans-W. Erdt, Oldendorf

Einst »taz«-Autor

Zu. „Deutsche Namen“ (Nr. 35)

Wenn man berücksichtigt, dass der Chefredakteur der „Welt“ bei der „taz“ geschrieben hat, ist es erstaunlich, dass er deutsche Namen schreiben lässt, wo doch heute Fremde auf deutschem Land zu Hause sind. Mich wundert dies besonders, weil die „Welt“ inzwischen alles unterschlägt, was unsere Soldaten des Zweiten Weltkrieges berührt und sie nicht Verbrechern gleichsetzt. Überhaupt ist der Springer-Verlag ja führend in der Nicht-Information der Leser.

Guntram Schenke, Göppingen

»Attichy« – der Name dieses Lagers löste bei meinem Vater Weinkrämpfe aus

Zu: „Naumburg: Komplettes Kriegsgefangenenlager wurde vergessen“ (Nr. 37)

Mein Vater, Jahrgang 1899, konnte zum Kriegsende als Oberleutnant der Artillerie seine Leute ordnungsgemäß entlassen. Für sich selber konnte er aber kein Entlassungspapier ausstellen und der Stab war nicht mehr vorhanden.

Versteckt, in Nachtmärschen schlug er sich durch, um nach Peine zu seiner Familie zurück zu kommen. Ich war damals zehn Jahre alt und erinnere mich noch gut an die Überraschung, als mein Vater abgerissen, todmüde und hungrig vor der Tür stand.

Um Lebensmittelkarten zu bekommen, musste er sich bei der Militärregierung melden und wurde eingeladen, sich zur Ausstellung der erforderlichen Papiere vorzustellen. Die Aktion sollte höchstens drei Tage dauern. Am 30. Mai 1945 musste er auf vorgefertigter Karte meiner Mutter mitteilen, dass er als Gefangener mit der Nr. 2368231 als „U.S.A.-PWIB-FR“ registriert wurde. – Ein halbes Jahr wurde er daraufhin in dem berüchtigten Gefangenlager „Attichy“ in Frankreich unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und kam dann abgemagert und mit Magengeschwüren endlich wieder nach Haus.

Die Bedingungen in dem Lager beschreibt der Kanadier James Bacque ausführlich in seinem Buch „Der geplante Tod“. Die Gefangenen mussten auf dem nackten Boden leben, ohne Schutz vor Wind und Wetter und ausreichender Ernährung. (Zum Hohn übergossen die amerikanischen Bewacher aufgehäuftes Brot mit Benzin und verbrannten es vor den Augen der Hungernden.) Schikanen wie Prügel, Verhöre, stundenlange Zählappelle und ähnliches gehörten zum Tagesablauf. Dem internationalen Roten Kreuz wurde der Zugang zu dem Lager verwehrt. Über 80 Prozent der Gefangenen haben die Lagerzeit nicht überlebt.

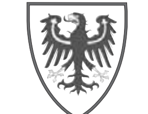
Nach seiner Rückkehr löste das Wort Attichy bei meinem Vater Weinkrämpfe aus. Nur selten konnte er über die Gefangenschaft sprechen.

Am 16. Mai 1946 gab er den berühmten Fragebogen zur Entnazifizierung ab und am 23. November 1949 erfuhr er, dass er als unbelastet in Kategorie V eingestuft worden war. Endlich konnte er wieder in seinem Beruf als Oberstudienrat mit den Fächern Physik und Mathematik in den Schuldienst eintreten, damit die sechsköpfige Familie wieder ein ausreichendes Einkommen hatte.

Hans Groeneveld, Hannoversch Münden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 40 – 3. Oktober 2009

Hafenausbau angekündigt

Russland wird nach den Worten seines stellvertretenden Regierungschefs Sergej Iwanow die Häfen von St. Petersburg und Königsberg ausbauen und zusätzlich in Wyssozk, Ust-Luga und Primorsk weitere Hafenkapazitäten schaffen. Dies erklärte Iwanow am 11. September 2009 in Königsberg. Bislang laufen viele Im- und Exporte Russlands über die Häfen des Baltikums. „Bereits im zurückliegenden Jahr schrumpfte der Anteil der russischen Güter, die in baltischen Häften umgeschlagen werden, um ein Fünftel“, so Iwanow weiter. „In zwei bis drei Jahren werden wir die geplanten Umschlagskapazitäten fertigstellen und auf Dienste unserer baltischen Nachbarn verzichten können. Davon bin ich überzeugt.“

Nach Ausführung dieser ehrgeizigen russischen Pläne würde kein einziger Container mehr über Reval (Tallin), Libau (Liepaja), Windau (Ventspils) oder Riga verschifft werden. Lettland wäre von dieser Entwicklung weit mehr betroffen als Estland, das sich in den letzten Jahren eng an das benachbarte Finnland angelehnt hatte. Insbesondere Riga ist in den letzten Jahren einer der wichtigsten Verschiffungshäfen für russisches Erdöl gewesen. Diese Aufgabe sollen nun Wyssozk und Primorsk übernehmen. In Primorsk wurde erst kürzlich ein neuer Verladeterminal in Dienst genommen. Hierzu reiste Ministerpräsident Wladimir Putin persönlich dorthin. Der Terminal ist Teil des neuen Öltransport-Systems namens „Sewer“ (Nord). Die Anlage umfasst neben dem Terminal eine Pipeline, die aus Kstowo (Gebiet Nischni Nowgorod) über Jaroslawl und Kirischi nach Primorsk führt. Durch das System sollen zunächst 8,4 Millionen Tonnen Ölprodukte im Jahr transportiert werden. Binnen zehn Monaten soll die Jahreskapazität auf 17 Millionen Tonnen steigen.

> Moskau will autarker werden

In Ust-Luga soll künftig Schüttgut umgeschlagen werden. Nach dem Ausbau dieser Kapazität soll St. Petersburg sich auf den Verkehr mit Containern und Fahrzeugen sowie auf die Beförderung von Passagieren spezialisieren. Zu den Königsberger Plänen wurde nichts Konkretes verlautbart. Die Perspektiven sind hier auch beschränkt, denn Königsbergs Hafen ist kein Tiefwasserhafen und könnte dazu auch nicht ausgebaut werden. Der Warenumschlag dort könnte vermutlich nur dem eigenen Bedarf dienen, es sei denn, Litauen wäre bereit, einen Teil seines Außenhandels darüber abzuwickeln. Dazu hat das Land aber keine Veranlassung. Mit dem ostpreußischen Memel verfügt Litauen selbst über einen gut ausgebauten Hafen für den eigenen Bedarf. Auch die Abwicklung von Transithandel für Polen, Weißrussland oder Litauen ist eine wenig glaubwürdige Option. So könnte die Bekanntgabe der russischen Hafenausbaupläne für die Ostsee von Königsberg aus letztlich „nur“ eine politische Demonstration gewesen sein. *Hans Lody*

Rekordverdächtig im Guten wie Bösen

Beim Königsberger Stadtfest gab es viele Besucher, viele Betrunkene, viel Müll und einen Toten

Viele Jahre lang wurde das Stadtfest Anfang Juli gefeiert, doch nun entschieden die Regierenden, es auf den Spätsommer zu verlegen und es vom 12. bis 13. September zu feiern.



Foto: Tschernyschew

Nicht nur dem Auge, auch den Ohren wurde etwas geboten: Platzkonzert mit Pauken und Trompeten auf dem Stadtfest

Begründet wird die Verlegung mit dem historischen Datum der Königsberger Stadtgründung und mit der Urlaubszeit. Trotz der Krise war das Festprogramm in diesem Jahr reichhaltiger denn je. Es gab Neuerungen, durch die das Fest noch schöner wurde. Dazu gehörte die Einrichtung einer Fußgängerzone zwischen dem Prospekt Mira (Hufenallee), dem Siegesplatz (Hansaplatz) und dem Stadtpark im Stadtzentrum, die normalerweise stark befahren sind. Trotz des Regens am Sonntag kamen Tausende Besucher zum Fest.

In der „Königsberger Fußgängerzone“ bereiteten Hunderte Handwerker und Künstler den Besuchern Vergnügen. Orchester spielten auf, Künstler zeigten ihre Werke, Sportler stellten ihre Kraft und Geschicklichkeit unter Beweis. Eine besondere Attraktion war der Wettbewerb um den Titel „Baltischer Bär“. Dabei mussten Athleten einen tonnenschweren Lastkraftwagen ziehen und schwere Steine bewegen. Wem dieser Wettkampf nicht genügte, konnte sich zum Stadion „Baltika“ begeben. Dort fanden allerlei Wettkämpfe statt, vom Jugend-Fußballturnier bis zur Auto-Motor-Show, sogar Fallschirmspringer nahmen an dem Fest teil. Ein besonderes Bonbon des Sportprogramms war ein Pferdeturnier, das erstmals parallel zum Stadtfest durchgeführt wurde. Die kleinen Gäste konnten in „Schneewehen“ aus Schaumstoffkrümeln herumtollen.

Das Festprogramm nahm am Ufer Peter des Großen beim Ozeanmuseum seinen Anfang mit Ruder- und Segelregatten, an denen eine nie dagewesene Zahl von Booten teilnahm. Jachten aus der Republik Litauen, der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, Segelboote, Kanus und Motorboote lagen am Anlegeplatz beim Sportkomplex „Junost“ an und verschönerten das Stadtbild während der beiden Festtage.

Bei der großen Lotterie konnte der Hauptgewinn, ein Auto, nicht vergeben werden, weil mehr als 5000 Lose nicht verkauft wurden, darunter offenbar auch das Gewinnerlos. Die Festgäste kümmerte das nicht weiter, denn gegenüber dem Dramentheater wartete bereits die nächste Attraktion auf sie: eine Oldtimer-Ausstellung, auf der sowohl alte russische Modelle unter einer wehenden sowjetischen Flagge und Wimpeln zu bewundern waren als auch nicht-russische Autos wie der „Trabant“ aus der damaligen DDR und der westdeutsche Volkswagen „Käfer“.

Den Abschluss des Festes bildete wieder ein Feuerwerk, diesmal musikalisch unterlegt. Es dauerte über 15 Minuten lang. Erstmals

> Erstmals fand das Fest statt im Juli im September statt

wurden die Raketen an mehreren Orten gleichzeitig gezündet: am Haus der Räte, am Einkaufszentrum „Staraja Baschnja“ und am Schlossteich. Für das Feuerwerk wurde Pyrotechnik aus China, Spanien, Italien und Russland verwendet, insgesamt wurden über 3000 Feuerwerkskörper in die Luft geschossen.

In diesem Jahr schlug das Stadtfest alle Rekorde, sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Zum einen gab es eine Rekord-Besucherzahl von über 100 000. Zum anderen mussten aus dem Königsberger Zentrum nach zwei Festtagen 800 Kubikmeter leere und zerschlagene Flaschen entfernt werden. Mehr als bei der 750-Jahrfeier.

Diesmal ging es auch nicht ohne Opfer ab. Während des Feuerwerks fiel ein Mann von einer der Pregelbrücken und starb. Zwei weitere Menschen konnten gerettet werden. Sie waren nach dem Feuerwerk im Bereich des Fischdorfs ins Wasser gefallen. Außerdem kippte auf dem Pregel ein Boot um. In den meisten Fällen waren die Verunglückten alkoholisiert. Insgesamt gab es unter den Festteilnehmern mehr Betrunkene als in den Vorjahren. Und obwohl die Veranstalter diesmal genügend Biotoiletten aufgestellt hatten, wurden diese nicht von allen genutzt, was auch noch am nächsten Tag deutlich wahrzunehmen war.

Die Antialkoholkampagne hat im Königsberger Gebiet gerade erst begonnen. Wenn sie Erfolg hat, kann man ihre Auswirkungen vielleicht beim nächsten Stadtfest spüren. *Jurij Tschernyschew*

Jubiläumsfeier in der Heimat

Zehn Jahre Kirchenförderverein Allenburg – Renovierung macht Fortschritt – Kirchenglocke gesucht

An einem herrlichen Sommertag feierte der „Förderverein Allenburger Kirche und Pflege kultureller Zwecke und Einrichtungen, Völkerverständigung e. V.“ in Allenburg sein zehnjähriges Bestehen. Er tat dies mit 120 Personen, die in zwei Bussen aus der Bundesrepublik angereist waren. Mehrere Personen waren auch mit ihrem Privatwagen gekommen. Die Busreisenden machten mit ihrer Geldspende ein schönes Programm für die Kinder des Dorfes möglich. Eine Hüpfburg, ein Diskjockey, eine Torwand, Dosenwerfen, Eierlaufen und so weiter verhinderten Langeweile. Am Ende erhielt jedes Kind einen Preis in Form von Gesellschaftsspielen und Süßigkeiten. So waren die Kleinen bestens versorgt, während sich die Busreisenden auf der Wiese am Schleusenwärterhaus im Schatten der Apfelbäume mit Kaffee und Kuchen von einer langen Tagestour erholten. Den Kuchen hatten zum größten Teil die Mitglieder der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Allenburg gebacken.

Nach einer Stunde des Genießens musste aber zum Aufbruch gemahnt werden, denn die Kinder des Kindergottesdienstes warteten schon ungeduldig auf die vielen Gäste. Sie hatten recht lange vorher ein Spiel und Lieder eingeübt. Jetzt wollten sie endlich zeigen, was sie gelernt hatten. Es klappte alles wie am Schnürchen und alle waren begeistert von den Darbietungen der Kinder. Ein Mädchen bezauberte besonders mit seiner schönen Stimme. Die Busgäste bedankten sich mit kräftigem Applaus, 80 Tafeln Schokolade sowie Fußball- und Tennisbällen, die sie nach der Aufführung verteilten.

Im Anschluss an die Vorführung feierte der Verein in seiner freige-

> Neue Kirchentür dank Spende der Landsmannschaft

räumten Kirche gemeinsam mit der evangelischen Gemeinde Allenburgs und deren Pastor Alexander Burgart einen Gottesdienst. Propst Jochen Löber erschien auch und brachte die Übersetzerin Olga mit. Sie übersetzt jeden Sonntag den Gottesdienst in der Auferstehungskirche in Königsberg. So konnten auch die russischen Besucher die Predigt verstehen. Die Gesänge wurden von Alexander Maibach auf seiner Hammondorgel begleitet. Weitere Gäste waren Pater Eduard von der katholischen Gemeinde in Tapiau und Propst i. R. Erhard Wolfram, der auch die Predigt hielt. Propst Löber überreichte der Gemeinde und den Vereinsmitgliedern gerahmte Sprüche von Dietrich Bonhoeffer.

Zum ersten Mal seit mehr als 60 Jahren hatten die Gäste und jetzigen Einwohner das Kirchenschiff durch die wunderschöne neue Tür im Portal betreten können. Eine Spende der Landsmannschaft Ostpreußen hatte den Verein in die Lage versetzt, die Tür nach historischem Vorbild von 1925 anfertigen zu lassen. Eine Vollholzkassettentür mit einem Querbalken, auf dem in altdeutscher Schrift „Eine feste Burg ist unser Gott“ eingeschnitzt ist, ziert jetzt das Portal. Natürlich gibt es rundherum noch viel zu tun, Ziersteine müssen erneuert werden und neuer Putz angebracht. Doch der Eingang ist wieder frei zugänglich. und die schöne Tür fällt sofort auf.

Weil man immer ein Ziel vor Augen haben muss, um etwas zu erreichen, spart der Verein jetzt auf eine Glocke. Der Glockenstuhl ist noch fast komplett erhalten. Vielleicht weiß ja jemand, wo eine Glocke nicht mehr benötigt wird. Für einen Hinweis wäre der Verein sehr dankbar. *Ute Bäsmann*

Ehrung

Joachim Mertes Ehrenbürger Oppelns

Joachim Mertes, Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz, ist zum diesjährigen Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen dem Bundesland und der Woiwodschaft Oppeln von der Woiwodschaft zum Ehrenbürger ernannt worden. Mit Mertes wird der Gründer und Vorsitzende des früheren Freundschafts- und heutigen Partnerschaftsvereins Rheinland-Pfalz/Woiwodschaft Oppeln geehrt. Die Ehrung nahm der Woiwodschaftsparlamentsvorsitzende Bogusław Wierdak vor, der auch die Laudatio hielt.

Joachim Mertes

Mertes reagierte erfreut auf die Ehrung, denn sie bedeute, dass man sich noch mehr einander genähert habe. Dies sei ein Zeichen dafür, „dass trotz der Distanz, die Polen und Deutsche trennte", es gelungen sei, „gemeinsam den Weg zur Einheit zurückzulegen, über alle Einteilungen hinweg zu wirken und sich zu integrieren". „Ein Ehrenbürger der Woiwodschaft Oppeln zu sein" bedeute „zugleich ein Mitglied der Europafamilie zu sein".

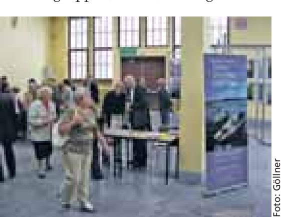
Bereits im Januar hatte Wierdaks Stellvertreter Ryszard Donitza auf dem Festakt im rheinland-pfälzischen Landtag aus Anlass des Jubiläums zehn Jahre Partnerschaftsverband bekanntgegeben, dass Oppelns Woiwodschaftsparlament die Ehrung Mertes mit der höchsten Auszeichnung der Region beschlossen habe. Mit dieser hohen Ehre solle der große persönliche Einsatz von Mertes gewürdigt werden, die vielfältigen Kontakte, vor allem im Bildungs-, Wirtschafts- und Sportbereich, mit Leben zu füllen. *PAZ*

Niederschlesien im Mittelpunkt

In Breslau fand das III. Kulturfestival der deutschen Volksgruppe statt

Am 12. September fand in der Jahrhunderthalle auf dem Breslauer Ausstellungsgelände das III. Kulturfestival der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen statt. Das Treffen stand unter der Schirmherrschaft der beiden Innenminister Grzegorz Schetyna (Polen) und Wolfgang Schäuble (Deutschland). Ausrichter und für die Organisation verantwortlich waren der Verband deutscher Gesellschaften in Polen und die Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft in Breslau. Schon zum dritten Mal stellten sich die in der heutigen Republik Polen verbliebenen Deutschen ihren polnischen Landsleuten vor, um somit einen Beitrag zur Verständigung und Versöhnung zu leisten. Dabei wirkt die deutsche Volksgruppe als authentischer Botschafter der deutschen Kultur und Lebensweise und befördert so den Dialog zwischen Deutschen und Polen.

Die Veranstaltung begann mit einer durch den Erzbischof Marian Gołebiewski gelesenen Messe im Breslauer Dom. Das weitere Kulturprogramm fand ab 12 Uhr in der Jahrhunderthalle statt, beginnend mit dem Verlesen der Grußworte und den Begrüßungsreden. Bis in den späten Abend hinein folgten dann zahlreiche Vorführungen verschiedener Tanzgruppen, Chöre, Gesangssolisten und Blasorchester. Gleichzeitig präsentierten in den Gängen um den großen Hauptsaal zahlreiche Vereine und Gesellschaften aus Polen wie auch aus Deutschland ihre Arbeit und Aktivitäten.



Interessierte Besucher des Festivals Foto: Göllner

Da das diesjährige Festival in Niederschlesien ausgetragen wurde, stand diese Region mit ihrer verbliebenen deutschsprachigen Bevölkerung im Mittelpunkt der anwesenden Vereine. Aber auch die Ostpreußen und ihre Heimat waren dort gut vertreten. Aus dem südlichen Ostpreußen waren der Chor „Vaterhaus" und die Tanzgruppe „Rotkäppchen" aus Allenstein sowie die Tanzgruppe „Saga" aus Bartenstein angereist, um nur einige zu nennen. Auch aus der Bundesrepublik Deutschland wurden die Ostpreußen vertreten. Dies übernahm das Kulturzentrum Ostpreußen aus Ellingen mit der durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen geförderten Fotografie-Ausstellung des Allensteiner Künstlers Mieczysław Wieliczko „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren". Parallel zur Ausstellung wurde ein eigens für das Festival erstellter Bildband mit über 50 Fotografien in Anwesenheit des Künstlers vorgestellt. (Dieser kann für fünf Euro über das Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen, bezogen werden.)

Wie schon seine Vorgänger fand das diesjährige Kulturfestival regen Anklang bei seinen Besuchern. Die Veranstaltung war bis zum Ende des Kulturprogramms gegen Ende 20 Uhr derart gut besucht, dass sich kaum ein freier Sitzplatz in der Halle finden ließ. Für alle Aussteller und Besucher war es ein gelungener Beitrag der internationalen Verständigung und des kulturellen Austausches. *Enrico Göllner*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der Sommer meinte es noch einmal gut, als er zum Abschied ein paar herrliche Sonnentage spendierte. Und damit das Treffen der „Königsberger Kinder" im Ostheim in Bad Pyrmont vergoldete und so spürbar zu seinem Gelingen beitrug. Wie ich selber feststellen konnte, denn ich hatte mich dazugesellt, um von ihren Problemen zu erfahren. Denn wenn sie auch schon längst die Kinderschuhe ausgetreten haben, sind die Druckstellen auch nach einem halben Jahrhundert spürbar. Wie **Rosemarie Mueller**, die heute in den USA lebt und nur in Gedanken an diesem Treffen teilnehmen konnte, in ihrem in englischer Sprache erschienenen Buch „Are We Russian Children Now?" schreibt: „Nach Meinung vieler Erwachsener sind wir Kinder, die den Krieg und seine Nachwirkungen überlebt hatten, gut mit den Entbehrungen und Gräueltaten des Krieges fertig geworden. Wirklich? Ich leide immer noch unter Angstträumen, und schweißgebadete Nächte sind Teil meines Lebens. Ich behielt viele meiner schmerzlichsten Erinnerungen für mich und blieb eine sehr junge, stumme Augenzeugin." Sie war bei Kriegsende erst sechs Jahre alt gewesen, wie manche der rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem zwanglosen Treffen, das von allen gemeinsam gestaltet wurde, weil es dem Gespräch und dem gegenseitigen Austausch der Erfahrungen und Empfindungen dienen sollte. Den Stein ins Rollen hatten Frau **Hannelore Neumann**, Karben, und Frau **Helga van de Loo**, Bonn, gebracht, die für ihre Initiative und die Realisierung des Vorhabens den herzlichen Dank der Teilnehmenden ernten konnten. Und man konnte es spüren: Einem Menschen, der das Gleiche erlitten hatte wie man selber, öffnet man sich leichter, wenn auch manchmal nur einen Spalt breit.

So wie Frau Hannelore Neumann erklärte: „Erst jetzt im Alter sind wir in der Lage, darüber zu sprechen, uns über diese schrecklichen Ereignisse auszutauschen, den Druck von unseren Seelen zu lösen, zu mindestens aber zu lindern." Die Zwanglosigkeit dieses Treffens tat ein Übriges, man merkte es an den immer lockerer werdenden Gesprächen. Erfreulich ist für mich und damit die „Ostpreußische Familie", dass sich einige Teilnehmerinnen aufgrund der Veröffentlichung in unserer Kolumne gemeldet hatten. Darunter auch zwei Freundinnen, die während des Russeneinfalls getrennt wurden, jede auf ihre Weise Furchtbares erlebte und überlebte, und sich durch unsere Ostpreußische Familie wieder gefunden hatten. Andere wären gerne dabei gewesen, konnten aber aus verschiedenen Gründen nicht kommen, sandten aber Grußworte oder Schilderungen ihres Schicksals. Am Ende der „Königsberger Kindertage" stand dann die Frage: Was hat mir das Treffen vermittelt, was konnte ich mit nach Hause nehmen? Vielleicht ergeben sich die Antworten aus weiteren Gesprächen. Denn alle Teilnehmer äußerten den Wunsch, in Verbindung zu bleiben und hoffen auf weitere Zusammenkünfte



Gruppenbild mit Ruth Geede: Die Teilnehmenden des Treffens der „Königsberger Kinder" im Garten des Ostheims in Bad Pyrmont Bild: privat

Wie immer und erst recht bei solch einem Treffen kommen die ungelösten Schicksalsfragen auf den Plan. Ich brachte den in der letzten „Familien"-Folge veröffentlichten Suchwunsch von Herrn **Heiko Mende** vor, der für seine Mutter, die als **Brigitte Henseleit** in Königsberg geboren wurde, nach deren – angeblich sieben – Geschwistern und anderen Familienangehörigen sucht. Als etwa Dreijährige war sie in das Waisenhaus Ponarth gekommen, das zu den schlimmsten der Region gehörte. Das bestätigten auch einige Teilnehmerinnen, die ebenfalls in Ponarth gewesen waren. Zu diesem Fall: Ich konnte in Folge 39 nur die E-Mail-Adresse von Herrn Mende angeben, inzwischen habe ich die volle Adresse und auch die Genehmigung, diese zu veröffentlichen: Heiko Mende, Vetschauer Straße 44 in 01237 Dresden, Telefon (0351) 2769028.

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

In Ponarth enden auch die letzten Lebenszeichen der kleinen Schwester von **Ingrid Heisler**, geborene **Philipp**. Die Familie stammte aus Metgethen. **Rosemarie** Philipp, * 29. Mai 1941, war zuvor im Kinderlager Juditten gewesen. Die Schwestern hatten zum letzten Mal im August 1947 Kontakt, dann riss die Verbindung ab. Seitdem ist nichts über das Schicksal des damals sechsjährigen blonden Mädchens bekannt. Diese Frage ist telefonisch an Frau Helga van de Loo herangetragen worden wie auch eine weitere, die von Frau **Brunhilde Szeles** geborene **Danneberg** gestellt wird. Sie betrifft deren jüngere Schwester **Erika** Danneberg, * 29. Mai 1941. Im Februar 1945 wurde die Familie auf ihrem in Nedau, Kreis Labiau gelegenen Hof brutal von den Russen überfallen. Dabei wurde Erika von ihren Angehörigen getrennt und wird seitdem vermisst. Vielleicht können ehemalige Nachbarn etwas über das Schicksal des damals vierjährigen blonden Mädchens aussagen?

Etwas genauere Angaben können **Erika Köck** und **Rosemarie Schaefer** zu ihrem Suchwunsch machen. Die beiden aus Lindenau im Samland stammenden Schwestern waren im Juli 1945 von Frau **Marianne Fürstenau** aus Rauschen aufgenommen worden, die aufopferungsvoll für die beiden Mädchen sorgte. In dem furchtbaren Winter 1945/47 fand Frau Fürstenau die 13-jährige **Waltraud Blum** aus Königsberg, die sich in einer Scheune verkrochen hatte. Das Mädchen wollte Verwandte in Neukuhren aufsuchen, konnte aber wegen seiner erfrorenen Füße nicht mehr laufen. Frau Fürstenberg nahm das Kind mit nach Hause und päppelte es wieder auf. Waltraud wollte der Frau danken, die sie gerettet hatte, indem sie heimlich Wäschestücke von der Leine nahm, die anderen noch dagebliebenen Deutschen gehörten. Sie wollte diese auf dem Markt verkaufen. Dabei wurde sie entdeckt und lief aus Angst vor einer Bestrafung fort. Seitdem wurde sie nicht mehr gesehen. Was wohl aus Waltraud Blum geworden ist? So fragen sich die Schwestern und geben den Suchwunsch an unsere Familie weiter. (Erika Köck / Rosemarie Schäfer, Pfirsichweg 1 in 12524 Berlin, Telefon 030/6731422.)

Immer wieder erregen die ostpreußischen Jostenbänder Aufmerksamkeit durch ihre wunderschönen Muster und leuchtenden Farben. Sie werden nicht nur an der Kleidung getragen, sondern zieren auch Taschen und schmücken Tische. Die ganze Vielfalt dieser gewebten Bänder will Frau **Hildegund Hergenhan** in einem Buch herausstellen, wie uns Frau **Dagmar Adomeit** mitteilt, und dafür die Hilfe unserer Ostpreußischen Familie erbitten. In Heimatstuben und in privaten Sammlungen dürften noch Jostenbänder vorhanden sein, aber auch in Familienbesitz könnten sich welche befinden. Frau Bergenhan ist besonders an unbekannten Mustern interessiert, um auch über Herkunft und Verwendung der Bänder umfassend berichten zu können. Über jeden „Fund" würden sich die Suchenden freuen. (Zuschriften bitte an Hildegund Hergenhan, Starnberger Straße 63 A in 24146 Kiel, Telefon 0431/781429, oder Frau Dagmar Adomeit, Wassertor 6 in 35066 Frankenberg, Telefon 06451/21164.)

Also, langsam wird es mir unheimlich. Da habe ich – nicht zuletzt durch das Buch „Die Heimat nehmen wir mit" von **George Turner** ausgelöst, das viele Salzburger Familien auflistet – Spuren zu meinen Vorfahren gefunden, entdecke dazu in nicht wenigen Briefen Namen von Menschen, die irgendwann und irgendwo meinen langen Lebensweg kreuzten, da springt mich aus dem Schreiben von Herrn Assessor jur. **Michael Wiesemann** aus Hitzacker wieder ein Name an, der in unseren Familienpapieren verzeichnet ist. Allerdings nicht als Verwandter irgendwelchen Grades, sondern als Trauzeuge! Der Kaufmann **Carl Wiesemann** aus Stallupönen hat nämlich meinen Eltern beigestanden, als sie 1903 die Ehe schlossen. Nun merkt man sich ja gewöhnlich nicht die Trauzeugen der Eltern, aber bei mir prägte sich der Name deshalb ein, weil auch einer meiner Trauzeugen so hieß. Der war allerdings Hamburger und hatte mit der ostpreußischen Familie, die aus dem Salzburgischen stammt, nichts zu tun. Es gibt nämlich allein in der Bundesrepublik über 1700 „Wiesemänner", wie der Jurist aus Hitzacker festgestellt hat, aber wir können die Gesuchten einkreisen: am und um den Stallupöner Markt! Michael Wiesemann ist nämlich der Enkel des Kaufmanns Carl Wiesemann, dessen Geburts- und Heiratsdaten nicht bekannt sind. Er benötigt diese aber für seine Salzburger Forschung, denn ein Urahn ist wahrscheinlich aus Südtirol von einem der beiden Wiesemannhöfe nach Salzburg eingewandert und von dort nach Preußen gezogen. Für die Forschung in den Salzburger und Innsbrucker Archiven muss er aber die Linie ab 1907 rückwärts nachweisen können. In den Zentralarchiven in Berlin und Leipzig kommt er nicht weiter, die Aufzeichnungen enden dort im 19. Jahrhundert. Seinen Vater konnte er leider nie fragen, denn der Frauenarzt Dr. med. **Hans Wiesemann** ist seit Oktober 1944 vermisst, er blieb im Budapester Kessel.

Ruth Geede Foto: Pawlik

Carl Wiesemann müsste um 1880 geboren sein und hat wohl Anfang des 20. Jahrhunderts geheiratet. Er besaß damals in der Goldaper Straße 25 (später Nr. 4) ein Geschäftsgrundstück und betrieb dort eine Pferdeausspannstation mit zugehörigem Handel. Das Geschäft wurde dann von seinen Söhnen **Karl** (Geburtsdatum unbekannt) und **Fritz**, * 1909, übernommen, die es als Fachgeschäft für Tuche und Stoffe weiterführten. Karl Wiesemann verstarb 1954 in Wittenberge/damals DDR. Sein Bruder Fritz war mit **Maria Adelheit Jednat** verheiratet, deren Familie das gegenüber gelegene Baugeschäft gehörte. Anlieger des atriumartig, in einem großen Innenhof gebauten Wiesemann-Hauses waren die Familien **Schweighöfer** und **Lösment**. Herr Michael Wiesemann würde sich freuen, wenn er über Ratschläge zur Familienforschung hinaus auch alte Fotos oder Postkarten von der Goldaper Straße, auf denen das großväterliche Geschäft zu sehen ist, bekäme. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass es noch einen weiteren Kaufmann Wiesemann in Stallupönen gab, der am Markt einen Stahl- und Baustoffhandel hatte. Verwandtschaft soll nicht unmittelbar bestanden haben. Leider hat Michael Wiesemann zu dieser Familie keinen Kontakt, weiß auch nichts über deren Verbleib. (Assessor jur. Michael Wiesemann, Schulweg 8 in 29456 Hitzacker)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Falkowski, Charlotte, geb. **Warda,** aus Prostken, Hindenburgstraße 39, Kreis Lyck, jetzt Sülfelder Straße 17, 23869 Elmenhorst, am 10. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bodsch, Elfriede, geb. **Kiehl,** aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Lindenplan 33, 39120 Magdeburg, am 6. Oktober

Pilch, Elfriede, geb. **Manko,** aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Lemberger Str. 68, 66955 Pirmasens, am 5. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Niewierra, Gustav, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Staufenstraße 2, 73240 Wendlingen, am 9. Oktober

Widder, Erna, geb. **Thomer,** aus Braunsberg, jetzt Paderborner Straße 58, 28277 Bremen, am 6. Oktober

Wiesinger, Ida, geb. **Donder,** aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Lutherstift-Schusterstraße 15, 42105 Wuppertal, am 8. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blaas, Irmgard, geb. **Wick, verw. Sablowski,** aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Gertrud-Woker-Straße 31, 40589 Düsseldorf, am 11. Oktober

Jänsch, Kurt, aus Königsberg, jetzt Manteuffelstraße 16, 32423 Minden, am 9. Oktober

Neumann, Charlotte, geb. **Schirmacher** aus Sorgenau, Kreis Samland, jetzt Am Hogenkamp 6, 28307 Bremen, am 5. Oktober

Soldanski, Erna, geb. **Zech**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, jetzt Görtzhof 33, 45891 Gelsenkirchen, am 9. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Juckel, Bernhard, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, jetzt Sonnenbergsweg 15, 27299 Langwedel, am 8. Oktober

Sadlowski, Charlotte, geb. **Brandt,** aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Döringskamp 18, 38518 Gifhorn, am 15. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bank, Dr. Rudolf, aus Ortelsburg, jetzt Inselstraße 8, 40479 Düsseldorf, am 5. Oktober

Ilkow-vel, Olynyk, Wanda, geb. **Eckert**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Hagenholt 13, 48324 Sendenhorst, am 9. Oktober

Romeni, Gertrud, geb. **Schulz,** aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Gärtnerstraße 20, 42369 Wuppertal, am 7. Oktober

Sanio, Erich, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Zipstraße 11, 44339 Dortmund, am 9. Oktober

Zibell, Ursula, geb. **Marklein, verw. Barczewski,** aus Königsberg, jetzt Altenheim Vinzenz Haus, 46045 Oberhausen, am 30. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Lucka, Charlotte, geb. **Pawallek,** aus Saadau, Kreis Ortelsburg, jetzt Rabboltstraße 16, 44319 Dortmund, am 2. Oktober

Neumann, Gertrud, geb. **Nelz**, aus Groß Windheim, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 2, 24631 Langwedel, am 5. Oktober

Westphal, Wanda, geb. **Riechert**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Verdunstraße 6, 83026 Rosenheim, am 5. Oktober

Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen

München – Den 10. Jubiläums-Kirchentag veranstaltet die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen, am Sonnabend, 10. Oktober, 10 Uhr, St. Matthäuskirche, Gemeindesaal, Sendlinger-Tor-Platz. Die Predigt hält Propst Jochen Löber aus Königsberg. Anschließend wird der Kirchentag fortgesetzt im nahe gelegenen Mathildensaal des evangelischen Handwerkervereins München, Mathildenstraße 4. Nach dem Mittagessen gibt Probst Löber einen Bericht zur kirchlichen Situation in der Propstei Königsberg. Es singt der Ostpreußenchor München. Näheres und Anmeldungen, auch für das Mittagessen, bei Pfarrer Werner Ambrosy, Telefon und Fax (089) 6114400.

Kulturhistorisches Seminar

Bad Pyrmont – Vom 2. bis 6. November findet im Ostheim wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, wird sich die Tagung mit den Wendepunkten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert beschäftigen. Der einleitende Vortrag von Enno Eimers beschäftigt sich mit dem Jahr 1919 und der Frage, ob die Republik von Weimar eine Demokratie ohne Demokraten gewesen ist. Im Anschluss daran spricht Hartmut Kiehling über die Weltfinanzkrisen von 1929 und 2008 im Vergleich. Auch ein Blick auf die Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 darf nicht fehlen: Ulrich Matthee wird über die fünf Pariser Vorortverträge und über den Umbruch Europas nach dem Absturz der drei Schwarzen Adler berichten. Über Ursachen des Zweiten Weltkrieges, des „Krieges, der viele Väter hatte", referiert General a. D. Gerd Schultze-Rhonhof. Die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 sind die Themen eines Vortrages von Helmut Grieser. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 sowie den Auswirkungen der welthistorischen Wende von 1989/90 auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands.

Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen nimmt die LO, Herr Wenzel, Buchtstraße 4, in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400825, E-Mail: wenzel@ostpreussen.de gerne entgegen.

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bork, Irmgard, geb. **Karp, verw. Jobst,** aus Treuburg, Markt 20, Kreis Treuburg, jetzt Alexander Puschkin Straße 11, 04610 Meuselwitz, am 11. Oktober

Brauns, Marta, geb. **Gortat**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Oberer Haldenweg 35, 87439 Kempten, am 10. Oktober

Everts, Anna, geb. Krause, aus Fuchsberg, Kreis Samland, jetzt Börsenstraße 155, 42675 Solingen, am 7. Oktober

Gensing, Frieda, geb. **Schreiber,** aus Korschen, Kreis Treuburg, jetzt Moorstraße 24, 66885 Altenglan, am 9. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Augustin, Kurt, aus Königsberg, jetzt Amselweg 5, 53757 Sankt Augustin, am 22. September

Bittlingmayer., Klara, geb. **Jonseck,** aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Eichhagener Straße 19, 57462 Olpe, am 10. Oktober

Blum, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermannsberger Straße 5 A, 29303 Bergen, am 2. Oktober

Gollenbusch, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Pixwaag 17, 42499 Hückeswagen, am 5. Oktober

Hass, Hildegard, geb. **Nitschkowski,** aus Lyck, jetzt Berliner Straße 13A, 61348 Bad Homburg, am 10. Oktober 1919

Jucknischke, Gertrud, geb. **Makowska,** aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Schlenke 10, 51708 Marienheide, am 10. Oktober

Kühl, Friedrich, aus Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Heidebad 9, 21614 Buxtehude, am 10. Oktober

Posdziech, Kurt, aus Bottau Kreis Ortelsburg, jetzt Wieckedestraße 16, 23554 Lübeck, am 10. Oktober

Raab, Irmgard, geb. **Korthals,** aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 9 A, jetzt Friedrich Nadig Haus, Senner Hellwig 208, 33689 Bielefeld, am 12. September

Schneider, Marie, geb. **Brozio,** aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Am Ziegenkopf 45, 58515 Lüdenscheid, am 7. Oktober

Schäfer, Elfriede, geb. **Hendrian,** aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Theodor-Heuss-Straße 7, 33607 Bielefeld, am 7. Oktober

Sdunkowski, Gertrud, geb. **Kondzialkowski,** aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Sägematte 3, 79183 Waldkirch, am 8. Oktober

Ulrich, Hildegard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Taunusstraße 50, 65183 Wiesbaden, am 9. Oktober

Weiß, Rotraut, geb. **Lengnick**, aus Gallgarben, Kreis Samland, jetzt Allensteiner Straße 82, 33415 Verl, am 8. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Eva, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Marburger Straße 10, 63628 Salmünster, am 5. Oktober

Browarzik, Paul, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 133, 06493 Badeborn, am 8. Oktober

Budzinski, Irene, aus Neidenburg, jetzt Uelzener Straße 41, 21335 Lüneburg, am 11. Oktober

Denner, Elfriede, aus Lyck, jetzt Alpenrosenweg 1, 87534 Oberstaufen, am 6. Oktober

Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Drosselweg 9, 42579 Heiligenhaus, am 10. Oktober

Hesse, Margarete, geb. **Fischer,** aus Treuburg, Ludendorffring, Kreis Treuburg, jetzt Aueweg 4, 34613 Schwalmstadt, am 10. Oktober

Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki,** aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Talsperrenstraße 23, 42369 Wuppertal, am 10. Oktober

Jauß, Hildegard, geb. **Stegat**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Lampmirjen 13, 27578 Bremerhaven, am 5. Oktober

Kowalski, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Sigmund-Freud-Straße 42, 60435 Frankfurt am Main, am 5. Oktober

Mathes, Irmgard, geb. **Brzoska,** aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Voxtruper Straße 18, 49802 Osnabrück, am 5. Oktober

Onescheit, Ruth, aus Königsberg, Am Hochgericht 2, jetzt Zur Bleiche 16, 32052 Herford, am 1. Oktober

Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 98, 09648 Altmittweida, am 8. Oktober

Sakrewski, Hans, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Bernburger Straße 10, 39439 Güsten, am 9. Oktober

Schulz, Elfriede, geb. **Breitmoser,** aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Althoffstraße 11, 45899 Gelsenkirchen, am 8. Oktober

Stolzke, Waltraut, geb. **Friedel,** aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 4, 26603 Aurich, am 10. Oktober

Ulrich, Else, geb. **Schulz**, aus Königsberg-Juditten, jetzt Sentastraße 9, 32756 Detmold, am 8. Oktober

Wortmann, Ilse, aus Königsberg, jetzt Stauffenbergstraße 9, 29223 Celle, am 9. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bodenburg, Gerda, geb. **Hoemke,** aus Fischhausen, jetzt Heinrich-Rau-Straße 3, 39218 Schönebeck, am 5. Oktober

Brömstrup, Eva, geb. **Rosegeit,** aus Königsberg, Farenheidstraße 33, jetzt Goldbreede 3. 49078 Osnabrück, am 9. Oktober

Daniele, Ursula, geb. **Makossa,** verw. **Saikowski,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt 1/21 Albert Street, Annerly 4103 Brisbane, Australien, am 7. Oktober

Ellmers, Ingeborg, aus Elbing jetzt Sandbergstraße 19, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 6. Oktober

Gilster, Waltraut, geb. **Butzkies,** aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Holtorfer Straße 21, 31582 Nienburg, am 10. Oktober

Grohs, Günther, aus Kastauen, Kreis Elchniederung, jetzt Chausseestraße 35, 14778 Brielow, am 9. Oktober

Grund, Rosemarie, geb. **Jodjohn,** aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Franziska-Tiburtius-Straße 16, 18435 Stralsund, am 11. Oktober

Grunwald, Margret, geb. **Rehberg,** aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Schwuchtstraße 31A, 06120 Halle/Saale, am 6. Oktober

Hassenstein, Georg, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, jetzt Dohrener Brook 15, 21255 Tostedt, am 11. Oktober

Heine, Gisela, geb. **Kapitzki,** aus Reimannswalde Kreis Treuburg, jetzt Straße der Freundschaft 31, 17449 Karlshagen, am 7. Oktober

Horn, Emil, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Riekeweg 3, 32457 Porta Westfalica, am 1. Oktober

Kaes, Ursula, geb. **Czinzel,** aus Weinoten, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bonhoeffer Straße 4, 49170 Hagen, am 5. Oktober

Karl, Betty, geb. **Haller,** aus Kussen, Kreis Schloßberg, jetzt Tristanstraße 3, 45473 Mülheim an der Ruhr, am 6. Oktober

Kowalewski, Oskar, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, jetzt Landra-Christian-Evers-Straße 4, 27729 Holste-Steden, am 6. Oktober

Krause, Ernst, Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Uhlandweg 1, 57223 Kreuztal, am 5. Oktober

Krogull, Lothar, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 118, 51373 Leverkusen, am 10. Oktober

Kuhli, Eva, geb. **Wiechert**, aus Polennen, Kreis Samland, jetzt Bergäcker 10, 31137 Hildesheim, am 6. Oktober

Kunze, Herta, geb. **Wuzke,** aus Prohnen, Kreis Mohrungen, jetzt Grube Alfred 5, 39240 Calbe, am 11. Oktober

Lorenz, Harry, aus Georgenheim, Kreis Gerdauen, jetzt Bornholtz 24, 59581 Warstein, am 7. Oktober

Matzeit, Horst, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Rödenbeckstraße 135, 28832 Achim, am 8. Oktober

Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Veehstraße 33, 40231 Düsseldorf, am 7. Oktober

Nowotzin, Horst, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Alte-Neufracher-Straße 34, 88682 Salem, am 2. Oktober

Nowozin, Gerhard, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, jetzt Arntstraße 28, 32312 Lübbecke, am 9. Oktober

Preisler, Albert, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 45, 53359 Rheinbach, am 4. Oktober

Punt, Dieter, aus Tilsit, jetzt Pillnitzer Weg 37, 15593 Berlin, am 8. Oktober

Schlegat, Herbert, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Sunthaimstraße 55, 88213 Ravensburg, am 5. Oktober

Schmidt, Erika, geb. **Helmke,** aus Transsau, Kreis Samland, jetzt Im Hofgarten 7, 57258 Freudenberg, am 7. Oktober

Slazak, Dora, aus Postnicken, Kreis Samland, jetzt Adlerstraße 13, 59075 Hamm, am 11. Oktober

Stümpert, Gerda, geb. **Krischik,** aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Pestalozzistraße 1, 60385 Frankfurt/Main, am 11. Oktober

Syska, Rudolf, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Adolphstraße 2-4, 50679 Köln, am 4. Oktober

Tewes, Lilly, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Luisenstraße 1A, 58511 Lüdenscheid, am 6. Oktober

Tietz, Hubert, aus Schulen, Kreis Treuburg, jetzt Rübelandweg 1, 39624 Kakerbeck, am 7. Oktober

Weiss, Irene, geb. **Mondry,** aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kampstraße 4, 48336 Sassenberg, am 4. Oktober

Wischnowski, Ernst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Rostocker Straße 11, 49090 Osnabrück, am 5. Oktober

Sonderausstellung

Itzehoe – Eine Sonderausstellung: „Geschichte der Schwesternschaft Ostpreußen" zeigt die Frauengruppe Itzehoe, aus Anlass des Kreistreffens der Preußisch-Holländer, im „Haus der Heimat", Hinterm Klosterhof 19, vom 19. bis 30. September, jeweils mittwochs und sonnabends, von 15 bis 17 Uhr. Immer noch gibt es innerhalb des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) eine Schwesterngruppe mit Oberin und Mutterhaus dieses Namens, die in Königsberg ihren Ursprung hat. Sie versorgt zum Beispiel das Krankenhaus Itzehoe seit der Flucht. Zusammengestellt wurde die Ausstellung durch Schülerinnen der angegliederten Schwesternschule.



Preußner, Willi, aus Korschen, Kreis Rastenburg und Frau Irmgard, geb. **Zimmer**, aus Deutsch Eich, Kreis Gleiwitz/Schlesien, jetzt Kühlerstraße 15, 47445 Moers, am 8. Oktober

Mikoleit, Walter, aus Trappen, Kreis Tilsit-Ragnit und Frau Gisela, geb. **Marquardt**, aus Berlin, jetzt Pudewer Straße 116, 12557 Berlin, am 1. Oktober

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



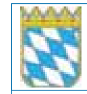
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 6. Oktober, 15.30 Uhr, Besuch der Ausstellung: „Kinderlandverschickung im Dritten Reich“ im Odenwälder Freilandmuseum, Walldürn-Gottersdorf. Abfahrt um 15 Uhr vom Rathaus Hainstadt, Musterplatz Buchen und Volksbank Walldürn. – Sonnabend, 17. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest mit Tombola in der Pfarrscheune, Buchen-Hainstadt. Wolfgang Holt wird seinen Film „Reise durch die Baltischen Länder“ vorführen. Eine gemütliche Kaffeetafel mit Kuchenspenden und danach Schmandhering mit Pellkartoffeln werden die Besucher erfreuen.

Reutlingen – Sonnabend, 3. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6, Reutlingen. Obligatorisches Kaffeetrinken und Kuchenessen, Begrüßung und Bericht der Ersten Vorsitzenden Ilse Hunger nach langer Sommerpause. Anschließend Gedanken zum Erntedank durch den Zweiten Vorsitzenden Lm. Praß. Danach haben Landsleute, die in der Heimat waren, die Gelegenheit, über Erlebnisse und Veränderungen in der Heimat zu berichten. Weitere Vorträge von Frau Zeiss stehen auf dem Programm. Eine Tombola wird wieder vorbereitet. Um Spenden für den Erntegabentisch wird gebeten, abzugeben bei Ilse Hunger, Telefon 52541. Dazu sind alle herzlich eingeladen. Jeder neue Gast ist herzlich willkommen.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 8. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“. Es werden die Urlaubserlebnisse des Sommers berichtet.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Donnerstag, 8. Oktober, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. Lm. Klingenberg hält einen Diabericht über Elbing: „Ansichten von der wiederaufgebauten Stadt, Kahlberg, Strandleben auf der Frischen Nehrung, Haffküste, Tolkemit und Frauenburger Dom“. – Bei der letzten Zusammenkunft sprang Lm. Krawolitzki für den verhinderten Lm. Klingenberg ein. Er zeigte einen Film über seine Reise – zusammen mit seinem Neffen – durch Masurens. Er führte den Zuschauern die wunderbare Landschaft Masuren vor Augen. Ein sehr gelungener Film, der mit Freude von den Anwesenden aufgenommen wurde.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Treffpunkt Auf der Lände.

Kitzingen – Freitag, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfeier in „Deutschen Kaiser“, Kitzingen.

Landshut – Dienstag, 6. Oktober, Besichtigung des „Haus der Heimat“ in Landshut.

Memmingen – Sonnabend, 3. Oktober, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Stadthalle.

München Nord / Süd – Sonnabend, 10. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Kaffeetafel und anschließend zeigt Hans-Joachim Pfau den Film „Ännchen von Tharau.“ – Freitag, 16. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Rosenheim – Mittwoch, 14. Oktober, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Entenessen im Gasthaus Höhensteiger.

Weiden – Sonntag, 4. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfest im Heimgarten.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in den „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lötzen – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in den „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



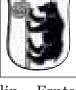
Sensburg – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in den „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



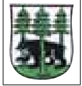
Bartenstein – Sonnabend, 10. Oktober, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1–3, 14153 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



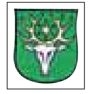
Heilsberg – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Benno Böse, Telefon 7215570.



Rößel – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



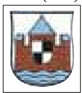
Rastenburg – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Erntedank, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Wehlau – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Bräustübl, Bessemerstraße 84, 12103 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 14. Oktober, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 102, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 17. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 17. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Emil Drockner, Telefon 8154564.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

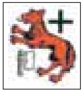
LANDESGRUPPE

Mittwoch, 21. Oktober, 15 Uhr, **Gruppenleitertreffen** im Haus der Heimat, Teilfeld 8, Hamburg.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 7. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahnstation Christuskirche. Mit lustiger Musik, ein paar Vorträgen und guter Laune wird das Fest gefeiert. Der Eintritt ist frei, aber es wird um eine Gabe für den Erntetisch gebeten. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonntag, 4. Oktober, 14 Uhr, Herbstfest im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Dazu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, um bei Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag (Ostpreußen – wie es war) einige gesellige Stunden miteinander zu verbringen, und in Erinnerungen schwelgen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bis zum 2. Oktober bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag 5 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 7. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kulturelles Programm ist geplant. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest („Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder und der Herbst beginnt“) der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf gelegen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel wird man unter der Erntekrone bei Musik und Gesang gemütlich beisammen sein. Spenden für den Erntetisch werden dankbar entgegengenommen. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen.



Sensburg – Sonntag, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. Oktober, 12 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Es gibt ein Schamdschinken-Essen mit buntem Programm. Anmeldungen unter Telefon (040) 7545878.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 10. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg. Es gibt einen Bericht über das Treffen in den USA: „275 Jahre Einwanderung Salzburger Emigranten“ von Dr. Schlemminger. Anschließend berichtet Silke Stratmann über ihre Arbeit im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.



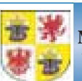
Hessen

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Mittwoch, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 6. Oktober, 15 Uhr, im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr hält Karla Weyland einen Vortrag zum Erntedankfest: „Unser täglich Brot gib uns heute“.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Oktober, Treffen der Gruppe zur Erntedankfest-Feier, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Sonn-

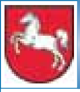
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Lüneburg – Einen feierlichen Ostpreußischen Heimatgottesdienst veranstaltet die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen am Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, in der Johanniskirche Lüneburg. Der Gottesdienst wird ökumenischen Charakter haben, zu dem auch Gäste aus dem südlichen Ostpreußen eingeladen sind.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

abend, 3. Oktober, von 10 bis 17 Uhr, 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, Jahn-Sport-Forum (Schwedenstraße / Kulturpark). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Hotels: Hotel am Ring, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 5560 (Preise: DZ 65 Euro, EZ 55 Euro inklusive Frühstück, bei Gruppen Rabatt, Kennwort: „Ostpreußentreffen"), Parkhotel, Windbergsweg 4, Telefon (0395) 55900; Hotelberatung Neubrandenburg Bettina Rennack, Telefon (039606) 20499.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

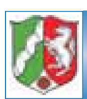
Buxtehude – Freitag, 9. Oktober, 10.30 Uhr, Tagesausflug: „Fahrt zum Elchessen nach Sittensen" und Besuch des „Tister Bauernmoor". Abfahrt: 10.30 Uhr Busabfahrt ZOB Buxtehude, 10.35 Uhr Marktkauf / Post, 10.40 Uhr Apensener Straße / Denkmal, 10.45 Uhr Apensener Straße / Wachtelburg. Weitere Haltepunkte in Apensen und Beckdorf können abgesprochen werden. Mittagessen in Sittensen, Landhaus de Bur. Auf der Speisekarte stehen Elchbraten oder ein vegetarisches Gericht. Weiterfahrt nach Burgsittensen. Hier erwartet eine Kaffeetafel die Gruppe, anschließend fährt man mit der Moorbahn. Im Preis von 45 Euro sind enthalten: Mittagessen, Kaffeegedeck und Moorbahnfahrt. Anmeldungen umgehend unter Telefon (04161) 3406.

Göttingen – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Ratskeller", Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Oktober, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Begegnungsstätte" Schützenwall 4.

Rinteln – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Friedhelm Gorski wird den Film „Die Samlandbahn" zeigen. Neben den Mitgliedern sind Freunde und Interessierte als Gäste herzlich willkommen. Informationen über die Arbeit der Gruppe gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.

Osnabrück – Sonnabend, 10. Oktober, Erntedanknachmittag in der Osnabrück-Halle. Anmeldungen bei Xenia Sensfuß, Telefon 430751, oder Gertrud Franke, Telefon 67479. – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 5. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt" in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld. – Donnerstag, 15. Oktober, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 6. Oktober, 19 Uhr, Ausstellung und Bericht über „Königsberg in Kaliningrad", im „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74. Referenten sind Dr. Renate und Prof. Dr. Günter Brilla von der „Prussia".

Ennepetal – Sonnabend, 10. Oktober, 16 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in der „Rosine".

Düsseldorf – Sonnabend, 10. Oktober, 11 Uhr, Gedenkstunde „60 Jahre LM Ostpreußen – Gruppe Düsseldorf" im Eichendorff-Saal, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 15. Oktober, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, mit Imbiss.

Essen – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe.

Gevelsberg – Freitag, 16. Oktober, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest mit Verlosung und gemütlichem Beisammensein mit Musik im „Keglerheim", Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 5. Oktober, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 8. Oktober, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Kontakt und Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 6. Oktober, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im Kolping Hotel International. St. Apern, Helenenstraße 32. Es um entsprechende Erntevorträge geben. Eine Tombola mit den Gaben vom Erntetisch, ist vorgesehen, die Gaben werden dann auch für einen guten Zweck versteigert.

Leverkusen – Sonnabend, 10. Oktober, feiert die Gruppe ihr Erntedankfest. Zusammen mit den Mitgliedern, Familien und Gästen wird dieses traditionelle und heimatbezogene Fest begangen. Der Chor „Heimatmelodie" (Leitung Max Murawski) singt zum Fest passende Lieder. Die Tanzgruppe „die flotten Marjellchen und Bowkes" (Leitung Christa Mehlmann) führt schöne Tänze auf. Vertreten ist ein Bauernpaar mit Knechten und Mägden. Es werden schöne Erntekörbe ausgelost. Zum bunten, kulturellen Programm tragen unter anderem bei: die Solistin des Chores Hedwig Zentek, das Darbietungskünstler-Duo Hedwig Zentek und Else Huget. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mühlheim (Ruhr) – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum 60jährigen Jubiläum des Bestehens der Gruppe im „Handelshof". Anschließend heimatliches Essen.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 3. Oktober 2009, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im „Dülkener Hof", Lange Straße 54. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Kostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 5 Euro pro Person. Spenden für die Erntedankverlosung werden bis zum 2. Oktober erbeten (An der Hees 15). Musikalisch wird Rudi Schmiedel den Nachmittag mit dem Akkordeon begleiten. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Bei uns ist jeder Gast herzlich willkommen.

Wesel – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, traditionelles Erntedankfest der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4. Verschiedene Darbietungen mit der beliebten Tombola und vielen schönen Preisen stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl wird wie immer gesorgt. Anmeldungen umgehend bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.

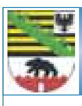


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 2. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfest im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Gaben für den Erntetisch werden gern entgegengenommen. – Freitag, 9. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 8. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im „Bestehornhaus" Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Mittwoch, 14. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Dinggruppe im Waldweg 14. – Montag, 12. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im „Krötenhof".

Magdeburg – Dienstag, 6. Oktober, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Sonntag, 11. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 13. Oktober, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen" in der Immermannstraße 19.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

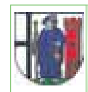
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Malente – Sonntag, 4. Oktober,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Das Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen fand zum 54. Male statt – ein Zeichen für die stete Bindung der Allensteiner an ihre Heimatstadt ebenso wie für die enge Verbundenheit von Allenstein mit ihrer Paten- und Partnerstadt Gelsenkirchen. Das betonten auch beide Redner auf der Feierstunde in Schloss Horst. Aber vorangegangen war in gewohnter Weise die Stadtversammlung der gewählten Stadtvertreter. Sie nahmen die Tätigkeitsberichte der Funktionsträger entgegen und befanden auch über den finanziellen Rahmen für das nächste Jahr. Erfreulich war die Zahl der Zuhörer, insbesondere der Gäste aus Allenstein, unter ihnen auch das Ehepaar Supady, das schon seit 17 Jahren deutsche Sprachkurse der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) leitet und auch für deren „Allensteiner Nachrichten" schreibt.

Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach berichtete zunächst über den guten Bestand der Stadtgemeinschaft, der immer noch fast 3000 Allensteiner in aller Welt umfasst, und über einen guten Geschäftsverlauf. Dazu gehören Druck und Versand des Allensteiner Heimatbriefes, für den eine kleine Redaktion mit großen Erfolg verantwortlich ist, die gute Selbstdarstellung im Internet sowie die Verteilung von 6000 Euro aus der „Bruderhilfe" an Bedürftige in Allenstein. Der Vorsitzende lobte auch den guten Verlauf des „Kopernikus-Stipendiums" für eine Allensteiner Studentin der Germanistik an der Universität in Siegen. Auf Wunsch der Universität in Allenstein soll aber nun die technische Fakultät berücksichtigt werden und Gottfried Hufenbach hat deshalb mit der Fachhochschule Gelsenkirchen Kontakt aufgenommen und ein entsprechendes Stipendium ausgeschrieben. Zu berichten war auch über die guten Kontakte zu den Stadtoberen von Gelsenkirchen und Allenstein.

Die Feierstunde als Hauptveranstaltung fand wieder in Schloss Horst statt. Von den machtvollen Klängen des Bläser- und Posaunenchors Gelsenkirchen musikalisch umrahmt wurden die Begrüßungsansprachen gehalten. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach gedachte dabei auch der Frauen, Männer und Kinder, die auf der Flucht ihr Leben lassen mussten, die auf dem Haff ertranken, die verschleppt wurden oder später fern ihrer Heimat gestorben sind. Er erinnerte an die im Goldenen Buch der Stadt Allenstein festgehaltene Vereinbarung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten Allenstein und Gelsenkirchen sowie der Stadtgemeinschaft und dem besonderen Anliegen, die Begegnung zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen zu fördern. Die Stiftung des Kopernikus-Stipendiums war in diesem Sinne und hat zum Erfolg und zur Fortsetzung geführt.

Der Bürgermeister von Gelsenkirchen Klaus Hermandung erinnerte an zwei besondere Gedenktage dieses Jahres, die auch für die Zusammenarbeit von Gelsenkirchen und Allenstein bedeutsam wurden, an den 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs mit allen schrecklichen Folgen und an das 60jährige Bestehen unseres Grundgesetzes, das eine Wiederholung solcher Schrecknisse endgültig verhindern und ein neues friedliches Miteinander aller Menschen ermöglichen soll. Die Jahrestreffen seit 54 Jahren und die Partnerschaft von Gelsenkirchen und Allenstein hätten dies im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen schon sichtbar verwirklicht. Der Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Allenstein Piotr Grzymowitz konnte zu diesem Treffen nicht kommen, weil er zur gleichen Zeit zum zehnjährigen Jubiläum der Partnerschaft mit Offenburg Gastgeber für die Vertreter aller Allensteiner Partnerstädte, auch für den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen war. Er hatte aber ein schriftliches Grußwort geschickt, das die langjährige gute Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinschaft als Verein der ehemaligen Bewohner von Allenstein betonte. Er nannte sie „wundervolle Botschafter für die Gestaltung der gemeinsamen Geschichte" und „Verbündete im Kampf um die geschichtliche Wahrheit". Weiter heißt es in diesem von Herrn Hufenbach verlesenen Grußwort: „Wenn wir euer Jubiläumsfest zusammen feiern, manifestieren wir damit unser Streben nach der Vertiefung der deutsch-polnischen Verständigung." Er lobte insbesondere das Kopernikus-Stipendium und wünschte ein gelungenes Treffen mit vielen außergewöhnlichen Erinnerungen und wichtigen Entscheidungen. Das Ostpreußenlied und die Nationalhymne wurden gespielt und gesungen, bevor Oskar Delberg zu Tanz und Unterhaltung aufspielte Dieser Teil des Treffens lockte noch einmal viele Allensteiner, besonders vom Landkreis, zum Besuch, so dass die für 400 erwarteten Besucher gefertigten Eintrittsplaketten nicht einmal ausreichten. Es hätten deutlich mehr sein können. Natürlich gab es auch Ausstellungsstände, die nicht nur von der Stadtgemeinschaft, sondern auch von der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land mit Schriften, Bildbänden und Karten gut bestückt waren. Eine Ausstellung mit alten Karten von Ostpreußen und einige Filme über das alte Ostpreußen zeigte noch der Stadtvertreter Bruno Mischke. Nicht unerwähnt kann natürlich auch die Gelegenheit zum Schabbem, zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen bleiben. Sie ist immer ein Anreiz für die Teilnahme am Jahrestreffen. sicherlich auch für das nächste, das vom 17.–19. September 2010 wiederum in Gelsenkirchen stattfinden wird.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuer Vorstand – Dem aufmerk-samen Leser ist es bestimmt aufgefallen. Das Bild in der Folge 39, auf Seite 19, zeigte natürlich den neuen Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Sollte sich bei dem einen oder anderen Leser Verwirrung eingestellt haben, bittet die Redaktion dies zu entschuldigen

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil stellt die für vier Jahre gewählten Mitglieder des Kreistages vor, welcher in der Mitgliederversammlung am 12. September 2009 (nach § 6 der Satzung vom 10. September 2005 und der Wahlordnung vom 6. September 1997) gewählt wurden – **Kirchspiel 01 – Balga**; Kirchspielvertreter: Neumann-Holbeck, Günter, geb. 27. Februar 1931, aus Follendorf, wohnhaft in 21149 Hamburg, Neugrabener Bahnhofstraße 71, Telefon (040) 7016862; Stellvertreter: Ohnesorge, Erwin, geb. in Balga, wohnhaft 22047 Hamburg, Tilsiter Straße 63c. **Kirchspiel 02 – Bladiau**; Kirchspielvertreter: Wien, Konrad, geb. am 15. Februar 1935, aus Groß Windkeim, wohnhaft in 21075 Hamburg, Alter Postweg 64, Telefon (040) 30067092; Stellvertreter: Milewski, Wolfgang wohnhaft in 53879 Euskirchen, Carmanstraße 11, Telefon (02251) 59603. **Kirchspiel 03 – Brandenburg**; Kirchspielvertreter: von Platen, Hans-Hartwig, geb. am 2. April 1953 Vorfahren stammend aus Brandenburg, wohnhaft in 74257 Untereisesheim, Im Scharfhaus 17, Telefon (07132) 43964; Stellvertreter: Perbandt, Ernst, geb. am 12. März 1931, in Brandenburg, wohnhaft in 26931 Elsfeth, Telefon (04404) 2295. **Kirchspiel 04 – Deutsch Thierau**; Es lagen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 05 – Eichholz**; Es lagen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 06 – Eisenberg**; Kirchspielvertreterin: Stelljes, Helga, geb. 21. August 1954, Vorfahren stammend aus

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

- **25. bis 27. September**: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **25. bis 27. September**: 7. Kommunalpolitischer Kongress
- **12. bis 18. Oktober**: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont
- **23. bis 25. Oktober**: 2. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg
- **2. bis 6. November**: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont
- **7. / 8. November**: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

- **6./7. März**: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
- **24./25. April**: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein
- **26. Juni**: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird gesondert hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Seminar Werkwoche

Hamburg / Bad Pyrmont – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier gemeinsam mit den Pommern und Schlesiern in der Maria-Magdalenen-Kirche. Pastor Becker wird zum Erntedankfest sprechen. Im Anschluss findet im Haus der Kirche, Janusallee 5, ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen statt, bei dem jeder mit persönlichen Beiträgen zum Gelingen des Nachmittages beitragen kann.

Neumünster – Mittwoch, 7. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Es wird Erntedank gefeiert. – Neumünster – Anfang September traf sich die Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Man konnte den Landesvorsitzenden und Landeskulturwart Edmund Ferner begrüßen. Man gedachte Hildegard Podzuhn, die nach langer Krankheit am 12. Juli 2009 verstarb. Die Erste Vorsitzende Brigitte Profé hielt einen Rückblick auf ihre langjährige Arbeit als Kulturwartin in der Kreisgruppe. Nach der Kaffeepause berichtete Brigitte Profé über die Tätigkeiten in der langen Sommerpause. Im Juni hatten ging der Jahresausflug nach Hamburg mit der Schifffahrt auf der Alster. Im Juli traf die Gruppe sich zur Mitarbeiterversammlung im Café Scheffler. Nach der Geburtstagsgratulation der Mitglieder referierte Edmund Ferner: „Was ist unser deutsches Vaterland?" 700 Jahre Deutschland. Lange Perioden der Ruhe und des Friedens. 60 Jahre Grundgesetz. Die acht Bundeskanzler. Die Bundesrepublik genießt in der Welt großes Ansehen und nimmt den dritten Platz ein. Unter anderem sprach er an: Beachtlich die fruchtbare Entwicklungshilfe, die Pressefreiheit, die Asylbewerber, die antiautoritäre Erziehung, Gerechtigkeit, religiöse Erziehung gehört zum Schulunterricht. Hat die Jugend eine Vorstellung wie die Menschen gelebt haben? Der Verfall unserer deutschen Sprache. Die 27 Nationen, die die Gemeinschaft bilden. Ostpreußen, das Land zwischen Weichsel und Memel, mit der Schönheit der Landschaft, mit seinem Erbe für Ostpreußen, mit den Städten und dem unsterblichen Immanuel Kant. Dann die Schwesterprovinz Westpreußen. Danzig, die Perle an der Ostsee, mit ihrem Krantor, die Marienburg, die vielen bedeuteten Städte. Westpreußen mit den historischen Baudenkmälern. Die berühmten Persönlichkeiten wie Arthur Schoppenhauer, Emil von Behring, Nicolaus Copernicus. Vaterland ist das Land, in dem man geboren oder aufgewachsen ist. Edmund Ferner hat das alles in Erinnerung gebracht. Verständlich, ausführlich und interessant war der Vortrag. Er hatte aufmerksame und dankbare Zuhörer. Vielen Dank. Er trug außerdem noch zwei lustige Geschichten vor. So etwas hören die Mitglieder gern.

Betrifft: »TAG DER HEIMAT«

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat" statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht abgedruckt werden.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

Rauschbach, wohnhaft in 27574 Bremerhaven, Hertzstraße 11, Telefon (0471) 306575; Stellvertreterin: Ruhnke, Elke, geb. am 15. April 1966, Vorfahren stammend aus Eisenberg und Hohenfürst, wohnhaft in 42369 Wuppertal, Remscheiderstraße 195, Telefon (0202) 461613. **Kirchspiel 07 – Grunau-Alt Passarge**; Kirchspielvertreterin: Schemmerling de Claret, Heidrun, geb. am 18. Juni 1939 in Königsberg, wohnhaft in 79848 Bonndorf, Im Letten 14, Telefon (07703) 7980; Stellvertreter: Roos, Dieter, geb. 15. November 1954, Vorfahren stammend aus Hohenfürst, wohnhaft in 53604 Bad Honnef, Auf der Helte 13, Telefon (02224) 4179. **Kirchspiel 08 – Heiligenbeil-Land**; Kirchspielvertreter: Coch, Martin, geb. am 22. März 1935, in Heiligenbeil-Abbau, wohnhaft in 50226 Frechen, Im Flachsgarten 13, Telefon (02234) 57814; Stellvertreter: Perbandt, Christian, geb. am 26. Oktober 1960, Vorfahren stammend aus Schirten, wohnhaft in 31275 Lehrte, Im Stegefeld 1, Telefon (05132) 57052. **Kirchspiel 09 – Heiligenbeil-Stadt**; Sassermann, Siegmar geb.1939 in Heiligenbeil, wohnhaft in 90518 Altdorf, Röthenbacherstraße 15, Telefon (09187) 8399; Hoffmann, Herta geb. 26. Januar 1939 in Rosenberg, wohnhaft in 21682 Stade, Hahler Weg 28, Telefon (04141) 6896696; Schulz, Siegfried, geb. 6. August 1939 in Heiligenbeil, wohnhaft in 58540 Meinerzhagen, Zum Rothenstein 22, Telefon (02354) 4408. **Kirchspiel 10 – Hermsdorf-Pellen**; Es lagen keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 11 – Hohenfürst**; Kirchspielvertreterin: Ruhnke, Elke, geb. am 15. April 1966, Vorfahren stammend aus Hohenfürst und Eisenberg, wohnhaft in 42369 Wuppertal, Remscheiderstraße 195, Telefon (0202) 461613; Stellvertreter: Hantel, Rüdiger, geb. am 25. April 1949, Vorfahren stammend aus Bönkenwalde, wohnhaft in 47475 Kamp-Lintfort, Moerserstraße 277, Telefon (02842) 330877. **Kirchspiel 12 – Lindenau**; Für dieses Kirchspiel lagen keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 13 – Pörschken**; Es lagen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 14 – Tiefensee**; Woike, Kurt geb. am 23. Juli 1940 in Arnstein, wohnhaft in 53332 Bornheim, Graue-Burgstraße 177, Telefon (02227) 908570; Stellvertreterin: Kohn, Margot geb. in Tiefensee, wohnhaft in 06886 Lutherstadt-Wittenberg, Amselweg 5, Telefon (03491) 414618. **Kirchspiel 15 – Waltersdorf**; Ollmann, Liselotte, geb. am 3. November 1928 in Waltersdorf, wohnhaft in 23812 Wahlstedt, Rußweg 14, Telefon (04554) 6175. **Kirchspiel 16 – Zinten-Land**; Kirchspielvertreterin: Lenz, Irmgard, geb. 17. Juli 1936 in Maggen, wohnhaft in 88074 Meckenbeuren, Eichelen 31, Telefon (07542) 4649; Stellvertreter: Schmidt, Bernd, geb. am 19. Dezember 1943 in Plössen, wohnhaft in 25578 Dägeling, Heideweg 24, Telefon (04821) 84224. **Kirchspiel 17 – Zinten-Stadt**; Stadtvertreterin: Reyentanz, Viola, geb. am 25. September 1961, Vorfahren aus Zinten, wohnhaft in 04932 Hirschfeld, Großenhainerstraße 5, Telefon (035343) 433; Stadtvertreter: Dreher, Siegfried, geb. 11. Mai 1937 in Zinten, wohnhaft in 22927 Großhansdorf, Papenwisch 11, Telefon (04102) 61315.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

57. Jahreshaupttreffen der Insterburger in Krefeld – Vom 9. bis 11. Oktober 2009 findet das 57. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt und Land e. V. in der Patenstadt Krefeld statt. Alle Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Auch Kinder und Enkel sind herzlich willkommen.

Gesamtprogramm – Freitag, den 9. Oktober: Die Jahreshauptversammlung der Mitglieder der Ratsversammlung und des Kreisausschusses von Insterburg Stadt und Land e. V. findet am Freitag, dem 9. Oktober, 15 Uhr, im Sitzungssaal C 2, im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1 statt. Die Tagesordnung kann bei der Geschäftsstelle in Krefeld angefordert werden. Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld. **Freitag, den 9. Oktober**: ab 18 Uhr, Treffpunkt Brauerei Gleumes, Sternstraße 12–13, 47798 Krefeld, Plachandern und Schabbern mit allen, die schon da sind. **Sonnabend, den 10. Oktober**: 9.30 Uhr, für unsere Gäste, die aus der Innenstadt Krefelds kommen (Hotelgäste und Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen), fährt um 9.30 Uhr vom Seidenweberhaus (Bushaltestelle St. Anton-Straße) ein Bus zur Kirche und zum Veranstaltungslokal Haus Kleinlosen nach Krefeld-Verberg. 10 Uhr, Gottesdienst in der Christus-König-Kirche, Zwingenbergstraße 108, 47802 Krefeld-Verberg. 11 Uhr, Abfahrt mit einem Bus zum Totengedenken und Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer von Gewalt, Flucht und Vertreibung, auf dem Zentralfriedhof Krefeld-Elfrath. Ab 12 Uhr, Gelegenheit zum Mittagessen in der Gaststätte Haus Kleinlosen Zwingenbergstraße 116, 47802 Krefeld, Telefon (02151) 561313, Internet: www.haus-kleinlosen.de. Ab 14.30 Uhr, Festveranstaltung, Begrüßung, Programm mit Vorträgen und Musik unter Mitwirkung des Gitarrenchors „Alt und Jung gemeinsam unterwegs“ sowie mundartliche Gedichte und Geschichten mit Carola Maschke und Bruno Romeiks, Ausstellung zum 80. Todestag von Frieda Jung erstellt von Klaus Marczinowski, anschließend gemütliches Beisammensein, Gelegenheit zum Abendessen. **Sonntag, den 11. Oktober**: ab 10 Uhr, Besichtigung der Insterburger Stuben zum Ausklang des Jahreshaupttreffens, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld-Uerdingen, Gelegenheit zum Mittagessen in den Gaststätten rund um den Marktplatz in Uerdingen. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in heimatlicher Gemeinschaft. Da uns das Traditionslokal „Et Bröckske“ nicht mehr zur Verfügung steht, findet die Veranstaltung in der Gaststätte Haus Kleinlosen in Krefeld-Verberg statt. Durch die neuen Räumlichkeiten und Bewirtungsmöglichkeiten wäre es für unsere Planung sehr hilfreich, wenn wir im Vorfeld schon einmal wüssten, mit wie vielen Teilnehmern wir in etwa rechnen können. Dazu können Sie sich gerne jederzeit mit unserem Büro in Krefeld in Verbindung setzen. Dort können Sie auch einen Anfahrtsplan / Wegbeschreibung erhalten. Wir freuen uns auf Ihre Nachricht. Telefon (02151) 48991, Fax: (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Vollversammlung und Kreistreffen – Einladung der Kreisgemeinschaft zu Vollversammlung am 3. Oktober, 17.30 Uhr, im Hotel Bad Minden, Portastraße 365, 32429 Minden. Tagesordnung: Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Vollversammlung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin, Neuwahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V., Verschiedenes. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Kreisvertreterin Gisela Broschei.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Neues von „Tohus“ – In unserem „Tohus“-Heft erscheinen immer wieder Ergebnisse dieser Nach-forschungen. Manfred Zink hat sich dabei den „Firmendokumentationen der Stadt Labiau“ verschrieben. Er sucht dabei ständig nach Material beziehungsweise Informationen, außerdem die Adressen von ehem. Beschäftigten oder Nachkommen der Inhaber. Deshalb dieser Aufruf auch in der *PAZ/OB*, zusätzlich zum Tohus-Heft, da es eventuell Personen gibt, die etwas dazu beitragen können. Dabei sind auch zum Beispiel Erlebnisse beim Einkauf gemeint, vielleicht gibt es sogar noch Original-Rechnungen und sonstige Belege? Bitte nehmen Sie Kontakt mit Manfred Zink, Frau-Holle-Pfad 4, 38165 Lehre-Flechtorf, Telefon (05308) 520108 auf. Bartsch (Fleischerei) Fotos; Becker (Radio) Fotos und Infor-mationen; Bendrien (Fleischerei) Belege/Anzeigen, Informationen; Doerfling (Drogerie) Informationen; Donnerstag (Autos, Fahrräder) was hat der Firmeninhaber nach 1945 beruflich gemacht, wann ist er gestorben?; Fester (Tischlerei) Fotos und Informationen; Brauerei Labiau Informationen; Hirsch (Schuhgeschäft) Informationen; Kallweit (Fleischerei) Fotos und Belege, Anzeigen; LKlein, Klempnerei Informationen; Matz, Drogerie Informationen; Brauerei Ponarth (Zweig-stelle) Fotos, Belege, Anzeigen; Paulowski (Elektro) Informationen; Schilling (Malerei, Laden) Informationen; Stadthaus (Bäckerei) Informationen; Szelinski (Fuhrwesen) Informationen; Vereinsbank Informationen; Wagner (Uhren, Schmuck) Informationen; Wichmann (Milchladen) Informa-tionen; Zippert (Uhren, Schmuck) Fotos und Informationen. Denken Sie bitte auch daran, Ihre Berich-te, Fotos oder ähnliches für das Tohus-Heft beziehungsweise das Torhaus an die Kreisvertreterin zu schicken. Wir wollen dokumentieren, präsentieren, vortragen – kurzum „DER“ Ansprechpartner für alles rund um den Kreis Labiau sein. Danke für Ihre Mitarbeit!



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Unser Heimattreffen in Bochum – war mit 420 Personen wieder gut besucht. Natürlich haben auch wir durch Tod und körperliche Gebrechen unserer Landsleute alle zwei Jahre bei unserem großen Treffen in der Patenstadt Bochum einen Besucherrückgang von etwa zehn bis 15 Prozent zu verzeichnen. Im Vergleich zu anderen Kreisgemeinschaften dürfen wir trotz allem mit der Anzahl der erschienenen Mitglieder hoch zufrieden sein. Die Begrüßung und die einleitenden Worte erfolgten durch den Kreisvertreter Jürgen Szepanek. Leider durch Krankheit verhindert war der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Neidenburg. Albert Wylengowski. Das geistliche Wort und die Totenehrung sprach Pfarrer Alfred Powierski. Umrahmt wurde die Feierstunde von dem seit vielen Jahren bei den Neidenburgern auftretenden und beliebten Andza-Chor. Der musikalische Auftritt der Eheleute Martin Kowalski mit ihren beiden Söhnen war eine gelungene Überraschung. Nicht nur alle übrigen Besucher, sondern auch die anwesende 93jährige Groß- beziehungsweise Urgroßmutter der Vorführenden, hatten erstmals ihre Freude an diesem jungen Quartett. In Vertretung der Oberbürgermeisterin unserer Patenstadt Dr. Ottilie Scholz, sprach die Bürgermeisterin Erika Stahl ein Grußwort. Der Vortrag von Lorenz Grimoni. über „Königsberg einst und jetzt – Die Bedeutung für die deutsche Kultur und Geistesgeschichte“ fand große Anerkennung. Im Foyer war die bereits Pfingsten 2008 in Berlin gezeigte Ausstellung „Ostpreußens Landwirtschaft“ zu sehen. Sicher eine Bereicherung des Treffens, zumal der Kreis Neidenburg bekanntlich sehr von der Landwirtschaft geprägt war. Dem Aufruf nach Vorkriegsfotos zum Ablichten für spätere Generationen wurde vielfach Folge geleistet. Auch die Stände für Ahnenforschung und Literatur waren stark umlagert. Nach einem gelungenen Heimattreffen traten gegen 18 Uhr die letzten Besucher ihren Heimweg an.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Dem Volk aufs Maul geschaut

Zusammengetragen von Felix Arndt und in »Worte aus Ostpreußen« veröffentlicht (Teil 3)



sich aufführen = sich schlecht benehmen
aufgedonnert = auffallend und geschmacklos gekleidet
aufgekruschelt = sehr lebhaft, ein bisschen aufgeregt
aufgepulvert = durch Medizin oder Kaffee munter gemacht
aufgeschirrt = zu früh fertig angezogen wartend
aufgetakelt = auffallend gekleidet
aufkraßeln = Ordnung machen
auflungern = auflauern
aufmucksen = sich zur Wehr setzen
aufpäppeln = einen geschwächten Menschen gut pflegen
sich aufplustern = sich prahlen, großtun
aufrebbeln = Gestricktes aufmachen
sich aufrebbeln = sich übermäßig Mühe geben
aufwaschen, abwaschen = benutztes Geschirr säubern, spülen
ausbaldowern = auskundschaften
ausbüchsen = ausreißen, weglaufen
Ausch'chen = Augustchen
ausdifteln = ausdenken
auseinanderprudeln = Verworrenes in Ordnung bringen, z. B. Wolle
ausfusseln = ein Gewebe löst sich am Rande auf
ausgeblechte Kehl = die hat, wer viel Alkohol verträgt
ausgestiept werden = ausgeschimpft werden
ausgewaschen werden = vom Regen durchnässt werden
ausglutschen = ausgleiten
Ausguß = Abflussbecken für Schmutzwasser
ausknüllen = Schnaps austrinken
ausknieveln = etwas Schwieriges herausfinden, ausdenken
auskratzen = weglaufen
auslatschen = Schuhe austreten, so dass sie die Form verlieren



»Fremdes Zuhause«

Ausstellung im Freilichtmuseum Molfsee

Eigentlich hätte die Landsmannschaft Ostpreußen allen Grund, die seit dem 1. Juni laufende (die Ausstellung geht noch bis zum 26. Dezember 2010) Dauerausstellung im Bergenhusen-Haus im Freilichtmuseum Molfsee zu ignorieren, war doch die Trennung von ihr, ebenfalls von der Landsmannschaft Pommern und der Stadtgemeinschaft Tilsit seitens der neuen Museumsleitung im Jahr 2000 nicht gerade spannungsfrei und einfühlsam verlaufen.

Aber die preußische Tugend Toleranz sollte um der Sache willen Schatten und Negatives wegwischen.

Der zur Zeit beurlaubte Museumsdirektor Prof. Dr. Hermann Heidrich hatte den Anstoß zu dem Ausstellungsprojekt gegeben, das das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen und den Neubeginn in Schleswig-Holstein nicht nur für die Betroffenen und freiwillig ins Land Gekommenen darstellen sollte. Es sollte auch für die heutige Generation nachvollziehbar und verständlich gemacht werden, was für Schwierigkeiten beim Neuanfang in Stadt und Land entstanden. Kiel war 1945 zu 80 Prozent durch Bomben zerstört. Ungeheurer sozialer Sprengstoff lag in der Luft, wenn es nicht gelingen würde, eine einigermaßen menschenwürdige Lösung des Alltags für 1,2 Millionen Flüchtlinge im Land zu finden. Das betraf alle Lebensbereiche, Wohnungsbereich, Schule, Berufsleben, Versorgung mit dem Notdürftigsten an Nahrung und Kleidung.

Im Bergenhusen-Haus kann der Besucher in einer umfangreichen, durch viele Exponate ausgestatteten Ausstellung diese schwere Zeit des Neuanfanges nachvollziehen.

Durch einen Aufruf in den „Kieler Nachrichten“ Anfang März 2008 ist sehr viel Material zusammengekommen. Die Museumsvolontärin Ilka Hillstedt und der Kameramann Kay Gerdes haben viele Zeitzeugen besucht. Ihre Berichte sind unter anderem auf einer DVD zusammengefasst. Der Film wird in der Ausstellung selbst gezeigt und liegt auch in dem Begleitbuch „Fremdes Zuhause“ (ISBN 978-3-529-02800-7), Internet: www.wachholtz.de, es ist im Wachholtz-Verlag Neumünster 2009 erschienen und kostet 19,80 Euro.

Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich. Der Eintritt beträgt 7 Euro, die Öffnungszeiten sind täglich von 9 bis 18 Uhr. Es gibt abweichende Winteröffnungszeiten vom 1. November 2009 bis 28. März 2010 / sonntags von 11 bis 16 Uhr. Schleswig-Holsteinisches Freilichtmuseum e.V., Hamburger Landstraße 97, 24113 Molfsee, Telefon (0431) 659660. Diese Ausstellung soll in verkleinerter Form später im Haus Dahmsdorf, einer Armenkate, in der nach 1945 auch Flüchtlinge lebten, ständig gezeigt werden.

H. Berg



Greifbare Erinnerung: Exponate der Ausstellung in Molfsee. Bild: HB

Glühender Herbst

Verkaufsausstellung der Arbeitsgemeinschaft »Hilfe für Euch« im St. Johannis-Kloster

Zum 26. Mal stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“, am Sonnabend, 3. und Sonntag, 4. Oktober im Remter des St. Johannis-Klosters hochwertige Handarbeiten aus – diesmal unter dem Motto „Glühender Herbst“.

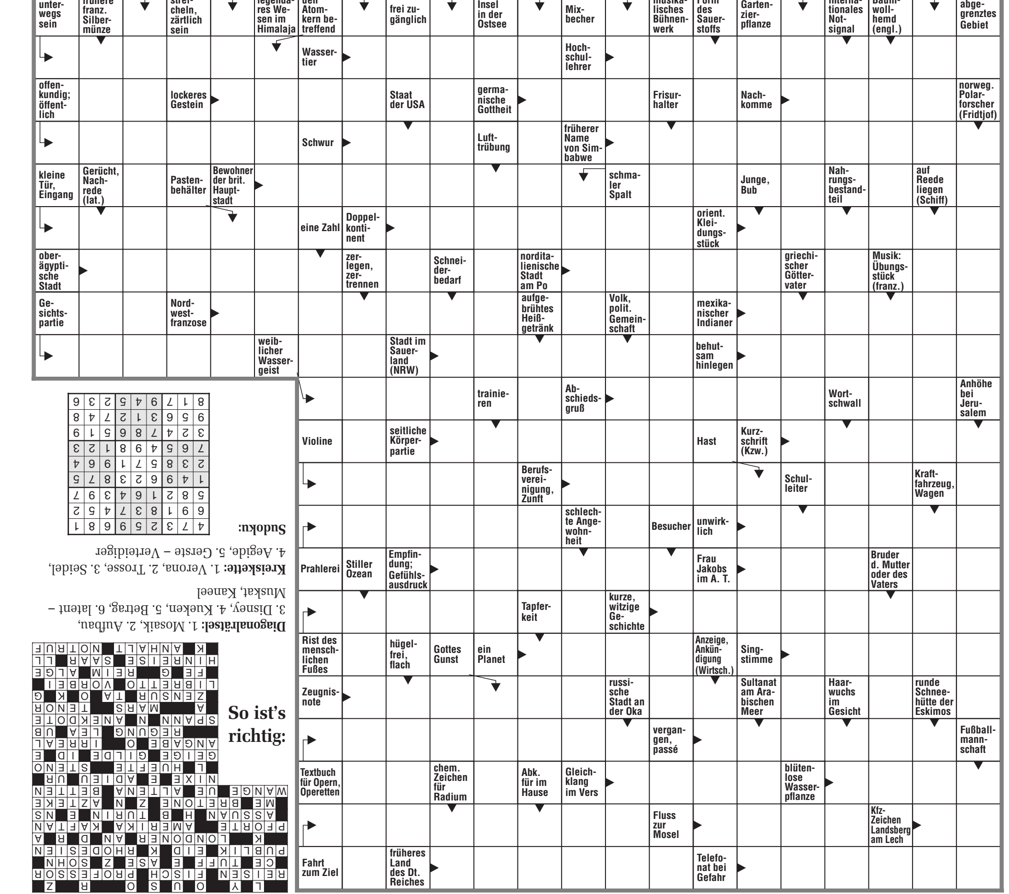
Die Handarbeiten wurden in Ostpreußen von Frauen gearbeitet, die damit ihre Familien unterhalten müssen. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bringen die Materialien vorbereitet dorthin und holen die fertigen Stücke wieder ab, um sie hier zum Verkauf anzubieten. Der Erlös geht an die Frauen und weitere notleidende Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit langem unterstützt.

In dieser Ausstellung werden dem Thema entsprechend Herbstmotive präsentiert. Da glüht es auf Decken und Kissen, Tüchern und Beuteln. Viele schöne und nützliche Dinge für Wohnzimmer, Küche und Bad werden gezeigt. Auch große und kleine Geschenkartikel können den Besucher erfreuen und zum Kauf anregen.

Für den Winter gibt es auch schon warme Socken, Mützen und Schals. Für Kinder ist mancherlei Besonderes ausgestellt wie zum Beispiel: Puppen und Spielmäuse, Beutel für Spielsachen und hochwertige Kleidung.

Bernsteinliebhaber finden eine gute Auswahl an ausgesucht schönen Stücken. Auch Honig aus Ostpreußen, Bärenfang und ungewöhnliche Grußkarten gehören zum Ausstellungsprogramm. Wer etwas Schönes erwerben und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft unterstützen möchte, hat am Sonnabend, 3. Oktober und Sonntag, 4. Oktober 2009 Gelegenheit dazu. Auch Kaffee und selbstgebackenen Kuchen kann man im Remter genießen.

Die Ausstellung ist an beiden Tagen von 10 – 18 Uhr geöffnet. Nähere Informationen bei Ulrike Madeya, Telefon (0431) 528004.



Sudoku

		3			9	6		1
		1	8				5	
			1	6	4			
		9					7	
2	3		5		1		6	4
	6					1		
			7	8	6			
	5				2	7		
8		7	9			2		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewürze.

1 Bildwerk aus bunten Steinen
2 Errichtung, Montage
3 amerikanischer Filmproduzent (Walt)
4 Junges der Henne
5 Summe, bestimmte Menge
6 verborgen, vorhanden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Fußballspielerposition.

1 Stadt in Oberitalien, **2** starkes Schiffstau, **3** Bierglas, **4** Schutz, Obhut, **5** Getreideart

Bezugspersonen sind nicht gewünscht

Der »Marsch durch die Institutionen« führt bis in den Kindergarten – Zweifelhafte Forderungen

Das Konzept des offenen Arbeitens in Kindergärten verlangt von den Betroffenen, Kindern wie Erziehern, ein großes Maß an Eigenverantwortung. Selbst Zweijährige sollen schon entscheiden, was gut für sie ist.

Kurz nach der Einstellung erfuhr die junge Erzieherin, dass ihr erster Arbeitsplatz nach Beendigung der Ausbildung im „Rollenspielraum" eines norddeutschen Kindergartens sein sollte. Zwar hatte sie schon mal vom „offenen Arbeiten" in diesem Bereich gehört, doch die Irritation, dieses theoretische Konzept in der realen Welt umgesetzt zu sehen, war groß. Statt jeden Tag dieselbe Gruppe annähernd gleichaltriger Kinder zu betreuen, änderte sich hier die Kinderschar in ihrer Zusammensetzung täglich. Jungen und Mädchen im Alter von zwei bis sechs Jahren dürfen hier jeden Morgen frei entscheiden, auf was sie an diesem Tag Lust haben. Der „Rollenspielraum" ist nur einer von verschiedenen Funktionsräumen.

Für Eltern, die sich über das „offene Arbeiten" informieren möchten, bietet die Gewerkschaft Erziehung und Wissen (GEW) Informationsmaterial an. „Eigenverantwortung als handlungsleitendes Prinzip in der offenen Arbeit" so die Überschrift des Kapitels, in dem die Wurzeln dieser Theorie in den 60er Jahren verortet werden. So geht das Konzept auf den vom Studentenführer Rudi Dutschke geforderten „Marsch durch die Institutionen" zurück. Damals stieg die Unzufriedenheit mit der pädagogischen Arbeit der überwiegend konfessionellen Kindergärten. Diese richteten und richten sich weitgehend nach den Anlässen, die sich aus den vier Jahreszeiten und den kirchlichen Festtagen ergaben und arbeiteten unter Zuhilfenahme vorgefertigter Beschäftigungsmaterialien wie Schablonen und gekauften Spielen. Das war den überwiegend linksstehenden Reformern zu wenig, wollten sie doch, dass jedes Kind als kleine Persönlichkeit gesehen wird, die eigenverantwortlich über ihr Tun entscheidet. Auch sollten die Erzieher aus ihrer Alltagsroutine herausgehoben werden, indem sie zusammen mit den Kindern Projekte planen und ausführen. In quent in erwünschte Arbeitsschritte und gelungene Produkte umsetzt", heißt es in den theoretischen Ausführungen des Diplom-Pädagogen Hans-Joachim Rohnke. Von den Kindern wird erwartet, dass sie sich um sich selbst gut kümmern können und dass sie eine gute Wahrnehmungsfähigkeit hinsichtlich der eigenen Befindlichkeiten und Bedürfnisse besitzen.

Und hier scheitert die Theorie meist an der Wirklichkeit. Kleinsind, und einige Spielkameraden. Dies ist gewollt, denn „die einseitige Bindung an eine Bezugsperson soll schnell abgelegt werden, damit die Kinder lernen, erwachsenenunabhängig Entscheidungen zu treffen". Gerade in Zeiten hoher Scheidungsraten und immer öfter unehelich geborener Kinder, steigender sozialer Probleme und eines hohen Ausländeranteils ist es jedoch fraglich, ob es pädagogisch sinnvoll ist, auch noch die festen Bindungen an



Beratung im Kindergarten: Was machen wir jetzt? Bild: ddp

gemischten Gruppen sollten die Zwei- bis Sechsjährigen die Grundlagen lernen, um in einem sozialen und solidarischen Gemeinwesen aktiv zu werden.

„Es ist das tätige, sich aktiv beschäftigende Kind, das zielgerichtet und effektiv Bastel- und Werkvorgaben der Erzieherin aufgreift, gelegentlich auch entwickelt und diese zügig und konsekinder besitzen eben häufig noch nicht die nötige Entscheidungsfähigkeit, was auch daran liegt, dass der Mensch Entscheidungen aufgrund von Erfahrungen oder Wissen trifft, doch über beides verfügen die Kleinen nur sehr bedingt. Durch die täglich neue Entscheidung für einen Funktionsraum wechseln zudem auch die Erzieher, die an die Räume gebunden Erzieher und Spielkameraden zu lösen.

Die Geborgenheit traditioneller Kindergartengruppen wird bei der „offenen Arbeit" als Alltagsroutine abgetan. Doch während die Kinder der 60er und 70er Jahre, als das Konzept entstand, in ihren Elternhäusern so etwas wie „Alltagsroutine" erleben konnten, ist so etwas heute bei immer weniger Kindern noch der Fall. Immer mehr Erzieher und Lehrer klagen, sie müssten den Kindern bereits Grundlegendes im Umgang miteinander beibringen.

„So ist es möglich", preist Autor Rohnke die Möglichkeiten des „offenen Arbeitens" an, „dass ein Kind sich zunächst für eine tätigkeitsintensive Tüftel- oder Forschungstätigkeit in einem gut durchdachten und vor allem auch störungsfreien Funktionsraum entscheidet, ein anderes die Klamottenkiste mit anderen Kindern durchstöbert und ein spannendes Rollenspiel inszeniert, ein drittes in der Bewegungsbaustelle das Trampolin benutzt und ein viertes mit einer ErzieherIn die anstehende Geburtstagsfeier plant ..."

In der Praxis zeigt sich, dass dieses Konzept sehr personalintensiv ist, doch genau an diesem fehlt es. Nur wenn genügend Erzieher da sind, können sie trotz täglich wechselnder Kinder den individuellen und altersgemäßen Förderbedarf erkennen. Außerdem müssen sie die erlangten Informationen an alle Kollegen weitergeben, was bei festen Bezugspersonen nicht nötig wäre. Auch muss das Personal darauf achten, dass die älteren, sprachbegabteren Kinder die jüngeren nicht dominieren.

All das hat dazu geführt, dass die ideale Umsetzung der Theorie „offenes Arbeiten" in die Praxis kaum möglich ist. So ist dann unter Kritikpunkten bei wikipedia nachzulesen: „Mit den Kindern in Vollversammlungen und Kinderkonferenzen den Diskurs zu wagen, ihnen Verantwortung für ihre eigene Zufriedenheit, ihr Lernen und für andere zu übertragen, wird von den Eltern der Kinder und von vielen Vertreter(n)Innen aus der Erziehungswissenschaft als Überforderung angesehen."

Rebecca Bellano

IN KÜRZE

Brunnen mit »Pechmarie« wird enthüllt

Bis ins hohe Alter war Erika-Maria Wiegand aktiv. Die letzte Arbeit der am 26. April verstorbenen Ostpreußin war wieder eine Figur aus einem Grimmschen Märchen: die Pechmarie aus „Frau Holle". Schützend hält sie die Hände über den Kopf, um nicht vom Pech getroffen zu werden. Ihre „Schwester", die Goldmarie, sitzt bereits auf dem Rand eines Brunnens in Vockerode am Naturpark Hoher Meißner. Nun soll am 4. Oktober, 10.30 Uhr, ein zweiter Brunnen, diesmal mit der Pechmarie am Rand, durch den Sohn Christoph der in Allenstein aufgewachsenen Bildhauerin enthüllt werden. Seit der Enthüllung des Goldmarie-Brunnens ist dieser zu einem beliebten Treffpunkt für Einwohner und Durchreisende geworden. Beide Brunnen bilden nun ein doppeltes Wahrzeichen des Ortes, freut sich Bürgermeister Friedhelm Junghans. *os*



Die „Pechmarie" ist fertig: Die Bildhauerin Erika Maria Wiegand mit dem Tonmodell der Brunnenfigur Bild: privat

Der Mensch zwischen Schöpfung und Erlösung

Gedanken zum Erntedankfest – Die Liebe zur irdischen Heimat ist Vorbereitung auf die »Heimat im Himmel«

Noah aber baute dem Herrn einen Altar und nahm von allem reinen Vieh und von allen reinen Vögeln und opferte Brandopfer auf dem Altar. Und der Herr roch den lieblichen Geruch und sprach in seinem Herzen. Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen um der Menschen willen; denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf. Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht. (I. Mose 8,20-22)

Wenn wir in diesem Jahr Erntedankfest feiern, so tun wir es mit ein wenig anderen Gefühlen als bisher. Inzwischen haben wir die Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt, Tausende bangen um ihren Arbeitsplatz, um ihr Erspartes, um ihre Versorgung. Die Bürger unseres Landes fürchten, dass die volle Wahrheit erst nach den Bundestagswahlen ans Tageslicht kommen wird. Aber es sind Sorgen auf hohem Niveau. Die Mehrheit der Erdbevölkerung könnte sich nur wundern über unsere Befürchtungen und Klagen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, an dessen Ausbruch vor 70 Jahren wir in diesen Tagen wieder denken, sah das anders aus, als auch wir Ostdeutschen, hungernd, frierend, ohne Obdach, in den ebenfalls vom Krieg heimgesuchten Westen strömten. Hunderttausende kamen dabei um. Wer irgendwie konnte, suchte Zuflucht auf dem Lande, möglichst bei einem Bauern, denn dass die Ernte auf dem Felde die Grundlage überhaupt ist und Gott der Geber diese Grundlage, brauchte man niemandem erklären. Was waren das für bewusst gefeierte Erntedankfeste. Nur in ganz besonderen Lebenslagen kommt uns ins Bewusstsein, dass die Erhaltung unseres Lebens ein Geschenk Gottes ist, ein Wunder. Ein gleichaltriger Vetter, der mich dieser Tage besuchte, sagte mir: Ist es nicht ein Wunder, dass in unserer großen Verwandtschaft alle ausnahmslos Krieg und Flucht überlebt haben?

So muss es Noah in ganz einzigartiger Weise empfunden haben, als er mit seiner Familie die Arche

Gott erweist seine Gnade gerade den »bösen« Menschen

verlassen darf. Das erste, was Noah unternimmt, ist der Bau eines Altars. Der Gerettete dankt dem Retter. Sein erster Gedanke beim Betreten der verwüsteten Erde geht zu Gott. Seitdem hat sich manches geändert, aber eines ist geblieben: der beständige Kreislauf von Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht. Wir haben uns an die Erhaltungsordnung Gottes so gewöhnt, dass wir das Wunderbare daran kaum noch empfinden, wie die Sonne täglich aufgeht, dass sie im Frühjahr ansteigt, im Herbst fällt, dass Tau und Regen mit trocknen Zeiten wechseln, dass das Korn keimt und der Halm aufwächst, die Ähre sich füllt und schwer wird.

Das alles kommt doch nicht von ungefähr, von einem planlosungewollten Lauf der Dinge, ohne Sinn, ohne Absicht, sondern von dem Gott, der die Erde erhalten will. Doch wir hätten die Erhaltungsordnung Gottes missverstanden, wenn wir meinten, diese großen Ordnungszusammenhänge müssten so sein, wir Menschen hätten Anspruch darauf. Weil Noah vor Einbruch der Sintflut als „ein frommer Mann und ohne Tadel zu seinen Zeiten" geschildert wird, könnte man denken, dass Gott alles Unkraut hat untergehen lassen und nun nach der Flut aus einer edlen Pflanze das Bessere, den besseren Menschen entstehen lässt. Aber hören wir genau hin. Gott sagt zu Noah: „Ich will hinfort die Erde nicht mehr verfluchen, denn das Dichten und das Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf." Gott erweist seine Gnade gerade diesen bösen Menschen. Der Mensch ist sozusagen ein hoffnungsloser Fall. Der gleiche Befund also, der zum Vernichtungsgericht führt, ist nachher der Grund für die Verschonung der Erde. Der Mensch, der die Welt nach der Sintflut bevölkern soll, ist nicht besser als der, um dessentwillen sie der Vernichtung preisgegeben war. Kapituliert Gott also vor der Sünde dieser Welt: Man kann ja doch nichts mit dem Menschen anfangen, mag er bleiben, wie er will? Nein, Gottes Urteil über die Sünde bleibt ungetrübt und ungeschmälert, wie sich am Jüngsten Tage zeigen wird. Die Gnadenzeit ist eine begrenzte Zeit. „Solange die Erde steht" gilt die Erhaltungsordnung.

Die Erde steht nicht ewig. Früher oder später wird sie fallen. Gott erhält die Menschheit und auch den Einzelnen auf die zukünftige Erlösung hin. Er findet sich nicht mit dem Zustand der Welt ab, sondern wird, wenn die Zeit kommt, auf ganz andere Weise durch seinen Sohn Jesus Christus, den neuen Adam, die Wende herbeiführen. Zu einem Nachkommen Noahs, nämlich Abraham, wird er sagen: „In dir sollen gesegnet werden alle Völker der Erde." Darum wird Jesus Christus gleich im ersten Vers des neuen Testaments vorgestellt als der Sohn Abrahams. Gott will uns, indem er unser Leben fristet, aufsparen für sein Heil in Christus. Jede Ähre, jede Kartoffel, ja alles, was uns wieder zugewachsen ist, will uns daran erinnern, dass und wofür Gott uns noch Zeit gibt. Die Gaben, die uns erhalten, sind ein Zeichen, das hinweist auf ein letztes, das noch bevorsteht.

Ich persönlich fühle mich immer sehr angerührt, wenn im Erntedankgottesdienst das Abendmahl gefeiert wird. Mitten zwischen den Früchten des Feldes und Gartens sehen wir auf dem Altar die Hostien neben dem Brot aus dem Bäckerladen und den Kelch mit Wein neben der Schale mit den Weintrauben. Das Brot,

Dem Wort »Dank« wieder einen Inhalt geben

das wir essen, wird Hinweis auf den, der das Brot des Lebens ist, die Frucht des Weinstocks auf den, den Gott zum Heil der Menschheit nicht verschont hat.

Herbert Girgensohn, der aus dem Baltikum stammende theologische Lehrer und Leiter des damaligen Ostkirchenausschusses, den man auch den „Vater der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen" nannte, formulierte es in einer neun Jahre nach dem Krieg gehaltenen Erntedankpredigt einmal so: „Hinter der Sättigung und der Kleidung, mit der wir unsere Blöße bedecken, dürfen wir die Güte Gottes entdecken, der über den Tod hinaus unser Leben will. Gott beruft diese verfluchte Menschheit mit ihrem verzweifelten Ringen um ihr irdisches Dasein zum ewigen Leben. Das liegt im recht verstandenen Dank für die Ernte ..." Nur, das Wort „Danke" verschwindet mehr und mehr aus der Bezeichnung des Festes.

Neulich fuhr ich auf einer Straße an einem Plakat vorbei, das zum „Heimat- und Erntefest" in einer benachbarten Landgemeinde einlädt. Die Verbindung von Heimat und Ernte ließ mich aufmerken, zumal mir gleich das Lied einfiel, in dem wir Ostpreußen unsere landschaftlich so außerordentliche und auch bei vielen Nichtostpreußen beliebte Heimat, die ehemalige Kornkammer Deutschlands, besingen, auch wenn heute dort nur selten „starke Bauern hinter Pferd und Pflug schreiten". Dass aber das Wort „Dank" aus dem Namen des Festes verschwindet, gibt zu denken.

Unser Dasein hat keinen Wert an sich. Unser Leben ist auf Gott bezogen, oder wir werden letztlich heimatlos in dieser und in der kommenden Welt. Unsere Liebe zur irdischen Heimat hat ihren letzten Sinn als Vorbereitung auf die „Heimat im Himmel", aus der uns niemand vertreiben wird.

In Bezug auf das Reich Gottes hat die Zukunft schon begonnen. Sie bringt uns Gericht oder Erlösung. Und dann wird offenbar werden, dass Gott denen, die im Glauben seiner Ernte entgegen reifen, nicht kümmerlich, sondern ganz hilft.

Martin Schenk, Pfarrer i. R.



Ein Privileg Gottes

Kritik an aktiver Sterbehilfe

Nach Jahren der Debatten wurde in diesem Jahr der Umgang mit Patientenverfügungen gesetzlich geregelt. Diese Regelung dürfte Stephan Holthaus, Leiter des Instituts für Ethik und Werte, und Timo Jahnke, Mitarbeiter an demselben Institut, gar nicht gefallen haben. Die Autoren von „Aktive Sterbehilfe? Ausweg oder Irrweg?“ sind der Meinung, dass Menschen über ihren Tod nicht völlig autonom entscheiden können und dürfen.

Im ersten Teil ihres Buches schildern die Protestanten die verschiedenen Sichtweisen zum Thema aktive Sterbehilfe. Sie stellen vor, wie aktive Sterbehilfe in anderen Ländern geregelt ist und gehen auf medienwirksame Einzelschicksale ein, bei denen unheilbar kranke Menschen um das Recht kämpften, ihrem Leben mit Hilfe anderer ein Ende zu setzen. Auch gehen sie darauf ein, dass die „Sterbekultur“ in Deutschland aus dem Alltagsleben verdrängt wurde. Kinder würden von Sterbenden ferngehalten und das Aufbahren von Toten gebe es nur noch in Einzelfällen.

Gibt es die Pflicht zum Weiterleben?

Danach beginnt der Meinungsteil, denn die Autoren sind für Sterbebegleitung, aber gegen aktive Sterbehilfe. So dürfe man dem Sterbenden zwar Tabletten geben, um dessen Schmerzen zu lindern, auch sind sie gegen unnötige lebensverlängernde Maßnahmen, doch Mittel, um das Leben zu beenden, sind gegen ihr christliches Verständnis vom „Sterben in Würde“. Auch teilen sie nicht die Meinung des gemäßigten Befürworters, der aktiven Sterbehilfe, Hans Küng, der darauf hinweist, dass es zwar ein „Recht zum Weiterleben“, aber keine „Pflicht zum Weiterleben“ gebe.

Holthaus und Jahnke zeigen die Gefahren auf, die eine Freigabe der aktiven Sterbehilfe mit sich brächte. So könnte es sein, dass Menschen, die niemandem zu Last fallen wollen, sich aus diesem Grund für den Tod entscheiden. Ebenso können Angehörige den Kranken drängen, da er ihnen zur Last fällt. Auch der finanzielle Druck im Gesundheitswesen zu Missbrauch der aktiven Sterbehilfe führen, um kostenintensive Kranke „abzuwickeln“. Zudem würden Angehörige und Ärzte durch den Wunsch des Sterbewilligen nach aktiver Sterbehilfe möglicherweise zu einer Tat gedrängt, die ihnen widerstrebt.

Doch alle Punkte und Fragen, die die Autoren anführen, klären nicht überzeugend, warum der Mensch der Gegenwart zwar fast alles in seinem Leben selbst bestimmen oder zumindest lenken kann, doch wenn es ans Sterben geht, er sich plötzlich wieder ganz auf „Gottes Willen“ verlassen soll. Das Argument, dass Gott das Leben gegeben habe und nur er es wieder nehmen dürfe, mag gerade tatkräftigen, nicht gläubigen Menschen widerstreben. Sie wollen sterben, wie sie gelebt haben. Andere wiederum wollen nicht länger leiden als nötig, wenn klar ist, dass am Ende so oder so nur der Tod steht.

Jeder Fall ist unterschiedlich, so die Autoren, doch wer von vornherein ein klares „Nein“ zu aktiver Sterbehilfe ausspricht, grenzt die Möglichkeiten, für jeden Fall eine individuelle Lösung zu finden, von vornherein stark ein. Das führt in der Realität dazu, dass sterbewillige Kranke eine beschwerliche Reise ins Ausland antreten müssen, um allein, fern ihrer Familie, unwürdig in einem Hotelzimmer ihrem Leben ein Ende zu setzen. *Bel*

***Stephan Holthaus / Timo Jahnke: „Aktive Sterbehilfe? Ausweg oder Irrweg?“**, Brunnen, Gießen, geb., 137 Seiten, 12,95 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, zu beziehen.



Zeichen der Unmenschlichkeit

Der Bau der Mauer und warum niemand etwas dagegen unternahm

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“, ließ der damalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, noch am 16. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz verlauten. Keine zwei Monate später begannen die Streitkräfte der DDR, die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin abzuriegeln und Sperranlagen zu errichten. Fast 30 Jahre spaltete der „antifaschistische Schutzwall“ ein Land, zerriss Familien und kostete hunderte Menschen das Leben beim Versuch, ihn zu überwinden.

Pünktlich zum 20. Jahrestag des Mauerfalls erscheint Frederick Taylors „Die Mauer“ in deutscher Übersetzung. Darin nimmt der britische Publizist und Historiker die Geschichte dieses Bauwerks unter die Lupe, das nicht nur Symbol für die Spaltung Deutschlands nach dem verlorenen Krieg, sondern auch ein Zeichen der Unmenschlichkeit war.

Taylor beschreibt aus der Sicht der Alliierten die Interessenlage aus Kaltem Krieg und realpolitischem Kalkül. Keine Besatzungsmacht wollte einen Krieg anzetteln, um die administrative Teilung Berlins aufzuheben. Die Franzosen hatten sich in Algerien verkalkuliert. Die Briten kämpften mit einer schweren Wirtschaftskrise und bangten um ihr Commonwealth. Die US-Amerikaner wollten sich mit ihren Truppen aus Deutschland bereits zurückziehen und die Sowjets waren damit beschäftigt, den zuweilen weisungsresistenten Ulbricht in seine Schranken zu weisen. Präsident John F. Kennedy verriet einem Mitarbeiter wenige Wochen vor dem Mauerbau, er werde nichts unternehmen, um „Ost-Berlin offenzuhalten“.

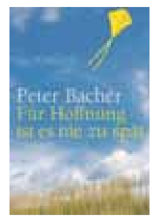
Der Westen profitierte von dem Bau

Die Grenze half politisch dem Osten wie dem Westen. Die gegensätzliche wirtschaftliche, ideologische und politische Entwicklung der Alliierten hatte die Fronten verhärtet. Während sich in der Bundesrepublik aufgrund des Marshallplans die materielle Lebenssituation für viele verbesserte, litten die Menschen in der DDR unter der Last der Reparationen an die Sowjetunion. Die Teilung Deutschlands sollte ein Ausbluten des Arbeiter- und Bauernstaates durch den wachsenden Flüchtlingsstrom qualifizierter Kräfte verhindern und die gegenseitige Einmischung in die Zonenverwaltung beenden. Schon 1948 hatten die Sowjets West-Berlin blockiert, um den Rückzug der Westalliierten zu erzwingen und ihren Anspruch auf die gesamte Stadt zu demonstrieren. Zehn Jahre später forderte Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow die drei Westmächte erneut vergeblich auf, ihre Truppen abzuziehen und die Hoheitsrechte für alle Zugangswege abzugeben.

Der Autor kritisiert, wie sich westdeutsche Politiker – etwa Willy Brandt mit seiner Devise „Wandel durch Annäherung“ – mit der Spaltung arrangierten und Dissidenten in der DDR kaum offen unterstützten. Nur US-Präsident Ronald Reagan sei eine Ausnahme gewesen: Er forderte im Sinne des Nato-Doppelbeschlusses bei ergebnislosen Verhandlungen mit der Sowjetunion die Nachrüstung. „Herr Gorbatschow, reißen sie diese Mauer nieder!“, rief er 1987 vor dem Brandenburger Tor. Zwei Jahre später war es soweit.

Zwar sind viele Sachen nicht neu – gerade für die Endphase sind die Akten noch unter Verschluss – und die historische Vorgeschichte des Mauerbaus kommt aufgrund Taylors Hang zum Anekdotischen und Biografischen etwas kurz. Dennoch vermittelt das Buch präzise, anschaulich und fesselnd ein wichtiges Stück deutsch-deutscher Geschichte. *Sophia E. Gerber*

***Taylor, Frederick: „Die Mauer – 13. August 1961 bis 9. November 1989“**, Siedler-Verlag, Berlin 2009, geb., 576 Seiten, 29,95 Euro*



Die Hoffnung stirbt zuletzt

Kurzgeschichten über optimistischen Umgang mit Krankheit und Tod

Wir wissen, dass wir nicht unsterblich sind, und dieses Wissen lässt uns alles meiden, was uns an unsere eigene Vergänglichkeit erinnert wie Besuche in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen. Diese Tatsache sticht in den Kurzgeschichten des Buches „Für Hoffnung ist es nie zu spät“ des über 80-jährigen Bestsellerautors Peter Bachér deutlich hervor.

Die von Lebenserfahrung geprägten und auf eigenen Erlebnissen basierenden Kurzgeschichten versetzen den Leser dank ihrer lebensbejahenden Aussage in eine angenehm melancholisch-nachdenkliche Stimmung. Die bereits in der „Welt am Sonntag“ veröffentlichten Geschichten des ehemaligen Chefredakteurs der „Bild am Sonntag“ berichten von Krankheit, Hypochondern, Freunden und Verwandtschaft, von Ärzten, Vertrauen und Zuneigung.

„Der Tag vor der Operation – mit keinem vergleichbar – ist ein Tag im Niemandsland, abgerückt von allem, was sonst noch so wichtig dünkte ... Einverständniserklärungen werden dir vorgelegt, viel Kleingedrucktes darunter, du unterschreibst alles. Wer feilscht jetzt noch um Formulierungen, Misstrauen gegenüber den Ärzten kann selbst zu einer Krankheit werden ... diesen Weg durch das Niemandsland zwischen Bangen und Hoffen, zwischen Mut und Demut, den Weg musst du – und würden dich auch tausend Wünsche begleiten – schließlich morgen alleine gehen. Aber wem sag ich das? In Deutschland werden in jeder Woche 20000 Menschen operiert.“

In „Für Hoffnung ist es nie zu spät“ verbindet der in Rostock geborene Urenkel von Theodor Storm den Gedanken an die Endlichkeit unseres Lebens mit der Hoffnung daran, dass alles gut wird.

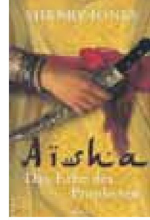
Auch wenn das Leben gerade ihm als bekennenden Hypochonder schon mal den einen oder anderen Stein in den Weg legt; denn man hat es nicht leicht in einer Zeit, in der die „Apothekenumschau“ uns bereits heute unsere Leiden von morgen kundtut.

Die zwischen den Zeilen versteckte Aussage, dass „älter werden“ keine Strafe, sondern ein Geschenk sei, sofern man gesund bleibt, zieht sich wie ein roter Faden durch die Texte. Ein bitterer Nachgeschmack bei so vielen Geschichten über Vergänglichkeit bleibt jedoch haften.

„... irgendwann werden wir dann doch unerbittlich über diese Grenze in das weite unbekannte Land gestoßen, das Alter heißt. Es kann eine schwere Grippe sein, eine unerwartete Kündigung in der Firma, ein Todesfall, irgendein Schicksalsschlag. Und wenn wir diese Hürde überwunden haben und uns wieder einfädeln in den Strom des Lebens, kommt plötzlich der Augenblick, in dem wir erkennen müssen: Auf die Überholspur kommen wir nun nicht mehr hinüber ...“

Trotz allem bleibt Bachér in allen Kurzgeschichten in „Für Hoffnung ist es nie zu spät“ seinem optimistischen Credo, das Leben zu genießen und zu hoffen, statt zu zweifeln, treu. *A. Ney*

***Peter Bachér: „Für Hoffnung ist es nie zu spät“**, Langen Müller, München 2009, gebunden, 159 Seiten, 9,95 Euro*



Kampf um Mohammeds Erbe

Urkonflikt zwischen Schiiten und Sunniten mit dem Leben Aishas verknüpft

Dass es Frauen im Islam gab, die durchaus eine bedeutende Stellung hatten, ist kaum bekannt. Bereits in ihrem ersten Buch über Aisha, die letzte Frau des Religionsgründers Mohammed, änderte Sherry Jones dieses Bild. Auch der Fortsetzungsroman: „Aisha – Das Erbe des Propheten“ beschreibt das Leben einer ungewöhnlichen Frau, die durch ihren Einfluss und den Glauben zu einer der bedeutenden Persönlichkeiten in den Anfängen des Islams wurde.

Während Sherry Jones im ersten Roman: „Aisha – Das Juwel von Medina“ Aishas Kindheit und Jugend beschreibt, ihre Verlobung mit Mohammed und ihre ersten sexuellen Erfahrungen, deren Schilderung im Übrigen dazu beitrug, dass das Buch eine Welle der Empörung bei den Moslems auslöste, und fast die Veröffentlichung des Buches verhinderte, erzählt die Fortsetzung des Buches wie die 19-Jährige nach dem Tod des Propheten sein Erbe antritt. Denn Aisha galt nicht nur als seine große Liebe, sondern auch als sein wichtigster Berater in Politik- und Glaubensfragen. Nicht von ungefähr überlässt Mohammed ihr und nicht etwa einem Mann sein Schwert, um ihn im bevorstehenden Dschihad (Kampf) zu gebrauchen. Noch versteht Aisha nicht, für welchen Kampf sie die Waffe nutzen soll, denn schließlich ist es verboten, dass Moslems gegen Moslems kämpfen.

Medina, 632 n. Chr.: Kaum schließt Mohammed in Aishas Armen seine Augen für immer, beginnen Kämpfe und Intrigen um seine Nachfolge. Bestärkt in dem Glauben, sie müsse seine Vision vom Islam auf jeden Fall verwirklichen, versucht auch Aisha mit allen Mitteln den Gang der Dinge zu beeinflussen.

Für Frauenroman zu wenig Atmosphäre

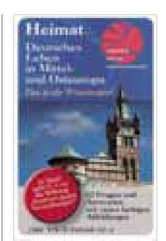
So wird Aisha, die in einer Welt, in der die Frauen nichts zu sagen haben und offiziell keine Meinung bekunden dürfen, eine besondere Stellung zuteil, denn sie wird von allen Anhängern als die Mutter der Gläubigen respektiert. Nach Mohammeds Tod kämpfen sowohl ihr Vater Abu Bakr als auch Mohammeds Lieblingsvetter Ali um seine Nachfolger. Trotz Alis Intrigen wird Abu Bakr zum ersten Kalifen gewählt, zur Erleichterung Aishas. Denn sie hasst Ali, seitdem er sich für ihre Scheidung vom Propheten eingesetzt hat, und ist froh, dass der junge hitzige Mann keine Möglichkeit hat, den Islam anzuführen. Ali fühlt sich übergangen und verletzt, seiner Meinung nach ist er der einzig mögliche Nachfolger Mohammeds. Der ganze Roman wird durch Alis Streben nach dem Kalifat und seinen Hass auf Aisha, die wiederum Ali aus tiefster Seele verachtet und auf alle Fälle seinen Aufstieg verhindern möchte, bestimmt. Über Jahre hinweg wechseln die Kalifen, bis auch Ali endlich seine Chance bekommt, diesmal wird sein größter Gegner auch wieder Aisha sein.

Sherry Jones verbindet in ihrem durchaus lesenswerten Roman religiöse Überlieferungen mit einer fiktiven Geschichte, die den Lesern interessant die Anfänge des Islams vermitteln.

Die Geschichte basiert auf dem Urkonflikt zwischen den Sunniten und Schiiten, der bis heute für blutige Auseinandersetzungen sorgt. Wer das Buch von Jones liest hat, wird in das Thema eingeführt und versteht, wie es zur Spaltung der jungen Religion kam. Der gelungene Perspektivenwechsel zwischen Ali und Aisha verhindert eine einseitige Schilderung.

Die Autorin lässt den Leser allerdings nicht in die Handlung eintauchen, man hat beim Lesen nicht den Eindruck, den Wüstenwind an der Haut zu spüren, die Gerüche des Orients zu vernehmen oder Muezzinrufe zu hören. Zu wenig Charme, zu wenig Bilder, zu wenig Erzählerisches werden geboten. Das Buch ist jedoch wegen seiner interessanten Einführung in die Geschichte des Islams lesenswert. Auch das Fazit, dass nicht die Religion schlecht ist, sondern vielmehr die Menschen, die ihr ihre eigene Interpretation aufdrängen, ist einleuchtend. *Anna Gaul*

***Sherry Jones: „Aisha – Das Erbe des Propheten“**, Pendo Verlag, München 2009, gebunden, 319 Seiten, 19,95 Euro*



Heimat erspielen

Fragen zu Ostpreußen und Co.

Alt und Jung im Spiel vereinen, das wollen die Macher des Kartenspiels „Heimat – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“. Der Ideengeber hinter dem 62 Fragen umfassenden Spiel ist die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. Und so geht auch pro verkauftem Kartensatz 1 Euro als Spende an diese Stiftung. Die Fragen sind zumindest für die Enkelgeneration eine unterhaltsame Herausforderung, für die Großelterngeneration dürfte hingegen fast alles bekannt sein, trotzdem lesen sich die Antworten auf die auch bis in die Gegenwart reichenden Fragen sehr kurzweilig.

PAZ verlost Kartenspiele

Welcher bekannte TV-Moderator hat als Kind auf Schlesiertreffen Gedichte aufgesagt? Zur Auswahl stehen Thomas Gottschalk, Frank Elsner, Günther Jauch oder Jörg Pilawa. Bei einer anderen Frage wird nach der Gemeinsamkeit der beiden Fußballspieler Miroslav Klose und Lukas Podolski gefragt. Völlig unrealistisch ist für Kenner die eine mögliche Antwort auf die Frage, wer oder was die Albertina sei: die Lieblingsmätresse von König Friedrich dem Großen. Auch dürfte annähernd jeder Ostpreuße wissen, wer Tempelhüter war. Doch weiß er auch, was „Ulmer Schachteln“ oder was ein „Dolchstoß“ in Schlesien war?

Das nette Frage-Antwort-Spiel kostet 3,99 Euro und ist unter Telefon (030) 240846933 zu bestellen ... oder zu gewinnen. Unter den ersten Einsendern verlost die *PAZ* drei Kartenspiele: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Stichwort „Kartenspiel“, Buchstraße 4, 22087 Hamburg. *Bel*

***„Heimat – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“**, Kartenspiel mit 62 Fragen, 3,99 Euro*

Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box

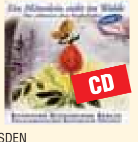
CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • u.a.
CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heißa Kathreinerle • Hopsa, Schwabenliesel • Wenn alle Brünnlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Ännchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • u.a.
CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist's möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenröslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.
Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95

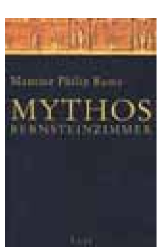
3 CDs

Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trari-ra, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pilharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

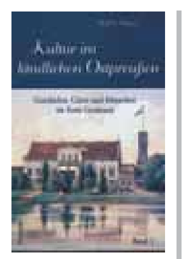


Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft's aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95





Maurice Philip Remy
Mythos Bernsteinzimmer
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270
statt € 24,00 nur € 14,95



Wulf D. Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 1
Geb., 715 S., zahlr. Abb
Best.-Nr.: 6747, € 39,95

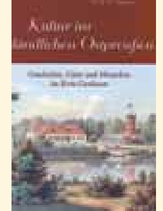




Neuauflage!

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 2
Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen



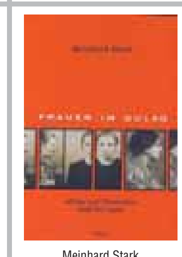
Der Kreis Gerdauen gehörte aufgrund seiner zahlreichen Güter und der Wiederaufbauarchitektur des Ersten Weltkrieges zu den kulturgeschichtlich interessantesten Kreisen Ostpreußens. Wulf Wagner dokumentiert anhand bisher weitgehend unveröffentlichten Akten- und Bildmaterials die Geschichte und Baugeschichte des Kreises, seiner Städte und Güter sowie die Entstehung einer großartigen Kulturlandschaft. Nach Band I, der neben der historischen Einführung das alphabetische Verzeichnis der Güter von A bis H enthält, wird im zweiten Band die Dokumentation der Güter von Kanoten bis Woninkeim fortgesetzt. Im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel steht neben dem Gutshaus jeweils die Besitzerfolge als Anhaltspunkt für die historische, kulturelle und landwirtschaftliche Bedeutung des betreffenden Landsitzes. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten macht das Buch lebendig und facettenreich. Der Anhang umfasst neben einem Nachwort des Verfassers Erläuterungen, Abkürzungen, ein Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und ein Ortsregister.

Geb., 715 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6828



€ 39,95

Ebba D. Drolshagen
Wehrmachtskinder
Geb., 383 Seiten
Best.-Nr.: 4499
statt € 19,90 nur € 9,95

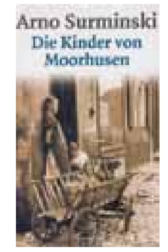


Meinhard Stark
Frauen im Gulag
Alltag u. Überleben 1936- 1956
Geb., 552 Seiten
Best.-Nr.: 4054
statt € 32,90 nur € 19,95

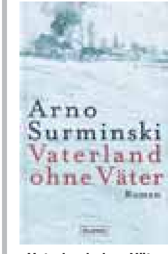


HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820
statt € 15,90 nur € 7,95

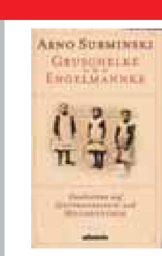
Arno Surminski



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

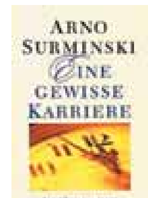
Albrecht Müller
Meinungsmache
Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen
Demokratie am Ende? Nicht ohne Grund empfinden so viele Menschen ein Unbehagen an der Politik: Es wird über ihre Köpfe hinwegregiert. Mit systematisch inszenierten Kampagnen wird die öffentliche Meinung beeinflusst. Albrecht Müller deckt auf, wer diese Kampagnen steuert und was wir dagegen tun können. An vielen Beispielen weist er nach: Die öffentliche Meinungsbildung - und damit auch die politischen Entscheidungen - wird von kleinen Zirkeln und sehr großen Interessen bestimmt. Sie betreiben den Ausverkauf unseres Landes – des öffentlichen Vermögens und auch von privaten Unternehmen. Das Gemeinwohl hat abgedankt, das Profitinteresse triumphiert. Mittels strategisch geplanter Kampagnen wird gezielte Desinformation betrieben – auf fast allen Kanälen und so lange, bis alle der Botschaft glauben, die durch vermeintliche Experten in die Köpfe gestreut wird. Dieses Buch ist Aufklärung im besten Sinne – und eine Ermunterung, sich einzumischen: für alle, die sich das Denken nicht verbieten lassen.

Geb., 448 Seiten
Best.-Nr.: 6836

€ 19,95

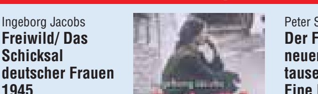


Francois-Emmanuel Brezet
Die Deutsche Kriegsmarine
Geb., 448 Seiten
mit 12 Übersichtskarten
Best.-Nr.: 3561,
statt € 34,00 nur noch € 14,95



ARNO SURMINSKI
Eine gewisse Karriere
Erzählungen aus der Wirtschaft
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 6835
statt € 10,95 nur noch € 6,95

Modernes Antiquariat - Mängelexemplare



Ingeborg Jacobs
Freiwild/ Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701
statt € 19,90 nur € 9,95

Peter Scholl-Latour
Der Fluch des neuen Jahrtausends: Eine Bilanz
Geb., 351 Seiten
Best.-Nr.: 683



statt € 22,00 nur € 9,95

Erwin Peter (Hg.)
Von Workuta bis Astrachan
3,15 Millionen Angehörige der Deutschen Wehrmacht gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft; rund 1,9 Millionen von ihnen von ihnen sind wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben viel zu berichten: Nicht nur vom Überlebenskampf, von Seuchen, harter Arbeit und unmenschlicher Behandlung, sondern auch von Russen, die -selber vom Hunger gezeichnet- ihnen immer wieder Stücke ihres kärglichen Brotes zustekkten, vom aufopfernden Einsatz vieler sowjetischer Ärzte sowie von manch wundersamem Ereignis, das wie eine Fügung Gottes schien. Ein im Geiste der Versöhnung geschriebenes Buch, das gleichzeitig authentisches, erschütterndes Zeugnis ablegt vom Schicksal der deutschen und österreichischen Gefangenen jeglichen Alters und Dienstgrades in der ehemaligen UdSSR.
Geb., 367 Seiten
Best.-Nr.: 3437



statt € 26,90 nur noch € 14,95

Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere in Sondereinsatz im Nordafrika
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800



statt € 9,90 nur noch € 4,95

Faszination Masuren – Kalender 2010



Wunderschöne Aufnahmen aus dem Masurischen Landschaftspark
14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien auf edlem 170 g Kunstdruckpapier, Spiralbindung, Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42 cm (DIN A3), hochwertiger Vierfarb-Offsetdruck mit Drucklackierung, Kalendarium und Bildunterschriften, 3-sprachig (Deutsch/Englisch/Polnisch)
Best.-Nr.: 6827



€ 14,80

Sonderpreis



statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Ilsa langanke
Und die Sehnsucht bleibt
Eine ostpreußische Biographie
Best.-Nr.: 6503, € 12,80

Restauflage nur bei uns!

Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95



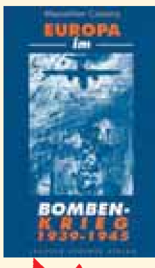
I. W. Dobrowolski (Hg.)
Schwarzbuch Gulag
Geb., 312 Seiten mit Zeichnungen
Best.-Nr.: 3117
statt € 29,90 nur noch € 14,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

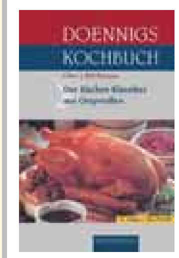
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Maximilian Czesany
Europa im Bombenkrieg 1939-1945
Das Standardwerk zum strategischen Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg, dessen Auswirkungen auf siebzehn verschiedene europäische Länder behandelt werden. Der Autor schildert minutiös den Ablauf sowie die Verluste an Menschenleben und Kulturgütern: Ein Buch, das vor den Folgen jedes Krieges, besonders aber vor menschen- und völkerrechtswidriger Kriegsführung warnen will.
Geb., 744 Seiten, Bildtafeln u. Ktn-Skizzen
Best.-Nr.: 1076





statt € 29,60 nur € 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 40/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Wahl: Berlins Teilung verblasst

Berlin – Die Zweiteilung Berlins bei den Bundestagswahl-Ergebnissen ist gegenüber 2005 leicht verblasst. Zwar ist die CDU im West- und die Linkspartei im Ostteil noch immer die jeweils dominierende Kraft. Die Linke hat aber im Westen, die CDU im Osten leicht zulegen können. In den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wurden die Grünen knapp stärkste Partei. *H.H.*

»Union« hat neuen Sponsor

Berlin – Der 1. FC Union Berlin hat mit der Firma „Kfz Teile 24“ einen neuen Sponsor gefunden. Der Tabellenführer der 2. Fußball-Bundesliga hatte Aufsehen erregt, weil er sich von seinem bisherigen Sponsor „ISP“ prompt getrennt hatte, als bekannt wurde, dass in der Führung des Unternehmens ehemalige Stasi-Mitarbeiter tätig sind. Union galt zu DDR-Zeiten als Sammelbecken der antikommunistischen Opposition. Allerdings zahlt der neue Sponsor nur 600 000 Euro jährlich, „ISP“ hatte mit zwei Millionen gelockt. *H.L.*

ZUR PERSON

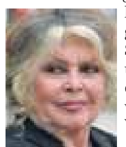
Diese Frau hat viele Gesichter

Für viele wird sie ewig mit dem Klischee der Sex-Ikone behaftet bleiben. Doch **Brigitte Bardot** hat wohl erst in ihrem Leben nach dem Film die ganze Breite ihrer Persönlichkeit entblättert, für manche zum Schrecken. Am 28. September wurde die Französin 75 Jahre alt.

Ihr Gesicht war Vorbild für die Neugestaltung der „Marianne“, des französischen Nationalsymbols. Den gewalttätigen 68ern diente vor allem der 1965 gedrehte Western „Viva Maria“ zum Vorbild, wo Bardot eine Anarchistin spielte.

Mit 39 Jahren zog sie sich von der Leinwand zurück, verzichtete auf Schönheitsoperationen und darauf, sich auch im gesetzteren Alter noch nackt fotografieren zu lassen. Stattdessen beschäftigte sich Brigitte Bardot mit Lebensfragen und engagierte sich für den Tierschutz.

Bald jedoch geriet sie in Konflikt mit mächtigen Gegenspielern: Sie prangerte die Schlachtungs- und Opferriten des Islam an, was ihr den Vorwurf eines „reaktionären“ Weltbildes einbrachte. Die Justiz ermittelte in diversen Fällen gegen die Bardot.



Mittlerweile wurde sie nun schon das vierte Mal wegen „Volksverhetzung“ verurteilt. Ihr Buch „Der Schrei aus der Stille“ brachte ihr neuerlich Bekanntschaft mit den Gerichten ein. „Mit ihrer Äußerung wolle Bardot ganz offenkundig nicht ihre Meinung zu bestimmten islamischen Praktiken zum Ausdruck bringen“, prangerten die Richter an, sondern: „Dem Leser kann die Anwesenheit von Moslems in Frankreich nur als unerwünscht erscheinen“, wenn er das Bardot-Buch gelesen habe, meinte der Richter. Sie als „Rassistin“ zu diffamieren fällt indessen schwer. Im letzten US-Wahlkampf bekundete sie Sympathien für Obama. *H.L.*



Zurück zu den Wurzeln Zeichnung: Mohr

Schurken

Was Steinmeier zu sehen bekam, wie wir Blümchen Hubertus übersehen konnten, und warum England aufs Höchste alarmiert ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wer den tosenden Jubel der versammelten SPD-Anhänger hörte, ohne die Prognosezahlen am unteren Bildschirmrand zu beachten, der musste glauben, strahlenden Siegern zuzugucken. Was für ein Gejohle! Und die überschäumende Liebe, die den beiden Männern auf dem Podium, Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering, entgegenschlug! Es war herzerfrischend, so viel Glück, so viel Enthusiasmus.

Dann glitt der Blick doch hinunter auf die Zahlen: Prognose 22,5 Prozent. Der Untergang. Also was feierten die eigentlich? Was machte die Genossen so euphorisch? Waren verbotene Substanzen im Spiel? Nichts von dem: Die Ursache dieser reichlich surrealen Vorstellung enthüllte Steinmeier ungewollt über sein Mikrofon. Das Ergebnis sei bitter für ihn, gestand er in die bizarre Hurra-Stimmung hinein, und zwar insbesondere deshalb, weil er „die Stimmung auf den Straßen und Plätzen anders wahrgenommen“ habe, so der Kandidat. soll wohl heißen: Weil es da viel mehr nach einem Erfolg für die SPD ausgesehen hatte.

Wie kam es zu dieser Sinnestäuschung? Das kam wahrscheinlich davon, dass die SPD-Kampagnen-Regie penibel dafür gesorgt hatte, die „Straßen und Plätze“ mit ihren bestellten Fans zu bevölkern. Gegen die halbprofessionellen Bevölkerungsdarsteller der „Steinmeier-Teams“ hatte das nörgelnde Normalvolk nicht den Schimmer einer Chance.

Diese Steinmeier-Teams umschwärmten ihren Meister bei jedem Auftritt und spien ihre unerschöpfliche „Engagiertheit“ in die Kameras der umstehenden Medienvertreter. So pilgerte Steinmeier von einer potemkinschen Wahlveranstaltung zur nächsten und wurde sich seiner Siegeschancen von Inszenierung zu Inszenierung sicherer. Am Ende hatte er sich gar auf die Überholspur halluziniert: „Das Rennen ist wieder offen. Wer aufholen kann, der kann auch überholen!“ Kurz darauf raste der Steinmeierzug über die Klippe in den Abgrund von 23 Prozent.

Auf jener Jubelveranstaltung müssen sie noch in der Luft gewesen sein, doch schon Montag folgte der harte Aufprall. Aus dem Wrack des zerschellten Überholzugs krabbelte ein Rudel emsig giftender Parteigranden, während Münte einfach stur im zerschellten Führerhaus sitzenblieb und „brummbrumm“ machte, um die anderen glauben zu lassen, dass es mit ihm auf der Lok trotz allem noch vorangehe.

Das nützt ihm aber nichts, rund um die Trümmer des SPD-Zuges hat ein wildes Gekloppe eingesetzt, wobei es auch menschlich nicht immer faltenfrei zugeht. Sie kennen die peinliche Situation von Partys: Man glaubt, alle Gäste ausreichend beachtet zu haben, doch plötzlich steht einer auf, verabschiedet sich und Sie merken: Herrje, mit dem armen Tropf hat ja den ganzen Abend über kein Mensch ein Wort gewechselt! Erst jetzt, wo sich das blasse Mauerblümchen geknickt davonmacht, haben die übrigen seine Anwesenheit bemerkt.

> Guido kam und sprach – deutsch! London ist schockiert über den »Teutonen«

Blümchen Hubertus war immerhin SPD-Generalsekretär und damit eigentlich der amtliche Mittelpunkt der Wahlkampagne. Doch schon seit vielen Monaten verglimmt der politische Stern des Genossen Heil am Rande des Geschehens, dort, wo das Telefon niemals klingelt.

Vergangenen Dienstag hat er lauthals „Tschüs“ in die Runde geschluchzt und seinen Rückzug angekündigt. Hätte er sich still und leise in Luft aufgelöst, wäre vermutlich niemandem aufgefallen, dass mit ihm einer fehlt in der Führung der SPD. Eine merkwürdige Karriere mit ihrer ganz eigenen Tragik ist das. Auf geheimnisvolle Weise war der einst schillernde Posten des SPD-Generalsekretärs nach und nach zur Gänze verblasst, und der gute Herr Heil mit ihm.

Als Nachfolgerin wird Andrea Nahles gehandelt. Die Parteilinke umschleicht das Buffet der interessanten Posten schon seit langem mit solch verbissener Ausdauer, dass man sie wohl endlich abspeisen muss, damit sie nicht noch lästiger wird. „Lästiger geht nicht“, meinen Sie? Dann wird Ihre Phantasie kaum ausreichen, um sich vorzustellen, was Frau Nahles in den nächsten Jahren alles auf die Bühne zaubern wird. Von der ist noch eine Menge zu erwarten, was jetzt keine Wertung sein soll. Oder doch.

Auf der anderen Seite des Spektrums übt sich Guido Westerwelle derweil in seinem künftigen Amt als Außenminister. Von dem Posten aus muss er möglichst schnell unterscheiden lernen, wer Feind ist und wer Freund. Bei der Orientierung sind ihm die versammelten Journalisten aus aller Welt freundlich und loyal zur Hand gegangen bei seiner ersten Pressekonferenz im Lichte der globalen Öffentlichkeit. Alles lief wunderbar und harmonisch. Nette Fragen, allgemein gehaltene Antworten – wie das so läuft bei Neulingen, von denen sich die Medien des Auslands erst einmal ein Bild machen müssen. Ein charmantes Kennenlernen eben, bis, ja – bis der Engländer seinen Finger hob.

Die Londoner BBC hatte einen Kerl nach Berlin geschickt, der entweder kein Deutsch sprechen konnte oder nicht wollte. Also überfiel er Westerwelle in seinem Heimat-Idiom Englisch und erwartete, dass der Deutsche auch in dieser Sprache antworten würde. Stattdessen klärte der FDP-Chef den Briten darüber auf, dass man in Berlin sei, und bat ihn, seine Frage gefälligst auf deutsch zu stellen. Welche Frage das war, spielte in der britischen Berichterstattung danach überhaupt keine Rolle mehr. Vielmehr alarmierten englische Medien die Welt wegen des „neuen teutonischen Selbstbewusstseins“, das dem BBC-Mann da ins Gesicht geweht sei.

Die Szene erinnert an den verstaubten Witz über einen englischen Snob, den sein Butler nach der Rückkehr aus dem Spanien-Urlaub fragt, ob er dort unten denn keine Probleme mit der Sprache gehabt habe: „Ich nicht, die Spanier schon“, antwortet der blasierte Holzkopf.

Früher liebten wir diese Geschichtchen und die Engländer gleich mit ihnen. Wir hielten solche Sprüche nämlich für den Ausdruck ihrer unnachahmlichen Ironie und ihrer Freude an provokanter Süffisanz. Wir hatten keine Ahnung! Nichts mit Ironie und keine Spur von Süffisanz: Der Snob schwebte in einer Mischung aus Mitleid und Verachtung für die Spanier, die so gar nicht „richtig“ sprechen konnten. Und der britische Reporter fühlte sich von Westerwelles Hinweis auf die selbstverständlichen Gepflogenheiten regelrecht national bedroht.

Ob die verschrobene Dünnhäutigkeit dieses konsternierten Angelsachsen mit der Krise zu tun hat? Na ja, über 25 Jahre hinweg gefielen sich die Briten darin, die Deutschen für ihren ängstlichen Sozialstaat zu veräppeln, und erteilten Lektionen in freier Marktwirtschaft. Dabei gefielen sie sich ungemein gut in der Pose des mutigen Marktlöwen, der keine Sicherheit braucht wie der verhuschte Deutsche. Die Briten waren die schwungvollen Helden, die Deutschen dagegen ängstliche Stubenhocker.

Heute ist die britische Finanzwelt kreuz und quer verstaatlicht, die wagemutigen Dschungelkämpfer der Finanzwelt haben sich als geistig minderjährige Zocker erwiesen, die sich von Papa Staat die verbrannten Finger verbinden lassen und ab sofort wieder bei Mama wohnen wollen.

Ausgerechnet in diesem Moment demonstrieren, wer sonst, gerade die Deutschen wieder ihre ganze Gemeinheit: Sie zeigen keine Angst in der Krise, wo die Briten zwischen lauter Wut und blanker Hysterie hin- und hertaumeln. Damit nicht genug bescheren sie, die doch angeblich schreckliche Angst vor den Witterungen des Marktes haben, einer durch und durch marktwirtschaftlichen Partei den größten Sieg ihrer Geschichte. Und nun nötigen sie die Briten auch noch, im Ausland ausländisch zu sprechen. Wer wollte es unter dieser drückende Beweislast noch bestreiten: Sie sind Schurken, die Deutschen.

ZITATE

CSU-Chef ***Horst Seehofer*** *versuchte am Montag, die* ***deftige Schlappe*** *seiner Partei bei der Bundestagswahl mit Humor zu nehmen:*

„Ich habe so kurz geschlafen, dass keine Zeit war für Albträume.“

SPD-Chef ***Franz Müntefering*** *enthüllte mit einem* ***Freudschen Versprecher****, wie die Stimmung in seiner Partei derzeit ist. Er meinet, die parteiinterne Debatte über das Wahldesaster sei ...*

„sehr intensiv gewesen: schätzungsweise 40 Mordmeldungen (sic!) bisher.“

Die Opposition wird massiv die „soziale Karte“ spielen, wird erwartet. Der Historiker ***Paul Nolte warnt*** *im „Tagesspiegel“ (27. September) indes davor, einer linken* ***Illusion von Gleichheit*** *nachzuhängen:*

„Die Deutschen treibt stärker als andere Nationen das Streben nach Gleichheit um. In den USA ist es viel selbstverständlicher, von unterschiedlichen Voraussetzungen auszugehen. Zu glauben, dass wir die Unterschiede aufheben können, ist eine Illusion. Davon sollte man sich verabschieden. Das führt nur zu Frustrationen. Selbstverständlich haben die Kinder des Professors einen Startvorteil, der schwer zu kompensieren ist. Sonst hätte die Familie des Professors in der Erziehung etwas falsch gemacht.“

Der Kommentator der „Wirtschaftswoche“ lobt das ***Talent*** *von* ***Andrea Nahles*** *als SPD-Generalsekretärin, äußert jedoch Zweifel,* ***wie*** *die neue Parteispitze* ***zusammenpassen*** *soll:*

„Steinmeier-Gabriel-Nahles, das bedeutet inhaltlich allerdings auch Konservativ-Pragmatisch-Weitlinks. Oder noch kürzer: völlig unbestimmt. Wohin die SPD mit einem solchen neuen Dreigestirn inhaltlich steuern soll, bleibt ungewisser denn je.“

Das demokratistische Paradoxon

Bei Wahlen – so die Empirie –
scheint ziemlich festzustehen,
dass nachher alle irgendwie
was Positives sehen:

Wer erstmals antritt sowieso,
da muss man nichts kaschieren,
und auch der Letzte ist noch froh,
wenn andre mehr verlieren.

Der Erste hat den
meisten Grund
zum auf die Pauke Hauen
und lässt sich selbst bei
Wählerschwund
die Stimmung nicht versauen.

Desgleichen mindert's nicht die
Lust,
wenn bloß Prozente steigen,
weil Wähler insgesamt aus
Frust
zur Wahlenthaltung neigen.

Doch wenn trotz Politik-Verdruss
mehr Volk zur Urne findet,
ergötzt ein eignes Stimmen-Plus,
obwohl der Anteil schwindet.

Wer freilich ganz und gar verliert,
kann dieses nicht vertuschen –
er freut sich aber ungeniert,
dass andre auch nur pfuschen!

Pannonicus